



75. Sitzung

Mittwoch, 24. Mai 2000

Vorsitzende: Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Erster Vizepräsident Berndt Röder

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin		Uwe Grund SPD	3663 B
Abwicklung der Tagesordnung	3653 A	Fraktion der SPD:	
Aktuelle Stunde	3653 A	Beratungsangebote für chronisch kranke Menschen in Hamburg	3664 C
Fraktion der CDU:		Lutz Kretschmann SPD	3664 D
Disko-Schießereien – eine neue Spirale der Gewalt?	3653 A	Vera Jürs CDU	3665 B
Heino Vahldieck CDU	3653 A	Karin Roth, Senatorin	3665 D
Michael Neumann SPD	3654 A	Peter Zamory GAL	3666 A
Manfred Mahr GAL	3655 A	Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke	3666 C
Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	3655 D	Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
Hartmuth Wrocklage, Senator	3656 C	Prostitution in Hamburg	
Ole von Beust CDU	3657 B	– Drs 16/4110 –	3667 B
Dr. Holger Christier SPD	3658 A	Britta Ernst SPD	3667 B
Dr. Martin Schmidt GAL	3658 D	Karen Koop CDU	3668 C
Fraktion der GAL:		Heide Simon GAL	3669 D
Eine moderne Gesellschaft braucht ein zukunftsfähiges Ausländerrecht – zusammen Leben und Arbeiten möglich machen	3659 A	Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke	3670 D
Christa Goetsch GAL	3659 B, 3664 B	Karin Roth, Senatorin	3671 D
Erhard Pumm SPD	3660 A	Besprechung erfolgt	3672 C
Bettina Machaczek CDU	3660 C, 3664 A	Große Anfrage der Fraktion der CDU:	
Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke	3661 C	Weiterer Verfall des Hamburger Straßennetzes	
Karin Roth, Senatorin	3662 B	– Drs 16/4094 –	3672 D
Mahmut Erdem GAL	3662 D	Bernd Reinert CDU	3672 D, 3676 C, 3677 C
		Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	3673 D, 3675 C

Rolf Polle SPD	3673 D	Michael Fuchs CDU	3690 A
Dr. Martin Schmidt GAL	3674 D, 3677 C	Carmen Walther SPD	3691 A
Eugen Wagner, Senator	3676 A, 3677 B	Sabine Steffen GAL	3692 A
Barbara Duden SPD	3677 B	Carsten Lüdemann CDU	3692 C
Besprechung erfolgt	3677 D	Beschluß	3693 A
Senatsmitteilung:		Antrag der Fraktion der GAL:	
Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft zur Entwicklung der Städtepartnerschaft mit León		Behinderte Kinder, psychisch kranke und alte Menschen als Opfer des Nationalsozialismus	
– Drs 16/4188 –	3677 D	– Drs 16/4239 –	3693 B
Heide Simon GAL	3677 D	Dr. Dorothee Freudenberg GAL	3693 B
Dr. Barbara Brüning SPD	3679 C	Dr. Franklin Kopitzsch SPD	3695 A
Jürgen Mehlfeldt CDU	3680 B	Frank-Thorsten Schira CDU	3695 C
Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke	3681 A	Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke	3696 A
Dr. Willfried Maier, Senator	3681 B	Beschluß	3696 A
Beschluß	3682 C	Senatsmitteilung:	
Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke:		Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen	
Verbot von Studiengebühren – Unterstützung des Krefelder Aufrufs		– Drs 16/4186 –	3696 B
– Drs 16/4237 –	3682 C	Wolfgang Marx SPD	3696 B
Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke	3682 C, 3687 B	Viviane Spethmann CDU	3696 D
Wolfgang Marx SPD	3683 C	Dr. Hans-Peter de Lorent GAL	3697 A
Dr. Hans-Peter de Lorent GAL	3684 A	Krista Sager, Zweite Bürgermeisterin	3697 A
Dr. Roland Salchow CDU	3686 A	(Bereits überwiesen)	
Krista Sager, Zweite Bürgermeisterin	3686 B	Antrag der Fraktion der CDU:	
Beschluß	3687 C	Alleinerziehende in beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen	
Bericht des Wissenschaftsausschusses:		– Drs 16/4230 (Neufassung) –	3697 B
„Hamburgisches Weltwirtschafts-Archiv (Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung HWWA)“		mit	
– Drs 16/4228 –	3687 C	Interfraktioneller Antrag:	
Jan Peter Riecken SPD	3687 C	Bessere Chancen für junge Mütter in Hamburg	
Sybill Buitrón Lübcke CDU	3688 C	– Drs 16/4290 –	3697 B
Dr. Hans-Peter de Lorent GAL	3688 D	Britta Ernst SPD	3697 B
Krista Sager, Zweite Bürgermeisterin	3689 A	Karen Koop CDU	3698 A
Beschlüsse	3689 C	Heide Simon GAL	3698 B
Antrag der Fraktion der CDU:		Beschluß	3698 B
Verordnung zum Schutz vor gefährlichen Hunden		Bericht des Eingabenausschusses:	
– Drs 16/4236 –	3689 D	Eingaben	
mit		– Drs 16/4217 –	3698 B
Antrag der Fraktion der SPD:		Beschlüsse	3698 C
Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Hunden		Bericht des Eingabenausschusses:	
– Drs 16/4289 –	3689 D	Eingaben	
Beschlüsse		– Drs 16/4218 –	3698 B
		Beschlüsse	3698 C

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben		Informations- und Kommunikationsdiensten durch die länderübergreifende Stelle „jugendschutz.net“	
– Drs 16/4219 –	3698 B	– Drs 16/4214 –	
Beschlüsse	3698 D	Beschluß	3698 D
Senatsantrag:			3699 A
Nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben			
– Drs 16/4187 –	3698 D	Senatsmitteilung:	
Beschluß	3698 D	Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft zur Besetzung der großen Strafkammern	
Senatsantrag:		– Drs 16/4199 –	3699 A
Vereinbarung über die Wahrung des Jugendschutzes in den elektronischen		Beschluß	3699 C

A **Beginn: 15.00 Uhr**

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Disko-Schießereien – eine neue Spirale der Gewalt?

von der GAL-Fraktion

Eine moderne Gesellschaft braucht ein zukunfts-fähiges Ausländerrecht – zusammen Leben und Arbeiten möglich machen

sowie von der SPD-Fraktion

Beratungsangebote für chronisch kranke Menschen in Hamburg

Zunächst rufe ich das von der CDU-Fraktion angemeldete Thema auf. Das Wort hat Herr Vahldieck.

Heino Vahldieck CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wochenende für Wochenende müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß in Hamburg in Diskotheken geschossen, mit Messern zugestochen wird und daß Granaten explodieren.

(Zurufe: Granaten?)

– Entschuldigung, eine Granate, aber mit einer Vielzahl von Opfern. Insofern war hier der Plural gerechtfertigt. Und im März dieses Jahres wurde auf den Stufen des Polizeipräsidiums weitergeschossen.

B Es geht dabei teilweise um Verteilungskämpfe im Drogen- und Prostitutionsmilieu und darum, daß junge, männliche Südländer glauben, nur so das verteidigen zu können, was sie für ihre Mannesehre halten. Sie verwenden ihre Waffen aus den wichtigsten Anlässen. Diese Zustände sind völlig indiskutabel und nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der CDU)

Was kann man hier tun? Man kann wie Herr Senator Wrocklage sagen: Für die Sicherheit in den Diskotheken sind deren Betreiber verantwortlich. Im übrigen – so sagt er – kann nicht vor jede Diskothek ein Peterwagen und ein Polizist gestellt werden. Herr Senator Wrocklage, das ist zwar zutreffend, aber gleichwohl ein Ausdruck von Ignoranz und Hilflosigkeit. So kann man doch mit diesem Thema nicht umgehen. Armseliger und kümmerlicher geht es nicht.

Natürlich steht es in der Verantwortung der Diskothekenbetreiber, in ihren Diskotheken für Sicherheit zu sorgen. Natürlich kann man nicht überall Polizisten hinstellen. Aber genauso natürlich ist es die Aufgabe des für die Sicherheit verantwortlichen Senators, sich bei einem vorhandenen Kriminalitätsschwerpunkt etwas einfallen zu lassen. Wir erwarten hier keine hilflosen Ausreden, sondern Kreativität, Herr Senator; und daran fehlt es.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind nicht dafür gewählt und werden auch nicht dafür bezahlt, die schönsten Ausreden zu haben, sondern es wird von Ihnen erwartet, daß Sie Initiativen ergreifen und in solchen Fällen Führung zeigen. Die Abgeordneten aus diesem Hause kennen Sie; darum erwarten wir das nicht mehr. Aber von der Öffentlichkeit wird von einem Mann Ih-

res Amtes so etwas erwartet. Diesen Erwartungen sollten Sie gerecht werden.

(Beifall bei der CDU)

Wenn weiterhin nicht gehandelt wird, besteht die Gefahr, daß auch andere Diskothekenbesucher, die vielleicht immer noch unbewaffnet kommen – das soll es ja auch noch geben –, glauben, sich nur durch Nachrüstungen schützen zu können. Das sind amerikanische Verhältnisse, das ist Selbstjustiz; das genau wollen wir nicht.

(Uwe Grund SPD: Daran haben Sie einen Anteil!)

Herr Grund, wir haben in diesem Land ein staatliches Gewaltmonopol. Der Staat muß dieses Monopol auch ausnutzen. Das ist nicht nur ein Recht, sondern eine Verpflichtung, und dieser muß der Staat gerecht werden.

(Uwe Grund SPD: Wann machen Sie einen ersten sachlichen Vorschlag?)

Herr Wrocklage weigert sich, seine Verantwortung wahrzunehmen. Er begibt sich zusammen mit den Diskothekenbetreibern in ein unwürdiges Hin- und Hergeschiebe der Verantwortung.

Natürlich erwarten wir nicht, daß er ein fertiges Konzept aus der Tasche zieht, aber wir erwarten von Herrn Senator Wrocklage, daß er sich zumindest darüber Gedanken macht, wie man mit diesem Thema umgeht. Zu sagen, daß nicht vor jede Diskothek ein Polizist gestellt werden kann, reicht in keinem Fall.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt verschiedene erfolgversprechende Ansätze. Wenn es möglich war, ein Konzept gegen einen Kriminalitätsschwerpunkt Raub zu erstellen, dann ist es doch möglich, sich ein Diskothekenkonzept auszudenken. Das geht natürlich nicht sofort. Aber ich erwarte, daß die Innenbehörde sich so etwas ausdenkt.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Sie sollten sich ein Re-dekonzept ausdenken! – Walter Zuckerer SPD: Vor jede Disko einen CDU-Abgeordneten stellen!)

Ich erwarte auch, daß das Gespräch mit den Diskothekenbetreibern gesucht wird. Es gibt auch seriöse Diskothekenbetreiber; mit denen muß darüber gesprochen werden, wie die Sicherheit gewährleistet werden kann. Es müssen Kontrollen im Vorfeld und auf den Anfahrtswegen zu den Diskotheken stattfinden. Das ist eine sinnvolle Forderung, die als Abschreckung geeignet ist und Gewalttäter daran hindert, bewaffnet eine Diskothek zu besuchen.

Wir müssen illegalen Waffenbesitz zu einem Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit machen und insbesondere überlegen, ob in diesem Fall auch das Ausländerrecht zur Anwendung kommen kann. Denn es ist leider zutreffend, daß die Täter, um die es in diesem Zusammenhang geht, fast zu 100 Prozent Ausländer sind. Es kann nicht angehen, daß diese Menschen bewaffnet zum Tanzen gehen, um sich ballern und dann in diesem Land verbleiben. Wir wollen, daß diese Menschen ausgewiesen werden, denn wir können sie hier nicht gebrauchen. Hierin bin ich mit dem Sozialdemokraten Konrad Freiberg einer Meinung, der dies auch so zum Ausdruck gebracht hat.

Ich hoffe, daß eine Prüfung dieser Frage einigermaßen erfolgversprechend ist. Vor allem, Senator Wrocklage, geht ein „Weiter so“ und ein Wegsehen nicht. Tun Sie etwas, nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

C

D

A **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeld:** Das Wort hat Herr Neumann.

Michael Neumann SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU hat das Thema „Neue Spirale der Gewalt?“ mit einem Fragezeichen angemeldet: Ich war davon angetan. Ich dachte, es ginge hier um eine sachliche Auseinandersetzung, ob dies wirklich der Fall ist und was man, wenn es so ist, dagegen tun kann. Aber der von Herrn Vahldieck geleistete Auftritt war leider das, was ich befürchten mußte. Diese Erwartung ist eingetroffen. Von daher bin ich dankbar, daß mein Redekonzept sogar paßt, weil ich mir das eben leider fast gedacht habe.

(Ole von Beust CDU: Ein Prophet sind Sie!)

– Herr von Beust, dazu gehören keine prophetischen Fähigkeiten. Das Wenige, das von Ihnen kommt, ist relativ einfach auszurechnen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Michael Fuchs CDU: Warte mal ab!)

Ich möchte einmal sachlich – diese Sachlichkeit, für die Herr Vahldieck auch im Innenausschuß eintreten sollte, hat er vergessen – über dieses Thema reden und unserer Polizei ausdrücklich den Rücken stärken und Dank sagen. Sie hat im Fall des Handgranatenattentats sehr schnell und effektiv den Täter ermittelt. Auch wegen der Schießerei am letzten Wochenende wird die Hamburger Polizei erfolgreich sein. Dafür sind die SPD und wohl auch die GAL – ich weiß nicht, ob es auch die CDU ist – der Polizei sehr dankbar. Wir bedanken uns bei der Polizei, unterstützen sie und wünschen ihr viel Erfolg bei der weiteren Arbeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

B Sie schüren im Grunde genommen nur die Angst.

Sie schüren die Angst vor einzelnen Gewalttätern. Das tun Sie nicht, weil Sie ein wirkliches Interesse an der Lösung von Problemen haben, sondern Ihre Motivation ist es, politische Punkte zu sammeln. Sie wollen den Menschen in dieser Stadt nicht helfen, sondern Sie wollen Panik schüren.

Dem von Herrn Vahldieck an die Wand gemalten Horrorgemälde widerspricht sogar die „Welt“, die am Montag in einem großen Artikel noch schrieb:

„Die Polizei hat die Lokale im Griff; schwarze Schafe verlieren auf dem Kiez schnell ihre Konzession.“

Selbst die „Welt“ – Ihre Hauspost – teilt nicht Ihre hier vertretene Meinung.

(Ole von Beust CDU: Schön wär's!)

Ist Herr Kühn eigentlich da?

(Zuruf: Nein!)

– Schade.

(Michael Fuchs CDU: Ich sage ihm Bescheid, wenn er da ist! Er wird sich bei Ihnen melden!)

Herr Kühn äußert sich leider meist über Presseerklärungen, weniger durch Wortbeiträge im Parlament. Er versucht wie Herr Vahldieck, die Probleme auf die Ausländerschiene zu heben. Das Thema so darzustellen, daß die Hamburger Verwaltung nicht konsequent gegen Straftäter vorgehen würde, egal welchen Paß sie besitzen. Dies ist völlig neben der Spur. Es ist falsch. Sie malen in der Öffentlichkeit doch ein falsches Bild, wenn Sie behaupten, daß bei türkischen,

deutschen oder italienischen Straftätern Unterschiede gemacht würden; das gibt es nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Karl-Heinz Warnholz CDU: Sie malen doch eine heile Welt hier!)

– Ich male keine heile Welt. In Hamburg wird konsequent gegen Straftäter vorgegangen, egal aus welchem Land sie kommen. Versuchen Sie nicht, bei diesem Thema einen multikulturellen Rechtsvorbehalt zu definieren; den gibt es in Hamburg nicht. Recht bleibt Recht, und es wird auch durchgesetzt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zu den Herren Diskothekenbetreibern, die sich neben der politischen Opposition immer wieder äußern. Sie verdienen durch überhöhte Eintritts- und Getränkepreise viel Geld, aber sie kommen ihren Aufgaben nicht nach. Der Senator hat recht, daß sie ihrer Pflicht nachkommen müssen. Gleichzeitig haben aber Polizei und Ordnungs- und Wirtschaftsamter die Aufgabe, diese Pflichten der Betreiber zu kontrollieren.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Das machen sie bei der Flora besonders intensiv!)

– Oh, jetzt fangen Sie mit der Flora an; das ist ein weites Feld. Wenn Sie gestern an der Sitzung des Innenausschusses teilgenommen hätten, wüßten Sie mehr.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Sie sind ein Sprücheklopfer!)

Um es deutlich zu sagen: Die Auflagen sind vorhanden, sie müssen nur durchgesetzt werden. Die CDU hat leider keinen konkreten Vorschlag gemacht. Bis auf die Forderung nach Ausweisung kam nichts. Der Senator hat Alternativen aufgezeigt.

(Barbara Ahrons CDU: Wo denn?)

Er hat eine Sicherheitspartnerschaft ins Leben gerufen und trifft sich mit den Diskothekenbetreibern. Gestern hat er über die Presse erklären lassen, daß er die Diskothekenbetreiber zu einem Gespräch in die Innenbehörde einlädt, um eine Sicherheitspartnerschaft zu gründen, damit mehr Sicherheit gewährleistet werden kann. Aber klar ist doch – darin sollten wir uns in diesem Haus einig sein –, daß es eine hundertprozentige Sicherheit in einer Großstadt wie Hamburg nicht geben wird. Wenn Sie einsam in der Lüneburger Heide zelten, haben Sie wahrscheinlich ein hohes Maß an Sicherheit. Aber Sie können es niemals verhindern, wenn ein fehlgeleiteter Irrer mit Handgranaten oder sonstigen Waffen einen Anschlag verüben will.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Darum geht es nicht!)

– Darum geht es wohl.

Sie vermitteln den Eindruck, als sei das möglich; das ist es aber nicht.

(Uwe Grund SPD: Herr Schill freut sich!)

Die Polizei und die Innenbehörde versuchen ihr Möglichstes. Ich fordere die CDU deshalb auf: Weg vom Populismus! Kehren Sie auf den Weg der Sachlichkeit zurück! Kurzfristig mag dies zwar Punkte bringen, hilft aber den Menschen, die ernst zu nehmende Sorgen haben, nicht weiter. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C

D

A **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Herr Mahr.

Manfred Mahr GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Neumann, das rhetorische Fragezeichen der CDU ist wenig glaubwürdig, es führt uns in dieser Angelegenheit nicht weiter. Hier erneut eine Spirale der Gewalt zu postulieren, führt letztlich dazu, daß in der Stadt die Stimmung angeheizt wird.

Wie ernst Sie Ihre Themen nehmen, hat man gestern abend im Innenausschuß gesehen. Die CDU hatte das Thema Rote Flora angemeldet und war unterbesetzt. Das zeigt,

(Ole von Beust CDU: Wir hatten einen Parteitag, das wissen Sie doch! Was reden Sie hier für einen Blödsinn!)

daß Sie Ihre Antworten schon kennen. Sie wollen eigentlich gar nicht mehr über Alternativen diskutieren. Zum Handgranatenanschlag. Ich möchte denjenigen sehen, der einen solchen Anschlag verhindern will. Wenn sich einer ernsthaft vornimmt, irgendwo eine Handgranate zu deponieren, wie soll man das verhindern? Sicher kann durch Abschreckungsmaßnahmen der Polizei und Maßnahmen der Diskothekenbetreiber die Hemmschwelle heraufgesetzt werden. Aber Sie können nicht verhindern – wenn jemand dies wirklich will –, daß ein solcher Anschlag passiert. Der Senator hat völlig recht, daß nicht überall Polizisten vor die Tür gestellt werden können.

Sehr häufig und schnell wird die Forderung nach Konsequenzen angemahnt; das ist populär. Aber welche Substanz hat eine solche Forderung? Damit komme ich zum GdP-Vorsitzenden Freiberg, der in der „Welt“ zitiert wurde.

B „Solche Leute, die bewaffnet angetroffen werden, müssen konsequent ausgewiesen werden.“

Ich habe diese Aussage als blanken Populismus zurückgewiesen und darauf aufmerksam gemacht, daß es eine geltende Rechtslage gibt, die bereits dazu führt, daß bewaffnete Gewalttäter nichtdeutscher Herkunft regelmäßig ausgewiesen werden. Dieses Thema wird regelmäßig jeden Montag im Eingabenausschuß der Bürgerschaft behandelt.

Nunmehr ist folgendes passiert – insofern liegt das Thema Kronzeugenregelung nahe –: Konrad Freiberg hat mich gestern angerufen und mir mitgeteilt, daß er völlig falsch verstanden worden sei. Er wollte nur auf die geltende Rechtslage beziehungsweise auf die geltende Praxis hinweisen.

(Heino Vahldieck CDU: Er wollte den Senat loben!)

Er hat im Prinzip meine Zurückweisung seiner Äußerungen bestätigt. Es ging ihm darum, auf die bisher bei derartigen Ereignissen schon erfolgten Reaktionen hinzuweisen. Was lernen wir daraus? Wir lernen daraus,

(Ole von Beust CDU: Die Presse hat die Schuld!)

daß es nicht sinnvoll ist, Herr von Beust, Dinge anzumahnen, die sowieso schon passieren. Wenn Sie derartiges tun, erweckt dies in der Öffentlichkeit den Eindruck, daß nichts passiert. Am Ende stellt man dann fest, daß der Senat nichts unternahm, weil er schon etwas unternommen hatte. Sie können sich dann im Sinne der sich selbst erfüllenden Prophezeiung selbst loben: Wir haben immer gesagt, daß der Senat nichts unternimmt.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: So ist es!)

Dieses Verhalten ist kein Anheizen der Gewaltspirale, sondern eine Spirale des Populismus mit allen negativen Konsequenzen.

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Hier ist Besonnenheit gefragt. Wenn Sie etwas für den Frieden in dieser Stadt tun wollen, dann müssen Sie Ihre Debattenform erheblich verändern.

(Ole von Beust CDU: O Gott, oberlehrerhaftes Geschwätz! – Zurufe von der CDU: Toll!)

Nach Auffassung unserer Fraktion ist das Augenmerk in erster Linie darauf zu richten, inwieweit die Diskothekenbetreiber ihrer Verantwortung gerecht werden. Ich habe dazu eine Kleine Anfrage gestellt.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: War das nicht ein bißchen zu kritisch?)

Herr Ehlers, wir werden sehen, in welchem Bereich die Diskotheken betroffen sind. Ich gehe davon aus, daß es sich bei über 100 Diskotheken in dieser Stadt herausstellen wird, welche besonders auffällig sind. Dann muß man sich fragen, warum das so ist. Diese Fragen müssen sich natürlich auch die Betreiber stellen.

Viele Diskotheken in dieser Stadt sind nicht auffällig. Natürlich wollen wir alle, daß die Menschen ohne Probleme in die Diskotheken gehen können und dort ihren Spaß haben. Deswegen wird zu fragen sein, inwieweit Anforderungen an das Personal zu stellen sind, die den eventuell zu erwartenden Problemen gerecht werden können. Wir wissen doch alle, daß es seit vielen Jahren Probleme mit der sogenannten Türsteherzene gibt. Häufig sind diejenigen die Problemverursacher, die sie auch provozieren. Das fängt damit an, daß Menschen abgewiesen werden, weil sie Türken oder Jugoslawen sind. Hierdurch entstanden in den vergangenen Jahren immer wieder Probleme.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Kommen Sie bitte zum Schluß.

Manfred Mahr (fortfahrend): Deswegen bleiben wir dabei, daß hier in erster Linie Besonnenheit und Sachlichkeit, aber kein blanker Populismus gefragt ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Sudmann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Guten Tag, meine Damen und Herren! Wenn man die Abgeordneten der CDU reden hört, hat man den Eindruck, daß sie versuchen darzustellen, daß diejenigen, die vor oder nach ihnen reden, die Schießereien in den Diskos oder anderswo in Hamburg begrüßen. Sie können sicher sein, daß in diesem Hause niemand sagt, froh über diese Entwicklung zu sein.

Sie versuchen – und da sind Sie nicht lernfähig –, Angst zu schüren. Herr Warnholz wird gleich wieder mit dem Argument der schönen, heilen Welt kommen. Das ist nicht der Punkt. Auch die CDU wird kein Konzept entwickeln können, wie wir in dieser Gesellschaft ohne Gewalt werden leben

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A können. Ich wünsche das, und ich gehe davon aus, daß Sie das auch tun, aber es ist in dieser Gesellschaft nicht möglich. Das wird unsere und auch die folgende Generation nicht erleben.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Das ist in keiner Gesellschaft so!)

– Wir werden das sehen; ich gebe die Hoffnung nicht auf, Herr Ehlers.

Etlliche Ursachen für die Entwicklung von Gewalt liegen in Bereichen, die wir alle nicht gern hören, weil wir die von einzelnen Menschen daraus gezogenen Konsequenzen nicht begrüßen. Sehen wir uns die gesellschaftliche Entwicklung an. Es werden immer wieder Menschen ausgegrenzt. Die CDU grenzt mit großer Freude Ausländer und Ausländerinnen aus,

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Das stimmt nicht, das ist eine Frechheit!)

andere grenzen junge Menschen aus dem Arbeitsmarkt und anderen Bereichen aus. Das führt zu Frustrationen; darin sind wir uns wohl einig. Wir sind uns nicht über die Konsequenzen einig, die von diesen Menschen gezogen werden. Trotzdem wird es immer wieder Menschen geben, die ihren Aggressionen irgendwie Luft und Raum verschaffen müssen. Sie tun dann Dinge, die auf keinen Fall gutzuheißen sind.

Das wissen Sie alles. Und trotzdem argumentieren Sie, daß Hamburg ein Ort auf dieser Welt sei, in dem man nicht einmal mehr über die Straße gehen kann, weil es lebensgefährlich ist. Das ist nicht so. Aber Sie schüren die Angst bei den Menschen, die nicht der Gefahr unterliegen, Gewalttaten zum Opfer zu fallen. Nicht nur ich, sondern auch andere werfen Ihnen vor, daß Sie nicht vernünftig mit diesem Thema umgehen.

B

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ich kann nachvollziehen, daß Sie hilflos sind. Denn Ihre abgelieferte Rede, Herr Vahldieck – so wird es wahrscheinlich auch bei Ihren nachfolgenden Kollegen sein –, zeigt auch Hilflosigkeit. Wir sind wohl alle hilflos, wenn es darum geht, Konzepte gegen die Gewalt zu finden. Das bekommen wir nicht hin.

(Rolf Kruse CDU: CDU wählen!)

Es ist – um es einmal positiv auszudrücken – lächerlich, wenn Herr Vahldieck Kontrollen auf den Anfahrtswegen fordert. Wie soll das stattfinden?

(Heino Vahldieck CDU: Das habe ich nicht gesagt!)

Ich habe mir gestern im Innenausschuß das Lächeln verkniefen müssen, als Sie davon sprachen, daß vier Pkws in der Hafestraße gestanden hätten, die kein Hamburger Kennzeichen hatten. Sollen alle Pkws, die nicht aus Hamburg kommen und einen Aufkleber auf ihrem Fahrzeug haben, der Ihnen nicht paßt, kontrolliert werden? Wie soll das gehen? Diese Idee ist noch nicht einmal populistisch, sie ist einfach nur dumm.

Sie fordern, daß die Ausländer und Ausländerinnen ausgewiesen werden. Herr Neumann hat das schon widerlegt, warum diese Idee nicht sinnvoll ist. Sie versuchen, Ursachen auszuweisen, über die ich Ihnen gerade etwas erzählt habe. Man kann Ursachen nicht wegdiskutieren oder weg-schieben, sondern man muß sich darum kümmern. Deswegen kann ich wirklich nur an Sie appellieren: Hören Sie auf, die neuen Rechtsaußenvertreter darzustellen! Versu-

chen Sie, in Hamburg eine Stimmung zu schaffen, die den Menschen nicht unnötig angst macht!

C

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort erhält Herr Senator Wrocklage.

Senator Hartmuth Wrocklage: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Vahldieck muß hier schon Granaten explodieren lassen,

(Heino Vahldieck CDU: Ich lasse das nicht!)

damit das angemeldete Thema irgendwie gerechtfertigt wird.

Es geht hier deutlich um Wahlkampf und darum,

(Heino Vahldieck CDU: Es geht um Beschönigung!)

daß Sie glauben, mit der Sicherheitsmaske durchzukommen. Ich sage Ihnen, Herr von Beust, Ihre Strategie ist zu kurzbeinig. Jeder, der gestern die Sitzung des Innenausschusses miterlebt hat, weiß, wie antwortlos die CDU auf die Sachverhaltsdarstellung gewesen ist. Sie wissen noch nicht einmal, wovon Sie reden, und kennen nicht einmal die Rechtsgrundlagen, auf denen Sie ihre populistischen Forderungen realisieren wollen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Dietrich Wersich CDU: Irgendwann müssen Sie sich was Neues einfallen lassen!)

Ich nehme die Schießereien in den Diskotheken durchaus ernst. Ich weiß, daß sich viele Elternhäuser um ihre Jugendlichen und Kinder Sorgen machen.

D

Zunächst hilft vielleicht der Nachweis, daß wir zuletzt in vier von fünf Fällen sehr schnelle Ermittlungserfolge erzielt haben. Ich hoffe, daß diese Erfolge abschreckend wirken. Selbstverständlich dürfen wir dabei nicht stehenbleiben, sondern wir müssen überlegen, wie wir diese Problematik in den Griff bekommen. Hier muß man mit einem breit angelegten Konzept arbeiten.

Selbstverständlich fängt man dort an, wo die Ursachen auf der Hand liegen, nämlich bei den Betreibern. Es ist für mich durchaus eine Frage der Zuverlässigkeitsprüfung, wie die Betreiber ihren Sicherheitsdienst organisieren. Insofern – um bei der Kreativität anzufangen, von der ich bei Ihnen, Herr Vahldieck, leider nichts bemerkt habe – möchte ich den Gedanken unterstreichen, der im SPD-Landesvorstand entwickelt worden ist. Hier ist die Idee entstanden, ein Gütesiegel „Sichere Disko“ zu verleihen, wenn Selbstkontrollen beziehungsweise Kontrollen der zuständigen Behörden – in erster Linie durch die Wirtschafts- und Ordnungsämter – durchgeführt wurden. Das ist ein wichtiger Ansatz.

Die Polizei selbst ist auch gefordert. Daher erschöpft sich die polizeiliche Arbeit keineswegs nur in Verfolgungsmaßnahmen, sondern wir bieten seit längerer Zeit über den Gaststättenverband Beratungen zum Thema an: Wie haben die Diskobetreiber ihre Betriebe zu organisieren? Seit längerer Zeit arbeitet die Polizei in diesem Bereich unter anderem auch daran, mit einer dafür erfundenen operativen Einheit Präventionsarbeit zu leisten.

Selbstverständlich hat die Polizei in jüngerer Zeit auf die Geschehnisse reagiert. Seit Anfang Mai arbeitet sie an der

(Senator Hartmuth Wrocklage)

A Erstellung eines Lagebildes, um herauszufinden, was in den Diskotheken eigentlich los ist. Dazu gehört selbstverständlich, daß zivile Kräfte des Jugendschutzes in den Diskotheken arbeiten und daß wir in jeglicher Weise die Erkenntnisse ausschöpfen, um zu Ergebnissen zu kommen.

Auch dabei dürfen wir nicht stehenbleiben. Selbstverständlich spielt auch das Ausländerrecht eine Rolle. Aber, Herr Vahldieck, es muß rechtsstaatlich und – wie wir das immer machen – in einer Weise angewendet werden, die vertretbar ist, und nicht als populistische Forderung: Wer uns ärgert, fliegt raus. So einfach können wir uns das nicht machen.

Ich möchte auch noch etwas Nachdenkliches sagen.

(Rolf Kruse CDU: Das ist aber gefährlich!)

– Ja, Herr Kruse, das ist immer gefährlich, weil Denken wehtut, denn Denken hat nicht jeder gern.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Was war denn das vorher?)

Ich möchte vor einer Verharmlosung warnen. Was wir an den verschiedenen Tatorten in den Diskotheken erleben, spielt sich nicht isoliert in der Gesellschaft ab. Wir haben eben mehr Waffen in unserer Gesellschaft; deswegen die Initiative des Senats zur Verschärfung des Waffengesetzes. Es gibt bestimmte Entwicklungen, worüber wir uns Sorgen machen müssen. Hier geht es in bestimmten Fällen – wobei die Tathintergründe bei diesen Straftaten sehr unterschiedlich sind – auch um die Frage, ob Drogen im Spiel sind. Selbstverständlich geht es auch um Integrationsprobleme.

B Wenn jemand aus verletzter Ehre handelt und in einem Ausmaß zur Gewalt greift – das kann natürlich am Bahnhof oder in einer Diskothek geschehen –, die wir uns normalerweise nicht vorstellen können, dann zeigt das doch, daß hier ganz unterschiedliche Verhaltenskodizes aufeinandertreffen. An diesen Problemen zu arbeiten und eine Strategie zu entwickeln, ist die gemeinsame Aufgabe, und nicht die billige Polemik eines Herrn Vahldieck.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr von Beust.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Abreißen alle Diskos!)

Ole von Beust CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die Kollegen Sozialdemokraten und die der GAL das Problem der Betroffenheit bei den Menschen – das haben ihre Ausführungen deutlich gemacht – bei weitem unterschätzen.

(Beifall bei der CDU)

Ich verstehe auch Ihr Gestöhne nicht, wenn ich das sage. Es ist nun einmal eine Tatsache, es ist keine Panikmache von irgendeiner Person, daß wir seit Dezember durch Vorfälle in zehn verschiedenen Diskotheken drei Tote zu beklagen hatten. Diese Vorfälle wurden überwiegend mit Schußwaffen begangen. Teilweise wurde mit Messern hantiert, wodurch es über ein Dutzend Verletzte gab. Wenn dieses Problem vor diesem schrecklichen Hintergrund angesprochen wird, kann man das nicht als Panikmache bezeichnen. Das ist einfach unangemessen.

(Beifall bei der CDU)

Sie werfen uns immer vor, wir würden reflexartig reagieren.

(Manfred Mahr GAL: Das stimmt ja auch!)

Es ist die Aufgabe der Politiker, gerade dann zu reagieren, wenn die Menschen sich Sorgen machen.

(Beifall bei der CDU – Uwe Grund SPD: Das tun Sie ja nicht!)

Durch Verdrängen und Wegsehen wachsen ganz andere Reaktionen, die ich nicht will.

Wir müssen uns überlegen, was aufgrund dieser Vorfälle zu tun ist. Natürlich weiß ich auch, Frau Sudmann, daß Gewalt Ursachen hat, die wir vermutlich mit keinem Gesetz oder anderen Dingen – auch im regulären Raum – lösen können; da haben Sie völlig recht. Manchmal führt diese Analyse dazu, daß ich sage, wenn wir nichts ändern können, brauchen wir auch nichts zu tun. Das halte ich für die falsche Reaktion.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Wer sagt denn das?)

– Ich will Ihnen genau sagen, wer das sagt.

Die einzige Reaktion von Herrn Mahr war, eine Kleine Anfrage zu stellen. Das ist zu wenig.

(Beifall bei der CDU)

Die Reaktion von Herrn Neumann war, uns Populismus vorzuwerfen. Auch das ist zu wenig, denn das Problem ist objektiv vorhanden. Herr Senator Wrocklage hat einige interessante Ideen genannt. Bei der wichtigen Frage des Ausländerrechts haben Sie Herrn Vahldieck das vorgeworfen, was Herr Wrocklage gesagt hat. Ihre doppelbödige Argumentation finde ich erstaunlich.

(Beifall bei der CDU)

D Wir sollten uns darüber Gedanken machen, nicht nur kurzfristig etwas zu tun. Warum ist es denn so absurd, daß die Zahl der Zivilstreifen, die aus Kostengründen flächendeckend verringert wurden, in den erkennbaren Problemregionen erhöht wird? Natürlich können Zivilfahnder Verdachtsmomente viel schneller feststellen. Wenn uniformierte Polizisten in diesem Bereich auftreten, werden sie vermutlich kaum etwas ermitteln können. Darum lautet unsere Forderung:

Erstens: Wir brauchen in den Bereichen, in denen diese Vorfälle geschahen, mehr Zivilstreifen, die unerkant schneller und präzise zugreifen können.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Sie haben Herrn Vahldieck verspottet, weil er über Kontrollen auf den Zufahrtswegen gesprochen hat. Diese Formulierung war vielleicht nicht ganz glücklich. Er meinte natürlich, daß die Straßen um diese Diskotheken herum nicht großräumig gesperrt werden sollen. Die Besucher müssen auf den Zufahrtswegen der Parkplätze – man weiß doch, wo diese Parkplätze sind – und vor den Diskotheken stärker kontrolliert werden, um festzustellen, ob sie mit Waffen in die Diskotheken hinein wollen. Das ist das Problem. Warum sollen dort nicht verstärkt die Besucher auf Waffen kontrolliert werden? Das ist doch vernünftig und nicht populistisch.

(Beifall bei der CDU)

Sagen Sie mir ein Gegenargument. Warum nicht?

Drittens: Ist es denn völlig absurd zu überlegen, ob man nicht – auch überraschend – vor Diskotheken genau das macht, was am Flughafen gang und gäbe ist, nämlich beim Eintritt mit Detektoren festzustellen, ob die Menschen Waf-

(Ole von Beust CDU)

- A fen dabei haben? Ich bin der Meinung, Diskothekenbesucher sollten den gleichen Anspruch auf Sicherheit haben wie Fluggäste. Warum denn bitte nicht?

(Beifall bei der CDU)

Kommen Sie doch davon ab, komplexartig auf die Problematisierung von Sorgen und Ängsten, die die Menschen empfinden, zu reagieren, nur weil es um den Bereich Innere Sicherheit geht. Die Bürger haben kein Verständnis für diese Verdrängung, sie haben Verständnis dafür, daß wir selbstverständlich nicht alle Probleme lösen können. Es wäre unredlich, und das würden wir auch nicht tun, zu sagen, wir garantieren eine hundertprozentige Sicherheit.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Und was hat Herr Vahldieck gesagt?)

Sie müßten aber zustimmen, wenn wir sagen, wir tun alles in unserer Kraft Stehende jetzt und nicht erst in einem halben Jahr, um ein bißchen mehr Sicherheit zu schaffen. Daß Sie das nicht tun, zeigt, wie erbärmlich Sie hier reagieren.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Sehr richtig! und langanhaltender Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dr. Christier.

Dr. Holger Christier SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr von Beust, Sie machen den vergeblichen Versuch, einen Streit um Tatsachen anzuzetteln, und das kann nichts werden. Wir sind uns völlig einig – darüber kann man gar nicht streiten –, daß es im Umfeld von Diskotheken in der letzten Zeit Vorgänge in etwas verdichteter Abfolge gegeben hat. Wir haben dort ein politisches und sachliches Problem und sind aufgefordert, es zu lösen, und ich bin zuversichtlich, daß wir es lösen werden.

B

(Beifall bei der SPD und bei Antje Möller GAL)

Aber man muß vorsichtig sein, wie man mit diesem Thema umgeht. Ich sage ganz deutlich: Man darf Gewalt nicht verharmlosen, aber man kann Gewalt auch hochreden. Das unterstelle ich Ihnen, und das verurteile ich.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Wer hier von anderen Konzepten fordert, darf selbst nicht als Symbol geistigen Stillstands auftreten.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Erste Bemerkung: Wir haben uns um dieses Thema in der Vergangenheit massiv gekümmert, Sie haben das Stichwort Waffen genannt. Wir sind es gewesen, die eine sehr weitgehende Initiative zum Waffenrecht nach vorne gebracht haben, nicht nur für Schusswaffen, sondern auch für andere Waffen. Aus Ihrer Fraktion sind damals kritische Stimmen gekommen.

Zweite Bemerkung: Diese Diskotheken sind vor allem anderen privatwirtschaftlich geführte Unternehmen. Also ist es eine Frage der Gewichtung, zu sagen, die Verantwortung für die Sicherheit liegt zunächst einmal bei den Betreibern, und davon darf man nicht abweichen und sie daraus entlassen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hier ist doch eine ganze Menge passiert, Sie müssen die Zeitungen lesen. Herr Metterhausen hat aus der Sicht der

Wache sehr breit dargestellt, was an Beratungs- und Kontrolleleistungen erfolgt. Dort wird sich um dieses Thema gekümmert, und auch die Polizei vor Ort geht die Probleme an. Von daher sind die Vorwürfe, wir würden uns nicht kümmern, völlig unberechtigt.

C

Ich werde einen Vergleich ziehen. Wir hatten vermehrt Probleme im Bereich der Drogen. Wir haben dort einen Schwerpunkt gebildet, und die Probleme Drogenkriminalität und Folgekriminalität waren rückläufig. Wir hatten Probleme im Bereich des Raubes. Wir haben ein Raubkonzept entworfen, und die Raube sind zurückgegangen. Ich bin ganz sicher, daß es auch hier gelingen wird, zusammen mit den Betreibern ein Konzept zu entwickeln, das zu mehr Sicherheit führt. Wir haben keine perfekte Lösung und können auch kein Rundumkonzept vorlegen, aber wir haben den speziellen Gedanken – Herr Wrocklage hat darauf hingewiesen – eines Gütesiegels. Wenn wir Vorschläge machen, dann müssen sie sinnvoll sein, dann müssen sie umgesetzt werden können und dürfen nicht populistisch sein.

Jeder weiß, wie schwierig das Thema Abschiebung ist. Dort darf man es sich nicht zu leicht machen und auch nicht mit Gedanken wie Straßensperrungen oder so etwas kommen. Ressentiments gegen Kennzeichen WL oder SE haben wir nicht und sollten wir an dieser Stelle auch nicht einführen.

Wir haben ein konkretes politisches und sachliches Problem zu lösen, das in letzter Zeit vermehrt aufgetaucht ist. Ich entnehme den Ausführungen des Innensensors und den bisherigen Bemühungen der Polizei, daß sie an dieser Thematik dran sind und wir natürlich eine Lösung finden müssen. Aber ein Anlaß für populistische Sprüche und für schnellatmige Forderungen darf dies in keinem Fall sein. – Vielen Dank.

D

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist eine interessante Frage, wie man eine Aktuelle Stunde gestaltet. Bei der CDU geht das so: Erst wird Herr Vahldieck, der das irgendwie psychisch gar nicht richtig rüberbringen kann, als scharfer Hund vorgeschickt.

(Erhard Pumm SPD: Er muß sich die Zähne ausbeißen!)

Er muß behaupten, daß der Innensensor total versagt hat, daß man von ihm gar nichts erwarten kann und gewissermaßen in Hamburg wegen dieser Regierung alles schief geht. Er kann das wirklich nicht sehr gut rüberbringen, aber er wird vorgeschickt.

Dann sagen die SPD- und GAL-Vertreter und der Senator selbst, das kann doch nicht richtig sein, und weisen es zurück.

(Ole von Beust CDU: Letztes Mal war ich der erste!)

Und dann kommt Ole von Beust als braver Mann und sagt, wir wollten doch miteinander reden.

Das kann doch nicht stimmen, vielleicht drehen Sie es in Zukunft um. Sie schicken erst einmal einen richtigen Scharfmacher nach vorne oder sagen gleich, Sie wollen mit uns reden; das wäre auch eine gute Idee.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

(Dr. Martin Schmidt GAL)

A Dann wird höhnisch zurückgewiesen, daß es eine wesentliche Frage sei, wie die Diskotheken selbst ihre Sicherheit organisieren; das gilt als Ablenkung. Dann kommt Herr von Beust und sagt, die sollen es zum Beispiel so organisieren wie am Flughafen, die müßten das doch auch machen. Was war also an dem Argument von Herrn Vahldieck dran? Nichts, denn Sie haben es selbst zurückgezogen. Sie haben gesagt, die Diskothekenbesitzer sollten sich um ihre Probleme kümmern. Warum ist es falsch, wenn die SPD das Problem aufgreift, wenn Sie es tun, aber nicht? Das finde ich sehr lustig.

Dennoch ist als Nichtdiskothekenbesitzer mein persönliches Sicherheitsgefühl nicht beeinträchtigt; aber das ist kein Argument. Ein Argument ist aber, daß wir in Hamburg in der Tat eine Häufung innerhalb weniger Wochen hatten. Dennoch darf ich vielleicht darauf hinweisen, daß dieser Häufung Monate gegenüberstehen, in denen nichts dergleichen geschehen ist und die Polizei in einem ganz wichtigen Fall die Sache sehr schnell aufgeklärt hat. Eines können wir sagen, das hat heute schon jemand gesagt: Die Polizei arbeitet ziemlich gut.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dietrich Wersich CDU: Was meinte er mit „ziemlich“?)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Weitere Wortmeldungen zum ersten Thema sehe ich nicht.

Dann rufe ich das zweite, von der GAL-Fraktion angemeldete Thema auf:

Eine moderne Gesellschaft braucht ein zukunftsfähiges Ausländerrecht – zusammen Leben und Arbeiten möglich machen

B Frau Goetsch wünscht das Wort.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nicht nur die aktuelle Green-Card-Debatte und die Rede des Bundespräsidenten vom 12. Mai machen deutlich, daß Migration in all ihren Facetten zur politischen Tagesordnung gehört und die Neufassung gesetzlicher Bestimmungen sicher erst am Ende der Diskussion eine Rolle spielt. Allerdings gibt das bestehende Ausländerrecht Anlaß genug, eine grundlegende Veränderung zu fordern, denn das Ausländergesetz von 1990 ist ein Produkt konservativer Mehrheiten, in erster Linie dazu angelegt, Menschen auszugrenzen, die keinen deutschen Paß besitzen. Man kann immer noch sagen, daß es überhaupt kein Ausländerrecht gibt, sondern nur das Recht gibt, freiwillig auszureisen.

(Doris Mandel SPD: Wieso das denn?)

Hervorragendes Beispiel für diesen groben Unfug in Gesetzesform ist das Verbot, ausländische Studierende nach ihrem Abschluß nicht hier leben und arbeiten zu lassen. Neben den vorprogrammierten menschlichen Katastrophen führt dieser Unsinn nämlich dazu, daß hochqualifizierte Leute, die wir hier ausgebildet haben, in die USA oder nach Kanada abwandern und ihre Karriere machen. Daß die Politik mit der Green-Card-Idee jetzt in einigen Branchen auf den diagnostizierten Mangel an Fachkräften reagiert, zeigt um so deutlicher, wie dringend hier eine Änderung nötig ist.

(Beifall bei der GAL)

Eine besonders tragische Blüte ist das Arbeitsverbot für Flüchtlinge, das auf einem unsäglichen Erlaß der Kohl-Re-

gierung beruht, und dieses Arbeitsverbot muß ohne Wenn und Aber fallen. C

(Beifall bei der GAL und bei Helga Weise SPD und Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Es wird zur Zeit Gott sei Dank in Berlin verhandelt, und ich fordere an dieser Stelle alle innen- und sozialpolitischen Akteure in Berlin auf, schnell zu einem Ergebnis zu kommen, und zwar zu einem möglichst unbürokratischen, flexiblen und handhabbaren. Wir warten in den Kommunen und Ländern händeringend darauf, auch um die öffentlichen Kassen zu entlasten.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Es ist natürlich bedauerlich, daß insbesondere ökonomische Gesichtspunkte der Grund sind, mehr Liberalität in die Migrationspolitik zu bringen, und nicht humanitäre Gründe. Trotzdem ist es dringend erforderlich, diese Entwicklung aufzugreifen und zu gestalten. Dabei ist es Aufgabe der Politik, von dieser traditionellen Abschottungsmentalität wegzukommen und der Gesellschaft einmal Weltoffenheit zuzumuten. Hamburg könnte eine Vorreiterrolle spielen und die vakante Stelle des Vorbildes übernehmen. Wir könnten stolz sein, wenn es gerade hier gelingen würde, eine gute Integrationspolitik mit ökonomischer Weitsicht und Vernunft zu verbinden.

(Beifall bei Antje Möller GAL)

Wie Manfred Mahr richtig sagte: Wenn wir Frieden in dieser Stadt haben wollen, dann können wir das nur, wenn wir Menschen arbeiten lassen. Wenn wir miteinander leben sollen, müssen Menschen auch arbeiten dürfen.

Für die, die es gar nicht verstehen, läßt sich das auch anders formulieren. Eine konstruktive Migrationspolitik ist ein Standortfaktor ersten Ranges. Hier gilt es, auch Menschen ohne deutschen Paß und Flüchtlingen Möglichkeiten aufzuzeigen und ihre Kompetenzen fruchtbar zu machen. Genau hierin läge der entscheidende und erforderliche Paradigmenwechsel, nämlich weg von diesem ängstlich Kleinkarierten, von dieser Abwehrmentalität hin zu einem konstruktiven Gestalten. D

Meine Damen und Herren von der CDU! Wir brauchen wirklich konstruktives Gestalten und keine Scharfmacher wie neuerdings Herrn Huber aus München oder Rupert Scholz, die jetzt schon eine Kampfansage gegen die Verhandlungen und Ergebnisse einer Erleichterung des Arbeitsverbots in Berlin ankündigen. Sie sollten es lieber mit dem Arbeitgeberpräsidenten Hundt halten, der ausdrücklich dazu auffordert, eine vernünftige Einwanderungspolitik zu gestalten, denn so sind sie ein Standortrisiko.

(Beifall bei der GAL und bei Elisabeth Schilling und Dr. Monika Schaal, beide SPD)

Daß wir ein vernünftiges Einwanderungsgesetz brauchen und nicht nur eine verkniffene Green-Card-Debatte, versteht sich von selbst. Es ist eben nicht möglich, Migrationspolitik abzuschieben. Mehr denn je brauchen wir einen Zukunftsentwurf für ein Zusammenleben, der auch die rechtlichen Rahmenbedingungen erfaßt. Hier muß gehandelt werden, und zwar so, wie Johannes Rau es anmahnt: ohne Angst und Träumereien. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Pumm.

A **Erhard Pumm** SPD: Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Frau Goetsch hat schon angemerkt, daß unser neuer Bundespräsident am 12. Mai seine erste Berliner Rede

(Dr. Roland Salchow CDU: Sagten Sie „junger“ Präsident?)

– unser gemeinsamer, auch junger – zum Thema Ausländer unter dem Titel „Ohne Angst und ohne Träumereien: Gemeinsam in Deutschland leben“ gehalten hat. Ich empfehle Ihnen allen, sich diese Rede über das Internet bundespraesident.de einmal zu besorgen, da sie die Möglichkeit eröffnet, sich in einer anderen Form über Inhalte einer Ausländerpolitik in Deutschland zu verständigen, denn diese Verständigung hat leider in den letzten Jahren gefehlt.

Deswegen möchte ich einige wenige Passagen aus dieser Rede zitieren. Da heißt es unter anderem:

„Wir dürfen in der Diskussion nicht immer nur Teilaspekte herausgreifen: heute islamischer Religionsunterricht, morgen Green Card, dann wieder Arbeitserlaubnisse für Saisonarbeiter oder die Behandlung von Bürgerkriegsflüchtlingen. Wir müssen den Blick für das Ganze gewinnen.“

Erfolgreich können wir nur dann handeln, wenn wir zwei Haltungen überwinden, die zu weit verbreitet sind: Wir müssen Unsicherheit und Angst überwinden, die manchmal zu Fremdenfeindschaft, zu Haß und Gewalt führen. Wir müssen eine falsch verstandene Ausländerfreundlichkeit überwinden, die so tut, als gebe es überhaupt keine Probleme und Konflikte, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenleben.“

B Der Bundespräsident hat die Problemlage ganz gut beschrieben. Ich appelliere, in diesem Sinne die Diskussion zu führen, und wir sollten sie auch egoistisch führen. Deswegen frage ich mich, welche Interessen die deutsche Bevölkerung in der Ausländerpolitik hat; einige Interessen möchte ich formulieren: Die große Mehrheit der Ausländer, die bei uns leben, baut dieses Land mit auf und ist ein wertvoller kultureller Bestandteil des Landes, und ohne diese Ausländer könnten wir in Deutschland nicht so gut leben, wie es zur Zeit ist. Wir brauchen insbesondere sehr viele Ausländer für die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt. Wir brauchen aber auch Integrationsbestrebungen nicht nur von deutscher Seite, sondern auch von ausländischer Seite. Das bedeutet, die Kinder müssen in den Kindergarten, um die Sprache zu erlernen. Sie brauchen eine gute Schulausbildung, sie brauchen eine gute Berufsausbildung, und sie müssen in die Arbeitswelt integriert werden. Wir erwarten, daß in diesem Eingliederungsprozeß die Einbürgerung erfolgt. Wir erwarten aber auch, daß alle Menschen in diesem Land, also auch die Ausländer, die Prinzipien des Grundgesetzes und die Gesetze in diesem Land beachten. Wir müssen die Gesetze auch gegenüber Ausländern durchsetzen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Alles ungeheure Erkenntnisse, die Sie da haben!)

Das ist die Seite des Eigennutzes.

Daneben haben wir eine gesellschaftliche Verantwortung, die sich auf Bürgerkriegsflüchtlinge bezieht. Sie bezieht sich auf Menschen, die als politisch Verfolgte in dieses Land flüchten. Dieser Aufgabe und dieser Verantwortung müssen wir uns weiterhin stellen, aber mit ganz klaren Konditionen. Das bedeutet: Bei Asylbewerbern gibt es einen

Beginn und ein Ende des Asylverfahrens, und wenn am Ende des Asylverfahrens das Asylrecht verneint wird, muß die Ausreise erfolgen. Das gleiche gilt für Kriegsflüchtlinge. Wenn wir Menschen – und das sollten wir auch künftig beibehalten – aus Kriegsgebieten bei uns aufnehmen, dann ist das ein hohes Gut. Aber diese Hilfe ist begrenzt. Wenn der Bürgerkrieg beendet ist, muß die Heimreise erfolgen, sonst verlieren wir die Zustimmung für unsere Politik in der Bevölkerung.

Zum Arbeitserlaubnisrecht hat der Bundespräsident auch eine interessante Passage eingefügt, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeld (unterbrechend): Es tut mir leid, Ihre Redezeit ist schon überschritten, Sie müssen zum Ende kommen.

Erhard Pumm (fortfahrend): Dann ende ich an dieser Stelle. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeld: Das Wort erhält jetzt Frau Machaczek.

Bettina Machaczek CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Pumm, Sie sind ja dafür bekannt, sehr moderate Einstellungen zu haben, und der Rede von Herrn Rau haben wir im Grunde auch nichts entgegenzustellen. Aber es geht hier um ein modernes Ausländerrecht und die Frage, was wir denn tatsächlich tun und was wir nicht tun und welche freundlichen Reden wir halten.

Der Unterschied zwischen GAL und SPD ist eben noch einmal in der Diktion deutlich geworden, und ich möchte drei Punkte nennen, wie wir das Thema sehen. Ich glaube, die GAL hat noch nicht viel begriffen.

Zunächst ist aus Sicht der CDU für ein modernes Ausländerrecht folgendes wichtig: Erstens muß die Integration der hier lebenden Menschen ausländischer Herkunft verbessert werden, zweitens brauchen wir bessere Verfahren, die auch bei Beendigung von Asylverfahren greifen – Herr Pumm hat das gerade noch einmal gesagt, und auch Herr Vahldieck hat vorhin darauf hingewiesen –, und drittens muß der Zuzug gesteuert werden, und dieses Thema bewegt uns in den letzten Wochen.

Zur Integration will ich heute nur anmerken – das Thema kommt bei uns immer wieder und hoffentlich auch bei den anderen –, daß es um die deutsche Sprache geht, durch die nur Integration möglich ist. Ich möchte die Überlegung in den Raum stellen, zum Beispiel durch Integrationskurse, in denen man auch einen Abschluß macht – nicht, liebe GAL, um irgendwelche Identitäten wegzunehmen, sondern um einen Kompaß für Deutschland und Europa zu erwerben –, den Menschen zu vermitteln, womit sie es zu tun haben, wenn sie hierher kommen.

Zum anderen, da unterstütze ich auch Herrn Pumm, hat die Sache immer zwei Seiten. Auch die Nationalitätenvereine könnten manchmal einen Schritt mehr auf unsere Gesellschaft zugehen, denn sie haben besseren Zugang als wir, die das eher oft theoretisch versuchen.

(Erhard Pumm SPD: Auch das stimmt!)

Zum anderen muß – ich will das nicht weiter betonen – das Verfahren für straffällig gewordene Ausländer verändert

C

D

(Bettina Machaczek CDU)

- A werden. Ein Jahr Freiheitsstrafe reicht, um eine Abschiebung durchzusetzen, und wenn wir ein neues Gesetz wollen, das Green Card und Einwanderung zuläßt, dann müssen wir in unserer Bevölkerung eine Unterstützung für so ein Recht haben.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Vor diesen bösen Computerleuten!)

Wenn jemand kommt und seine Rechte verwirkt, muß es auch Konsequenzen haben. Die unionsgeführten Länder haben vor einigen Tagen sehr deutlich gesagt, sie würden einer vernünftigen Green-Card-Regelung sogar zustimmen, wenn es zu einem Dialog über die geregelte Einwanderung in Deutschland käme.

Sie haben auch viel zuwenig dazu gesagt, wie dramatisch wichtig das Thema inzwischen geworden ist. Wir haben in Deutschland sinkende Bevölkerungszahlen, wir haben trotz hoher Arbeitslosigkeit offensichtlich viele offene Stellen, die wir nicht besetzen können, daher die Debatte um die Green Card, und wir müssen an die sozialen Sicherungssysteme denken. Dafür müssen wir zumindest unsere Bevölkerung stabil halten. Nur muß es – das hat Herr Pumm gesagt, und das kann ich auch unterstützen – nach unseren Interessen gehen. Die Frage muß sein, was ist gut für die deutsche Volkswirtschaft, für alle Menschen, die hier leben, die auch in Zukunft hier arbeiten wollen. Da sage ich noch einmal ganz deutlich: Liebe GAL und liebe Bundesregierung, wenn Sie glauben, daß es ein richtiger Weg ist, jetzt für Asylbewerber das Arbeitsverbot zu lockern, dann zeigt das wieder, daß Sie überhaupt nichts begriffen haben,

(Beifall bei der CDU)

- B da das die unregelmäßige Einwanderung ist. Glauben Sie doch bitte nicht, daß diejenigen, die hier leben und aus dem Ausland kommen, es gut finden, wenn wir unregelmäßige Einwanderung zulassen. Sie wissen genau, was für ein Signal es gibt,

(Anja Hajduk GAL: Ja, was denn für ein Signal?)

wenn wir tatsächlich das Arbeitsverbot lockern. Ich finde es auch deswegen schlecht, weil die geregelte Einwanderung ein schwieriges Thema ist. Ich hoffe, daß Sie als rotgrüne Regierung, die leider auch in Berlin zur Zeit Führungsverantwortung hat, es schafft, diese wichtigen Themen in einen Zusammenhang zu setzen und ein Einwanderungsgesetz zu organisieren, wo wir auch die Bevölkerung mitnehmen, denn eines ist doch klar: Jeder hat bei der hohen Arbeitslosigkeit Sorge, auch bald in dieser zu landen.

Wir wissen leider auch, daß es oft daran liegt, daß wir in Deutschland – auch in Hamburg, das muß ich leider noch einmal betonen – ein schlechtes Bildungssystem haben, das unseren Leuten gar keine Chance gibt, mit den anderen zu konkurrieren.

(Oh-Rufe bei der SPD und der GAL und Beifall bei der CDU – Tanja Bestmann SPD: So schlimm sind 16 Jahre CDU!)

Hören Sie auf mit Ihren Vorhaltungen, sondern machen Sie ein Ausländerrecht, das wirklich zukunftsfähig ist und uns auch den inneren Frieden in diesem Land erhalten läßt.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Uhl.

Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: * Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Alle beziehen sich auf die Rede des Bundespräsidenten. Ich habe sie gelesen und bin auch etwas ratlos zurückgeblieben,

(Heino Vahldieck CDU: Ja, zurückgeblieben!)

ebenso wie nach der Rede von Frau Goetsch. Der Bundespräsident hat in vielen Bildern beschrieben, wie er die Situation in diesem Land empfindet, aus dieser Beschreibung aber weder Ziele abgeleitet noch irgendeinen Weg beschrieben, um diese Ziele zu erreichen,

(Erhard Pumm SPD: Hat sie Ihnen denn gefallen?)

sondern allgemein aufgefordert, darüber gesellschaftlich zu streiten. Der Weg muß auch zu dem Ziel, das man verfolgt, passen. Frau Machaczek hat ihre Ziele definiert und gesagt, sie möchte die Integration verbessern, bessere Verfahren zur Beendigung des Asyls finden und den Zuzug steuern.

Meine Ziele sind andere, und wahrscheinlich unterscheiden sie sich auch in den Wegen. Integration verbessern ist ein richtiges Ziel, nur stellt sich die Frage, wen möchte ich hier integrieren. Sind das Menschen, die einen deutschen Paß bekommen haben, die eingebürgert wurden? Wollen Sie für die die Integration verbessern, oder wollen Sie es tatsächlich für alle tun, die in dieser Stadt, in diesem Land leben? Es sind Menschen, die einen unterschiedlichen Aufenthaltsstatus haben, die sehr lange hier leben, aber keinerlei Perspektive haben. In diesem Land leben auch viele, die mittlerweile gar keinen Status mehr haben, weil sie über das restriktivste aller Rechte, das es in diesem Land gibt, illegalisiert sind. Wenn auch für diese Menschen Integration möglich gemacht werden soll,

(Carsten Lüdemann CDU: Nein!)

dann bin ich sehr dafür, dann verstehen wir unter diesem Stichwort auch dasselbe. Aber zunächst einmal müssen die Grundbedingungen geschaffen werden, um diese Menschen zu integrieren, und das bedeutet eine dauerhafte Perspektive in dieser Gesellschaft. Das ist Voraussetzung für alles, was man mit Integration beschreiben kann.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Zweitens möchte ich die bestehenden Zugangsmöglichkeiten in dieses Land erweitern. Ich möchte es für mehr Menschen möglich machen, hier eine dauerhafte Perspektive zu bekommen. Das bedeutet aber auch, das Asylrecht zunächst einmal zu verteidigen, denn es soll – das hört man gerade aus allen Orten – sozusagen begrenzt werden, und das kann nicht sein. Dieses Asylrecht ist ein individueller Anspruch, und an diesem grundgesetzlichen Anspruch muß festgehalten werden. Es müssen aber im Rahmen dieses Asylrechts weitere Möglichkeiten geschaffen werden, damit Menschen aus humanitären, menschenrechtlichen Gründen in dieses Land kommen können und Asyl bekommen beziehungsweise nach einem Ausländerrecht hier leben können.

Dieses Ausländerrecht ist keines, das Menschen einlädt, sondern ist im Gegenteil eines, das abschrecken soll, das keine Perspektive eröffnen soll und die Möglichkeiten für diejenigen, die hier sind, nahezu ausschließlich darin sucht, deren Aufenthalt wieder zu beenden. Das bedeutet, daß auch dieses Instrument ein völlig anderes werden muß. Es kann nicht sein, daß es ein Instrument der Abwehr, ein Instrument der Bevormundung und des Rausschmeißens ist, sondern es muß möglich werden, daß Leute sagen, ich

(Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A möchte in dieses Land aus sozialen Gründen, aus humanitären Gründen und auch, weil ich hier arbeiten möchte, kommen. Diese Möglichkeiten gibt es bereits, und mich würde einmal interessieren, welche Ziele mit einem Einwanderungsgesetz verbunden werden.

In der letzten Legislaturperiode gab es den Vorschlag, den Familiennachzug zu erleichtern und rein ökonomische Kriterien für den Arbeitsmarkt zu definieren. Das war der weitreichendste Vorschlag; er kam von den Grünen. Eine Diskussion über Menschen, die aus den unterschiedlichsten Motiven hier sind, die sich allein an der ökonomischen Nützlichkeit ausrichtet, kann und darf nicht das sein, was unter Offenheit und Vielfalt verstanden wird und worauf sich alles konzentriert.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Ihre Redezeit ist abgelaufen. Frau Uhl, kommen Sie bitte zum Schluß.

Susanne Uhl (fortfahrend): Deshalb habe ich drei andere Ziele genannt, die sich zum Teil als Zielformulierung decken, aber in den Wegen dorthin enorm unterscheiden. Die Aufforderung des Bundespräsidenten war, den Streit zu führen. Ich glaube, das ist ein Thema, bei dem es sich lohnt, diesen Streit zu führen. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort erhält Frau Senatorin Roth.

- B **Senatorin Karin Roth**: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema Einwanderung, Zuwanderung und Asyl ist ein Thema, das nicht nur in Deutschland diskutiert wird, sondern europaweit, denn nicht nur Deutschland, sondern auch andere europäische Staaten werden mit diesem Thema konfrontiert. Insofern möchte ich darum bitten, daß wir bei dem Thema ein Stück weit über unseren eigenen Tellerrand hinwegsehen und sehen, welche europäischen Regelungen und Debatten vorhanden sind, um dann für die Bundesrepublik eine entsprechende Regelung zu finden.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

In Hamburg haben wir diese Diskussion schon öfter geführt. Es ist so, daß wir seit Jahren eine große Zuwanderung in unterschiedlicher Weise haben. Auf der einen Seite haben wir die Aussiedler – nebenbei gesagt, geht dieser Teil des Kontingents eher zurück – und auf der anderen Seite die Asylbewerber, deren Anteil auch zurückgeht. Dann haben wir einen größeren Teil von Zuwanderungen in unregelmäßigen Verfahren, also sogenannte Duldungen, die längere Zeit vorhanden sind. Das heißt, Frau Goetsch, wir haben, wenn man diese zwei Gruppen zusammennimmt, sehr unterschiedliche Gruppen von Flüchtlingen mit sehr unterschiedlichen Statusregelungen.

Wenn wir also darüber reden, wie wir Zuwanderung steuern und wie es sinnvollerweise geschieht, um noch einmal an den Bundespräsidenten anzuknüpfen, dann müssen wir auch die unterschiedlichen Statusgruppen im Auge haben und für diese auch unterschiedliche Regelungen vorsehen.

Ich glaube, in diesem Hause gibt es zum Thema Notwendigkeit der Integration von ausländischen Mitbürgerinnen

und Mitbürgern überhaupt keinen Dissens, denn in keinem Bereich ist das in Frage gestellt. Wir machen in Hamburg eine hervorragende Integrationsleistung. Denken Sie nur an die Schulen, aber auch an die Vielzahl von Sprachkursen, Spracherwerbsmöglichkeiten und unsere Initiativen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Menschen zu schaffen, damit diejenigen, die hier sind und eine Arbeitserlaubnis haben, in den Arbeitsprozeß integriert werden.

Insofern macht Hamburg in bezug auf die Integrationsanstrengung eine Menge. Auch unsere deutsch-ausländischen Begegnungstätten und alles, was dazu gehört, um Integration und das Leben miteinander und untereinander zu organisieren, sind in Hamburg vorbildlich. Allerdings ist bei der Green-Card-Debatte aufgefallen, daß wir, bezogen auf die Zukunft, unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung einige Probleme haben werden. Zur Zeit haben wir vor allen Dingen deshalb Probleme, weil in der Vergangenheit in bezug auf die Qualifizierung von bestimmten Fachkräften, insbesondere auf Bundesebene, vieles nicht gelaufen ist. Wir haben auch durch die Untätigkeit der alten Bundesregierung ein erhebliches Defizit. Das muß jetzt ausgeglichen werden. Aber – und das ist entscheidend – mittelfristig ist das nicht eine Frage von Green Cards, sondern eine Frage, wie wir zukünftig die Zuwanderungen steuern und Regelungen einführen, die dazu dienen, daß beispielsweise aus ökonomischen, aus sozialen Gründen Zuwanderung möglich ist. Insofern finde ich die Hinweise des Bundespräsidenten sehr wichtig, daß er hier deutlich macht, daß wir in diesem Zusammenhang auch einen Regelungsstau haben. Das heißt, wir brauchen aus meiner Sicht auch eine sachliche Debatte darüber, wie und in welcher Weise wir Einwanderungsregelungen schaffen können. Das kann allerdings nicht dazu führen, daß diese Einwanderungsregelungen das Thema des Asyls außer Kraft setzen. Deshalb möchte ich an der Stelle noch einmal den Bundespräsidenten zitieren, denn das sind zwei Seiten einer Medaille, aber sie gehören zusammen.

Der Bundespräsident sagt nämlich:

„Die Regeln für Integration und Einwanderung müssen von den sozialen und wirtschaftlichen Interessen geprägt sein, die unsere Gesellschaft hat. Um so wichtiger ist es, zwei Dinge auseinanderzuhalten: Einwanderung und das Recht auf Asyl. Eine Einwanderungsregelung ist eigennützig, das Recht auf Asyl ist uneigennützig.“

In diesem Sinne sollten wir auch zukünftig diskutieren, und lassen Sie uns das gemeinsam tun.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Erdem.

Mahmut Erdem GAL: * Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Machaczek, Sie hatten 16 Jahre Zeit, Integrationspolitik zu machen. 16 Jahre haben Sie hier eine Abgrenzungspolitik betrieben. Wenn heute über das Thema Ausländerkriminalität diskutiert wird, so ist das ein Produkt Ihrer Politik der sechzehnjährigen Ausgrenzung.

Ich kann mich daran erinnern, als ich in die Schule kam, daß die Frage war, ob ich in die Sonderschule oder in die sogenannte Regelschule kommen soll. Das ist in Niedersachsen gewesen. Da hat damals die CDU regiert. Das ist Ihre Politik gewesen. Haben Sie in den 16 Jahren eine Leitlinie für Immigrations- und Integrationspolitik geschaffen? Nein. Sie haben das Asylgrundrecht beschnitten. Sagen

(Mahmut Erdem GAL)

- A Sie mir einmal, welche Position Sie jahrelang bei dem Spracherwerb der hier lebenden Immigranten vertreten haben. Sie haben jahrelang die Kürzung vorgenommen. Das ist die Integrationspolitik, die Sie uns beschreiben wollen.

Jetzt stellen Sie sich hier hin, um unverschämt zu sagen, die Regierung, die jetzt in Berlin regiert, ist nicht dazu geeignet, Integrationspolitik zu machen. Gleichzeitig fordern Sie die nochmalige Kastration des Grundrechts auf Asyl. Sie sind kein Jurist. Sie kennen die Geschichte des Grundrechtes vielleicht nicht. Aber ich sage Ihnen eines, die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben damals dieses Grundrecht bewußt in Artikel 16 aufgenommen – das heißt im Grundrechtsabschnitt der Verfassung –, weil es in der Geschichte Deutschlands eine tragische und schlimme Zeit gab, in der niemand die Menschen, die flüchten wollten, aufgenommen hat. Wir wollen sie aufnehmen. Deswegen haben wir ein Grundrecht auf Asyl. Ich bedauere, wenn von Ihnen – gerade, weil ich Sie persönlich eigentlich schätze – gefordert wird, das Grundrecht auf Asyl zu beschneiden und sozusagen kein Recht zu gewähren. Das muß ich entschieden zurückweisen.

Unsere Partei fordert weiterhin, und ich denke, ich spreche auch für die Kollegen von der SPD, daß das Grundrecht, so wie es ist, bleibt. Ich denke, daß es auch völkerrechtlich keine anderen Möglichkeiten gibt, das Grundrecht noch weiter zu kastrieren.

Zu der Frage Zuzug hat unsere Partei jahrelang ein Einwanderungsgesetz für die Bundesrepublik Deutschland gefordert. Sie sagen, wir haben jetzt im Rahmen der Green Card auch die Zuzugsregelung gefordert. Wenn das eine mit dem anderen klappt, dann werden wir zustimmen. Das ist absoluter Unsinn. Die Green-Card-Debatte ist etwas anderes als die Einwanderung in diese Republik. Einwanderungen in diese Republik brauchen wir dringender denn je. Frau Goetsch hat gesagt, sogar die Industrie fordert das, nicht nur die Grünen. Wenn wir das gefordert hätten, dann hätte man gesagt: Oh, wieder mal Randthemen. Nein, die Industrie fordert das. Das fordert jetzt sozusagen Ihre Klientel. Da müssen Sie einmal reagieren.

Ich finde, Ihre Haltung, meine Damen und Herren von der CDU, war heute ganz schlecht. Sie müssen darauf reagieren und zukünftig eine Politik machen, daß in dieser Gesellschaft eine Integration erfolgt, die auf Gleichheitsgrundsätzen beruht und nicht darauf, daß wir, die Immigranten, immer eine Bringschuld haben und Sie sagen, ich gehe bei dem Portugiesen zum Essen und das reicht uns an Integration. Nein, ich fordere für die hier lebenden Immigranten von Ihnen, der Mehrheitsgesellschaft, daß Sie sich für Integration bereit halten, auch der deutschen Gesellschaft. Die Mehrheitsgesellschaft muß Minderheitsgesellschaften Angebote machen, und daran fehlt es mir.

Es fehlen mir auch bei diesem Senat die Integrationsleitlinien für Politik in dieser Stadt. Ich denke, die Senatorin hat hier definitiv noch nichts gesagt, aber sie hat uns versprochen, daß diese Leitlinienpolitik für eine Integration in dieser Stadt in dieser Legislaturperiode kommen soll. Ich hoffe, daß sie bald kommt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Grund.

Uwe Grund SPD: Meine Damen und Herren! Von den 150 000 Menschen, die in den letzten Jahren in Hamburg

zugewandert sind – Sie wissen es alle –, ist der allergrößte Teil nichtdeutscher Staatsbürgerschaft oder neudeutscher Staatsbürgerschaft, weil sie Spätaussiedler gewesen sind, weil sie keinen deutschen Paß hatten oder einen neuen bekommen haben.

Ich stelle hier noch einmal fest, daß Hamburg in diesen Jahren eine ungeheure Integrationsleistung gebracht hat. In den Schulen ist dies geschehen, in den Betrieben ist es geschehen, in der Nachbarschaft ist es passiert. Das darf man nicht billig und klein reden.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Hans-Peter de Lorent GAL)

Dies ist nicht uneigennützig geschehen, meine Damen und Herren. Wenn man die Dinge auf die Spitze treibt und gräbt einmal herum und würde sich die Frage stellen, was in dieser Stadt passieren würde, wenn morgen sämtliche Menschen ausreisen würden, die keinen deutschen Paß besäßen. Ich sage Ihnen, diese Stadt wäre funktionsunfähig. Wir würden im Schmutz ertrinken,

(Beifall bei Andrea Franken GAL)

die Betriebe würden ihre Produktion einstellen, wir würden kulturelle Bereicherung verlieren und vieles weitere mehr. Hamburg würde nicht so weiterleben, wie es heute lebt. Ich finde, das muß man sich immer wieder neu vor Augen führen, wenn man über solche Fragen spricht.

Wer über Einwanderungsrecht redet, muß wissen, daß Einwanderungsrecht Steuerung bedeutet. Es bedeutet kommen lassen, bedeutet aber auch verbieten von Kommen. Wer weiß, welche Zuwanderungen wir in Deutschland allein durch das Thema Kriegsflüchtlinge und Asyl haben, der weiß, wenn er redlich mit den Fakten umgeht, daß in Wahrheit nur noch wenig bleibt, was dann an steuerbarer zusätzlicher Zuwanderung überhaupt möglich ist. Von daher bitte ich alle Beteiligten, mit diesen Begriffen sehr, sehr redlich umzugehen und die Öffentlichkeit nicht mit flüchtigen Argumenten zu täuschen.

Das Thema Arbeit und ausländische Arbeitnehmer ist ein besonderes Problem. Das Ausländerrecht hat restriktive Elemente. Die Anteile des restriktiven Ausländerrechts sind unter der CDU-Regierung erheblich größer geworden. Es hat aber auch gewährende Rechte. Gerade in der Frage des Arbeitsrechtes leben wir in diesem Lande in einem Zielkonflikt. Wir sollten ihn doch einmal ehrlich aussprechen. Auf der einen Seite sind die Menschen darüber böse, daß Zuwanderer hier leben und ohne eigene Arbeit Aufenthalt, Unterkunft, Sozialhilfestatus und Asylstatus genießen. Das wird kritisiert. Auf der anderen Seite, würde man sehr großzügig und sehr schnell mit den Arbeitserlaubnisrechten umgehen, würde das Problem auftauchen, daß die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu einem neuen Problem wird. Denn die Arbeitslosigkeit ist noch immer nicht klein. Sie wissen ganz genau, wenn man in die Statistik hineinschaut, daß gerade für einfachere Tätigkeiten ein besonderer Mangel an Arbeitsplätzen besteht und dort der Konkurrenzkampf besonders groß ist. Mit diesen Ehrlichkeiten muß man doch wenigstens umgehen in dieser Stadt. Ich finde, meine Damen und Herren, insoweit ist es leicht erklärt, daß wir dafür sind, daß all diejenigen, die soziale, humane oder sonstige Gründe haben, hier herkommen und arbeiten sollen. Frau Uhl, das kann man niemandem ernsthaft empfehlen, daß man einen solchen Unsinn macht, wie Sie ihn hier vorschlagen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

(Uwe Grund SPD)

- A Solche Empfehlungen führen eindeutig nur zu mehr Blockaden. Ich bin der Auffassung, daß wir es den Menschen in der Stadt gut erklären müssen, daß es vernünftig ist, Zuwanderern, die zu Recht, also legal, hier leben und voraussichtlich auch hier weiterleben werden, eine Arbeitserlaubnis zu geben, weil sie zu ihrem eigenen Lebensunterhalt beitragen und diesem Lande in Wahrheit helfen. Das muß aber dosiert und gesteuert passieren. Deshalb bin ich dafür, das nicht emotional, sondern sachlich zu diskutieren. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Elke Thomas CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Machaczek.

Bettina Machaczek CDU: Ich hatte eigentlich geplant, nicht noch einmal zu reden, aber Herr Erdem backt sich die CDU immer so, wie sie ihm gerade paßt.

(Beifall bei der CDU – Bernd Reinert CDU: Sehr gut!)

Das will ich jetzt nicht beklatschen, aber ich bedanke mich für den Beifall meiner Fraktion.

Herr Erdem, wir haben überhaupt nicht gefordert, das Asylrecht abzuschaffen. Das ist doch völliger Quatsch. Nur – und das sagte auch Herr Schily ...

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, das Wort Quatsch wollen wir doch vermeiden.

(Mißfallensbekundungen aus dem ganzen Hause)

- B **Bettina Machaczek** (fortfahrend): Herr Erdem, wir wollen dieses Asylrecht nicht abschaffen. Herr Schily, unser Bundesinnenminister,

(Barbara Duden SPD: Ihrer auch!)

hat dieses doch schon vor längerer Zeit angestoßen, daß man nämlich all diese Regelungen auf europäischer Ebene regeln muß, wie wir übrigens auch ein Einwanderungsgesetz mit unseren europäischen Kollegen absprechen müssen, denn auch da werden alle aufpassen, daß wir nicht irgend etwas machen, was unsere europäischen Nachbarn betrifft. Ich will es hier noch einmal sagen, weil es mich wirklich ärgert. Die Debatte mit der SPD ist im Moment wirklich besser zu führen, und ich habe fast den Eindruck, daß sie beide sich einmal in der Koalition damit auseinandersetzen sollten, damit wir wirklich zu Regelungen kommen, die auch den Namen verdienen. – Danke.

(Beifall bei der CDU – Peter Zamory GAL: Das machen wir doch ständig!)

Vizepräsident Berndt Röder: Dann bekommt das Wort die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe heute viel zur Integrationspolitik gehört, aber leider nur sehr wenig zur Arbeit. Herr Grund hat das dann zwar noch etwas relativiert, aber bei Ihnen, Frau Roth, finde ich viel zu große Ängstlichkeit vor. Es geht hier um Ausschluß von Arbeit. Wir haben über Zusammenleben geredet, und wer zusammenlebt, der muß für eine bestimmte Zeit, die er hier lebt, auch arbeiten dürfen. Es gibt diese Konkurrenz nicht, Herr Grund, das ist nicht richtig.

(Uwe Grund SPD: Natürlich gibt es die!)

C

Natürlich sind wir für eine gesteuerte Zuwanderung, und natürlich heißt Steuerung auch, daß es Regelungen geben muß. Aber wenn Sie einmal das Zitat von Herrn Rau hören, der sagt, daß 70 000 Experten viel zu wenig sind, und den Arbeitskräftemangel in diesem Land betont, dann ist es dringend nötig, Regelungen zu finden, dieses Arbeitsverbot aufzuheben, zu erleichtern für die Menschen – ich zitiere immer wieder Beispiele –, die hier teilweise acht, neun Jahre leben und immer noch nicht arbeiten dürfen. Sie wollen arbeiten und nicht von der Sozialhilfe leben, und dazu muß es Lösungen geben.

(Beifall bei der GAL)

Gott sei Dank ist die rotgrüne Regierung in Bonn dabei, Lösungen zu finden, daß dieser Blödsinn aufhört. Wir haben ein völlig unübersichtliches Arbeitsgenehmigungsrecht, das in diesem Zusammenhang dringend reformiert werden muß, und zwar mit Lösungen ohne Vorrangigkeitsprüfungen. Auch die Mitarbeiter des Arbeitsamtes sagen, daß es ein Wahnsinn sei, was da bürokratisch gemacht wird. Insofern mahne ich noch einmal diese Weltoffenheit an, daß entsprechend dem Fachkräftebedarf auch reagiert wird und dieses Arbeitsverbot geändert wird. – Danke.

(Beifall bei der GAL und bei Elisabeth Schilling SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich zu diesem Thema nicht. Dann rufe ich nunmehr für noch acht Minuten das dritte, von der SPD-Fraktion angemeldete Thema auf:

Beratungsangebote für chronisch kranke Menschen in Hamburg

D

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Kretschmann hat das Wort.

Lutz Kretschmann SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Wie fühlen Sie sich? – Ich hoffe gut, aber ungefähr 16 Prozent aller Hamburger und Hamburgerinnen können dies leider nicht sagen. Sie leiden an chronischen Erkrankungen. Wer kennt ihn nicht, den Zuckerkranken, der sich Insulin spritzen muß, den Rheumakranken, der sich kaum bewegen kann, die gelähmte Schlaganfallpatientin oder einen HIV-positiven Menschen. Dies sind nur wenige Beispiele, was einen alles in unserer ach so modernen Gesellschaft plagen kann. Diese Menschen haben sich diese Krankheiten nicht ausgesucht und nicht gewünscht.

Die BAGS hat sich über die Lebensumstände der kranken Menschen eine Studie erstellen lassen. Es ist gut, daß Hamburg die chronisch kranken Menschen nicht alleine läßt und bei den Betroffenen direkt nachfragt. So unter anderem, in welchen Verhältnissen sie leben und welche Wünsche sie haben. Ohne hier auf die Einzelheiten einzugehen, zeigt sich, daß die Menschen trotz ihrer Erkrankung mit ihrem Leben zufrieden sind, auch wenn sie es oft um ein Vielfaches schwerer haben als die sogenannten gesunden Menschen.

So empfinden chronisch kranke Menschen Faktoren, die auch gesunde Menschen beeinträchtigen, oft als eine zusätzliche Last. So stören sie besonders Flug- und Verkehrslärm oder Luftverschmutzungen. Die Befragten leiden zudem besonders auch unter unfreundlichen Nachbarn. Unverständlich, wenn jemand schon krank ist, warum man

(Lutz Kretschmann SPD)

A dem auch noch einen Tritt geben muß. Das kann ich nicht nachvollziehen.

Überraschend gut schneiden die behandelnden Ärzte ab. Sie nehmen sich Zeit für ihre Patienten und Patientinnen. Dennoch wünschen sich die Diabetes-Patienten mehr spezialisierte Ärzte. Insgesamt aber läßt sich feststellen, daß die ambulante medizinische Versorgung in Hamburg für Menschen mit chronischen Erkrankungen ausreichend ist.

Nachdenklich stimmen muß hingegen, daß die Beratungsangebote nicht genügend bekannt sind. Dies ist erstaunlich, gibt es doch gerade in Hamburg eine Vielzahl von Beratungsstellen und telefonischen Beratungsangeboten. Als Anlaufstellen dienen die Beratungsstelle Gesundheit und die Gesundheitslotsen der BAGS sowie die Patientenberatung der Verbraucher-Zentrale, gefördert mit fast 500 000 DM. Die Mehrzahl der Befragten hatte keine Informationen über finanzielle Hilfen, über praktische Hilfen im Alltag oder über das Beratungsangebot der Stadt erhalten. Die Unkenntnis trifft offenbar selbst auf die Mitglieder von Patientenorganisationen und Selbsthilfegruppen zu. Hier muß verstärkt Öffentlichkeitsarbeit erfolgen. Gerade auch die neuen Medien können sehr zur Transparenz des Angebotes beitragen. So bietet die Homepage der BAGS alle Broschüren über chronische Erkrankungen zum Download an und ist damit sogar umfangreicher als das Angebot des Bundesgesundheitsministeriums. Multiplikatoren, Ärzte und Selbsthilfegruppen – hier vor allem die Kontakt- und Informationsstelle KISS, unterstützt durch die Freie und Hansestadt Hamburg mit über 1,1 Millionen DM – müssen besser und umfassender über das Beratungsangebot informiert sein und ihre Informationen auch weitergeben.

B Die Informationen müssen Patienten und Patientinnen so früh wie möglich erreichen. Daß ein besonnener und informativer Umgang mit Krankheit möglich ist, zeigt sich immer wieder im Aidsbereich. Massive öffentliche Aufklärungs- und Informationskampagnen haben den Umgang einer gesamten Generation mit dem Thema Aids geprägt. Die Aidsberatungsstellen haben hierbei eine große Kommunikationsleistung zu erbringen. In diesem Sinne ist die heutige Debatte ein Beitrag, das Thema chronische Erkrankung nicht immer nur zu verdrängen. Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, bleiben Sie gesund. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält sodann die Abgeordnete Jürs.

Vera Jürs CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die vorliegende Studie zur Lebenssituation von Menschen mit chronischen Krankheiten begrüße ich sehr. Die Ergebnisse haben gezeigt, daß es eine Notwendigkeit war, die Betroffenen nach ihrer Beurteilung der eigenen Situation zu befragen und dabei gleichzeitig abzurufen, wie die Angebote und die Möglichkeiten, die die Stadt Hamburg für chronisch kranke Menschen hat, die Betroffenen erreichen.

Es gibt in unserer Stadt sehr viele Hilfsmöglichkeiten, die chronisch Kranken das Leben erleichtern. Einerseits die spezielle ärztliche Versorgung – ich denke da besonders an die Schulungen für Diabetiker im AK Barmbek, die vielen an Diabetes erkrankten Menschen eine Teilnahme am normalen Leben ermöglichen –, andererseits die hervorragenden Rehabilitationseinrichtungen für Schlaganfallpatienten, die ausgereifte Rheumadiagnostik, die vielfältigen finanziellen Hilfen zu Wohnungsanpassungen oder

die Begleitung in Selbsthilfegruppen und deren finanzielle Unterstützung. C

Die Studie ist sicherlich von Bedeutung und sollte aber bitte nicht, wie die meisten Gutachten, ein Schubladendokument werden. Ich hoffe und wünsche, daß diese Studie ein Beitrag dazu ist, die vielfältigen Hilfsmittel publik zu machen. Dennoch ist es – wie in anderen Lebensbereichen auch – die Massenträgereitskomponente, die überwunden werden muß, um die vielen Informations- und Hilfsangebote an die chronisch erkrankte Frau und den chronisch erkrankten Mann zu bringen.

Der seit einem Jahr aktive Arbeitskreis in Stellingen hat hier eine Barriere durchbrochen und gezeigt, daß mit Hilfe der Vernetzung aller Beteiligten, wie Ärzte, Krankenhäuser, Apotheken und so weiter, eine gezielte und umfangreiche Information über die Hilfsangebote erfolgen kann.

Weiter geht aus der Studie hervor, daß es erforderlich ist, in allen Hamburger Stadtteilen entsprechende Arbeitskreise einzurichten. Ich fordere daher die BAGS auf, ein Konzept zu erarbeiten, wie diese Idee aus Stellingen in den anderen Stadtteilen umgesetzt werden kann.

Was mich jedoch an der Studie betroffen macht, ist die Tatsache, daß die Kranken sich über die mangelnde Sicherheit in unserer Stadt beklagen. Diese Äußerung hat besonderes Gewicht und muß in der weiteren Planung Berücksichtigung finden. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Dann bekommt das Wort Frau Senatorin Roth.

Senatorin Karin Roth: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist in der Tat so, daß diese Studie für uns ein wichtiger Hinweis dafür ist, wie sich die Menschen, die chronisch erkrankt sind, in unserer Stadt fühlen und was sie meinen, was noch fehlt und was ausreichend ist. D

Ich fand sehr bemerkenswert, daß die chronisch kranken Menschen in unserer Stadt, obwohl es sehr unterschiedliche Personengruppen sind – Rheumakranke sind anders zu sehen als zum Beispiel Schlaganfallpatienten –, daß sie summa summarum sagen, ihre Lebenszufriedenheit sei gut, obwohl sie mit der Krankheit ein ganzes Leben leben müssen. Das heißt, sie haben die Verarbeitung ihres Schicksals geleistet. Dazu gehören aus meiner Sicht vor allen Dingen unser gutes infrastrukturelles Programm und die Selbsthilfegruppen, aber auch – das ist wichtig – die Unterstützung durch die Ärzte. Die Ärzte bekommen in dieser Studie ein sehr gutes Urteil von seiten der Patientinnen und Patienten. An der Stelle muß auch einmal gesagt werden, daß es nicht so ist, daß die Ärzte für diese Patienten keine Zeit haben. Sie nehmen sich für diese Patienten Zeit, und das ist gut so.

Die Lebenssituation ist also gut, die Wohnungssituation ist ebenfalls gut und auch die Situation der Versorgung, das heißt mit Hilfsmitteln. Ein Problem ist – das haben wir erkannt, und insofern, Frau Jürs, landet das nicht in der Schublade – das Thema der Information. Wir haben in Hamburg vieles, aber das eine oder andere ist eben nicht bekannt. Der Arbeitskreis und die Koordination in Stellingen sollen gerade dazu beitragen, stadtteilbezogen diese Informationen zu verbessern und auch eine Koordinierung zwischen den unterschiedlichen Akteuren zu erreichen.

(Senatorin Karin Roth)

- A Ich gehe davon aus, daß wir erstens eine zentrale Anlaufstelle haben, durch die man sich weiterverbinden läßt, damit auch die Unübersichtlichkeit nicht mehr vorhanden ist, und zweitens, daß diese positiven Ansätze in Stellungen auch auf andere Stadtteile übertragen werden. Es ist klar, daß es nicht nur darum geht, daß man viel vorhält, sondern es geht um die Frage, wie das bei den Menschen eigentlich ankommt. Es geht also nicht nur um Menge, sondern um Qualität und vor allen Dingen um die Frage, ob es so, wie wir es organisiert haben, richtig organisiert ist.

Wir erhoffen uns von diesem Projekt in Stellungen Hinweise für weitere Organisationsentwicklungen auf diesem Gebiet. Insofern kann ich Ihnen versprechen: Sollte dieses vernünftig weitergehen, werden wir prüfen, das auch in anderen Bereichen umzusetzen. Insofern gibt es in diesem Zusammenhang, was das Thema Organisationsveränderung angeht, auch keinen Dissens. Ich denke, wir sind es den Menschen schuldig, die chronisch krank sind, denn sie müssen mit dieser Krankheit leben. Deshalb sollten wir alles tun, ihre Befindlichkeit noch ein bißchen zu verbessern.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Wir sind in der Redezeit nach Paragraph 22 Absatz 3 der Geschäftsordnung. Das Wort bekommt der Abgeordnete Zamory.

Peter Zamory GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Leider kann ich in die positive Grundstimmung meiner Vorredner und Vorrednerinnen in bezug auf diese Studie nicht so recht einstimmen. Wir wissen jetzt – damals schon erklärt in der Pressekonferenz der BAGS bei der Vorstellung dieser Studie und hier noch einmal wiederholt –, daß Rheumatiker, Diabetiker, Schlaganfallpatienten, auch Aphasiker eine hohe Lebenszufriedenheit mit der medizinischen Versorgung in dieser Stadt haben. Alles gut und schön, aber man muß einmal deutlich sagen, daß chronisch Kranke auch eine Hierarchie innerhalb ihrer Gruppe haben. Mir ist völlig unverständlich, warum die psychisch Kranken, die Tumorkranken, die Suchtkranken, die Aidskranken, die Multiple-Sklerose-Kranken, die Demenzkranken oder ihre Angehörigen, die Unfallopfer oder die Schmerzkranken, die nicht an Rheuma leiden, überhaupt nicht in diese Studie mit einbezogen wurden.

Es wurden – das möchte ich einmal polemisch sagen – die am besten versorgten und organisierten chronisch Kranken gefragt. Aber diejenigen, die am Rande der Gesellschaft stehen und zu ihren chronischen Erkrankungen zusätzlich erhebliche Probleme haben, wurden gar nicht erst in diese Studie einbezogen. Der Ansatz, chronisch Kranke direkt zu fragen, was sie von ihrer Wohn- und Lebenssituation sowie von ihren Ärzten halten, ist völlig richtig und unbestritten.

Mir ist aber völlig unklar, warum in der Auswahl der Befragten meiner Meinung nach nur die „Elite“ der chronisch Kranken befragt wurde. Auf die Aphasiker trifft dieser Vorwurf vielleicht nicht so zu, aber auf die Organisierten in der Rheumaliga und in den Diabetesgruppen sehr wohl.

Deswegen möchte ich wissen, wieviel Geld diese Studie gekostet hat und warum nicht einmal ansatzweise andere Patienten mit chronischen Erkrankungen einbezogen wurden und ob es nicht eigentlich eine zweite Studie geben müßte, die diese Gruppen befragt.

(Beifall bei der GAL, vereinzelt bei der SPD und bei Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Jobs.

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Zamory, Sie haben recht. Ich habe gerade überlegt, ob ich mich überhaupt noch zu Wort melden sollte.

Es ist deutlich geworden, woran diese Untersuchung krankt. Tatsächlich wurde nur eine Minderheit befragt, deren interessante Auskünfte auch zu Protokoll genommen wurden; darauf komme ich noch zurück. Sie haben aber aus meiner Sicht die Ergebnisse dieser Studie in einer völlig unzulässigen Art und Weise verallgemeinert.

Aufgrund der Aussagen der Untersuchungsgruppe, die darauf hingewiesen hat, daß daraus Ableitungen nur schwer möglich seien, haben Sie auf Ihrer Pressekonferenz verkündet, chronisch kranke Menschen hätten in Hamburg eine hohe Lebenszufriedenheit. Das ist völlig unzulässig. Über die Lebenssituation aller anderen chronisch kranken Menschen, über die Herr Zamory gerade gesprochen hat, wird nichts gesagt. Diese Menschen haben nämlich nicht wie die Befragten die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben so teilzunehmen, weil sie nur eingeschränkte Möglichkeiten haben. Von ihnen ist eine derartig hohe Lebenszufriedenheit sicherlich nicht zu erwarten. Deshalb haben Sie mit dieser unzulässigen Verallgemeinerung diesen Menschen einen unerhörten Schlag ins Gesicht verpaßt. Diese sollten Sie zurücknehmen und noch einmal relativieren.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ich möchte auf einen vorherigen Einwand zurückkommen. Ein Untersuchungsergebnis ist wirklich interessant. Herr Zamory hat einen Teil der chronisch kranken Menschen als Elite bezeichnet. Ich weiß nicht, ob man in diesem Zusammenhang von Elite sprechen sollte. Aber selbst diesen Menschen, die ein hohes Maß an sozialer Kompetenz und Organisiertheit besitzen, sind Beratungsangebote in dieser Stadt nicht oder nicht in ausreichendem Maß geläufig.

Dieses Ergebnis, Frau Roth, ist doch durchaus blamabel. Es zeigt, wie Sie gerade mit dieser Personengruppe in Hamburg umgehen, wenn diese Menschen, die gut organisiert sind, die Beratungsangebote immer noch nicht kennen.

Die Studie ist deshalb auch nicht zu verallgemeinern, weil sie zwei ganz wichtige Aspekte mißachtet; darauf haben die Mitarbeiter auch schon hingewiesen. Sie mißachtet nämlich die schwindenden Einkünfte. Chronische Erkrankungen führen oft zu Einschränkungen der Arbeitsfähigkeit und oft sogar zum Ausschluß aus dem Arbeitsleben. Das zieht neben allen sozialen und psychosozialen Folgen Kämpfe mit Krankenversicherungen, Rentenversicherungen, Gesundheitsämtern und Sozialämtern nach sich. Diese Kämpfe sind für gesunde Menschen – das haben wir immer wieder gehört – oft nicht ganz einfach; für kranke Menschen bedeuten diese Kämpfe oft unüberwindbare Hürden in dieser Stadt.

Chronisch krank sein heißt deshalb viel zu oft immer noch Verarmung, Isolation und Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben. Und zwar nicht nur, weil diese Kämpfe mit den Ämtern so hart, sondern weil auch die Rahmenbedingungen für diese Menschen mies sind.

Noch immer sind nicht alle Krankheiten von den Rentenversicherungsträgern anerkannt, noch immer sind Ärzte

(Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A und Gesundheitsämter nicht in der Lage und nicht bereit, individuelle Situationen angemessen zu würdigen. Und noch immer gibt es für viele Menschen nur ein begrenztes Krankengeld und sind zu viele Menschen auch in Hamburg aufgrund ihrer Erkrankung auf Sozialhilfe angewiesen.

Diese Aspekte sind Grundlage für weitere individuelle Probleme; und das im 21. Jahrhundert in einer der reichsten Städte Europas. Das ist ein gesellschaftliches Armutszeugnis für diese Stadt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ich habe mich schon nach der Pressekonferenz über die Aussagen dieser Untersuchung sehr geärgert und daraufhin mit anderen Betroffenen geredet und sie gefragt, wie sie diese Ergebnisse sehen und was ihre Lebenszufriedenheit in dieser Stadt tatsächlich beeinträchtigt.

Diese Ergebnisse sind genauso wenig repräsentativ wie die Untersuchung. Aber sie läßt sich auf einen schlichten Nenner bringen: Die Beratungs- und Informationsangebote in der Stadt sind unbefriedigend. Das wird auch hier bestätigt. Der Umgang mit den Betroffenen durch die Krankenkassen, Ämter und Behörden in dieser Stadt ist eine Katastrophe. Wenn der Senat an der Lebenssituation chronisch Kranker interessiert ist, dann befragen Sie die Betroffenen doch einmal über den Umgang der Sozial- und Arbeitsämter mit ihnen.

(Glocke)

– Ich komme zum Schluß.

Sie werden merken, daß es in diesen Bereichen viel zu tun gibt, damit alle chronisch Kranken mit ihrer Lebenssituation zufriedener sein können als bisher.– Vielen Dank.

B (Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe nunmehr auf den Tagesordnungspunkt 4: Drucksache 16/4110: Große Anfrage der SPD über Prostitution.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Prostitution in Hamburg – Drucksache 16/4110 –]**

Wer wünscht das Wort? – Das Wort hat Frau Ernst.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schätzungen gehen davon aus, daß sich in Deutschland zwischen 250 000 und 400 000 Frauen prostituieren. Täglich nehmen circa eine Million Freier die Dienste von Prostituierten in Anspruch. Freier sind fast ausschließlich Männer, während sich in der großen Mehrzahl Frauen prostituieren.

Prostitution ist nichts Neues, sondern begleitet die Geschichte der Menschheit schon lange. Der Umgang mit Prostituierten ist jedoch immer noch von einer tiefen Doppelmoral geprägt. Prostitution an sich ist nicht strafbar, aber der Vertrag zwischen einer Prostituierten und einem Freier gilt als sittenwidrig. Daher kann eine Prostituierte ihren Lohn nicht einklagen. Das hat zur Folge, daß Frauen sich auf anderen Wegen organisieren, um nicht um diesen Lohn geprellt zu werden. Dadurch wird die Zuhälterei begünstigt, die wiederum auch gesetzlich verboten ist.

Verboten ist auch die Förderung der Prostitution. Dieses Verbot hat zur Folge, daß in den Bordellen, in denen die Prostituierten gute Arbeitsbedingungen vorfinden, wo die

Sicherheit der Frauen gewährleistet und hygienische Bedingungen vorhanden sind, gegen Gesetze verstoßen wird. Die schmutzigen Löcher hingegen, in denen niemand auf die Belange der Frauen acht gibt, fallen nicht unter das Verbot. Die Folgen dieses Verbotes waren gerade bei einem konkreten Fall in Berlin zu verfolgen.

Vor dem Verwaltungsgericht wurde die vom Ordnungsamt Wilmersdorf verfügte Schließung einer Bar verhandelt, da die Betreiberin im Hinterhaus Zimmer vermietet. Die Betreiberin verfolgt ausdrücklich das Ziel, daß Prostituierte ohne Zuhälter arbeiten können; sie stellt außerdem gute Arbeitsbedingungen her. Nach Auffassung des Wilmersdorfer Ordnungsamtes würde so der Unsittlichkeit Vorschub geleistet und die Prostitution gefördert. Daher wurde eine Schließung verfügt, gegen die sich die Betreiberin bis jetzt noch erfolgreich gewehrt hat.

Prostituierte können sich nicht wie andere gegen Krankheit und auch nicht gegen Arbeitslosigkeit versichern. Sie zahlen keine Beiträge zur Rentenversicherung und sind daher im Alter häufig auf Sozialhilfe angewiesen. Steuern zahlen müssen sie allerdings. Prostituierte haben Pflichten, aber keine Rechte; und das muß sich ändern.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei Julia Kopcke REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Der unter der früheren CDU-/F.D.P.-Koalition angewachsene Reformstau von 16 Jahren bedeutet auch 16 Jahre Untätigkeit gegenüber dieser Gruppe. Bereits zu Zeiten der früheren Bundesregierung hat es von der SPD und den Grünen Vorstöße gegeben, um die gesetzlichen Regelungen der Prostitution zu verändern. Dafür fand sich jedoch keine Mehrheit.

Die Frage der Anerkennung und Gleichstellung von Prostituierten wird auch im europäischen Ausland kontrovers diskutiert.

Holland ist bisher bei der Legalisierung der Prostitution am weitesten gegangen. Das Bordellverbot wurde aufgehoben und die freiwillige Prostitution legalisiert. Es ist das Hauptziel des holländischen Gesetzes, Prostitution wie jedes andere Gewerbe unter kommunaler Kontrolle zu reglementieren und der Stigmatisierung der Prostitution ein Ende zu bereiten. In Amsterdam wurde inzwischen einigen Unternehmen die Anerkennung als Gewerbebetrieb gewährt.

Den entgegengesetzten Weg geht Schweden. In Schweden ist die Ausübung der Prostitution legal, der Kauf von sexuellen Handlungen steht dagegen unter Strafe. Der schwedische Gesetzgeber ist der Auffassung, daß Prostitution gegen die Menschenwürde verstößt und daß man die Ausübung der Prostitution am besten dadurch unterbindet, wenn man die Freier mit Strafe bedroht.

Das hat zur Folge, daß die Anzahl der bekannten Prostituierten im Land gesunken ist. Dafür soll es inzwischen vor den Küsten Schwedens – außerhalb des Landes – Bordellschiffe geben, auf denen die Schweden ohne Androhung von Strafe die sexuellen Dienste von Prostituierten kaufen können.

Ich kann die Motive des schwedischen Gesetzgebers nachvollziehen, halte dies aber nicht für den richtigen Weg.

(Beifall bei der SPD und bei Andrea Franken GAL)

In der Illegalität sind die Prostituierten am wenigsten geschützt, denn sie haben keine Rechte. Gerade das muß geändert werden.

(Britta Ernst SPD)

- A Prostitution ist kein Beruf wie jeder andere. Es ist nicht erstrebenswert, daß Menschen ihren Körper verkaufen und sexuelle Dienstleistungen anbieten. Viele von ihnen werden physisch und psychisch zerstört. Es ist kein Zufall, daß viele Prostituierte drogenabhängig sind.

Aber auch auf die Freier hat der Kauf von sexuellen Handlungen Auswirkungen. Die Männer, die zu Prostituierten gehen, sind deutsche Durchschnittsmänner. Sie haben häufig einen Ehering am Finger und einen Kindersitz im Auto.

Prostitution ist Ausdruck der Ungleichheit der Geschlechter und der Machtverteilung in dieser Gesellschaft. Männer sind das kaufende, Frauen, Kinder und Jugendliche sind das sich verkaufende Geschlecht.

Hamburg hat mit seiner über Jahrhunderte währenden Tradition als Hafenstadt schon immer mit der Ausübung der Prostitution zu tun gehabt. Hier wird versucht, durch eine Sperrgebietsverordnung die Ausübung der Prostitution auf bestimmte Stadtgebiete zu begrenzen.

Prostitution in Hamburg – das belegt auch die Antwort des Senats auf unsere Große Anfrage – findet in verschiedenen Formen und in einem erheblichen Ausmaß statt. Der Senat hat Zahlen genannt; er geht von 3700 weiblichen und 220 männlichen Prostituierten in Hamburg aus. Ich schließe nicht aus, daß es darüber hinaus noch mehr Frauen und Männer gibt, die sich illegal prostituieren, weil sie entweder minderjährig sind oder sich illegal in Deutschland aufhalten.

Über die Bekämpfung des Frauenhandels, der sich überwiegend in den sogenannten Modellwohnungen abspielt, haben wir im Parlament und in den Ausschüssen intensiv beraten. Dank der erfolgreichen Bekämpfung durch die Polizei und der Beratungsangebote hat der Frauenhandel abgenommen. Aber ausländische Prostituierte werden weiterhin zwangsweise verschleppt und sind damit gegen ihren Willen hier. Die jeweiligen Grenzen zwischen der Bundesrepublik und Polen sowie zwischen den USA und Mexiko stellen mit einem Verhältnis von eins zu zehn die weltweit größten Einkommensgefälle für die Menschen dar.

- B Das heißt, das deutsche Durchschnittseinkommen ist zehnmal höher als das polnische; das gilt ebenso für die USA gegenüber Mexiko. Armut ist ein Motiv, in Deutschland als Prostituierte Geld zu verdienen.

Hamburg hat schon 1987 vorausschauende Zwangsuntersuchungen von Prostituierten abgeschafft. Diese entwürdigende Prozedur taugte nichts; die Gruppe der illegal arbeitenden Prostituierten wurde nicht erfaßt. Ohnehin erscheinen viele Prostituierte freiwillig bei den Ärzten, weil sie ein Interesse an ihrer Gesundheit haben. Ein gesunder Körper ist ihr höchstes Gut. Seit 1987 muß ein konkreter Verdacht vorliegen, um zur Untersuchung vorgeladen zu werden. Die neue Bundesregierung folgt diesem Weg.

In Hamburg können sich Prostituierte bei der Zentralen Beratungsstelle für sexuell übertragbare Krankheiten anonym untersuchen lassen. Dieses Angebot wird auch von illegal arbeitenden Prostituierten in Anspruch genommen. Weitere Beratungsstellen und Übernachtungsangebote gibt es auch für jugendliche und volljährige männliche Prostituierte sowie für drogensüchtige Frauen und Mädchen. Seit Jahren gibt es auch erfolgreiche, niedrigschwellige Ausstiegs- und Beratungsangebote.

Wir wollen Einfluß nehmen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Prostituierten. Dazu sind Beratungsangebote und Angebote zum Ausstieg aus der Prostitution wichtig. Darüber hinaus sind aber die angekündigten bundes-

gesetzlichen Veränderungen überfällig. Nur so kann Prostitution aus der Illegalität herausgelöst und Prostituierten Zugang zur sozialen Sicherheit gewährt werden. Damit wäre endlich die Doppelmoral im Umgang mit der Prostitution nicht mehr Inhalt von Gesetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei Julia Kopcke REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Koop.

Karen Koop CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ernst hat die Antwort des Senats umfassend dargestellt, so daß ich mich in den ersten beiden Teilen beschränken kann.

Natürlich müssen die Schätzungen der Zahlen vage bleiben, denn die Dunkelziffer der Prostituierten in Hamburg ist hoch. Es wäre wünschenswert, wenn wir mit einer gemeinsamen Initiative, die wir schon durch verschärfte Kontrollen bei der Modellprostitution parteiübergreifend ergriffen haben, auch hier stärker zusammenarbeiten, damit die Dunkelziffer eingedämmt wird.

Die Zusammenstellung der Hilfsangebote, die in der Großen Anfrage aufgelistet wurde, ist hilfreich. Wir würden es aber begrüßen, wenn wir auf die privaten Initiativen genauer eingehen könnten, um zu eruieren, auf welche vorhandenen Selbsthilfegruppen die Prostituierten zurückgreifen können.

Natürlich ist die Stellung der Prostituierten in der Gesellschaft zwiespältig. Mich interessiert weniger die Situation, wie sie im Augenblick vor Ort ist. Sie ist geprägt durch Not und Gewalt; hier darf niemand wegsehen. Ich verwehere mich ganz entschieden, Prostitution zu einem normalen Beruf zu erklären. Das machen wir nicht mit.

(Zuruf von Peter Zamory GAL – Andrea Franken GAL: Das hat doch niemand gesagt! Das ist ein außergewöhnlicher Beruf!)

Wenn ich Prostitution als berufliche Tätigkeit anerkenne, dann muß es auch mit allen Konsequenzen sein.

Unser Zeitgeist fordert, daß wir uns in der Sexualität in jeder Weise ausleben sollen und mit Frauen ohne Tabus umgegangen wird. Das sehe ich, nicht weil ich jenseits von Gut und Böse bin, nach wie vor sehr kritisch. Ich hebe auch nicht den moralischen Zeigefinger. Es soll sich von mir aus jeder der Lust seiner Lenden erfreuen können. Aber damit ist in dem Moment Schluß, wenn andere Menschen malträtiert, drangsaliert, verletzt, erniedrigt und in ihrer Selbstbestimmung beeinträchtigt werden. Hier gibt es Grenzen der Duldsamkeit. Und das Totschlagargument, daß wir die Prostituierten als gesellschaftshygienisches Moment brauchen, teile ich nicht.

Diese Forderung ist genauso alt wie die Forderung, daß Frauen ins Haus gehören; die haben wir auch aufbrechen können und konnten sie verändern.

Mein Engagement in der Frauenpolitik bezog sich von Anfang an – hier werde ich deutlich feministisch – auf die Zerschlagung klassischer, patriarchalischer Strukturen,

(Farid Müller GAL: Hoppasala!)

das heißt, ich setze mich da ein, wo Frauen diskriminiert, behindert und dauerhaft ungleich behandelt werden. Darüber hinaus setze ich mich für die Etablierung selbstbestimmter, eigenständiger Frauenlebensräume ein.

C

D

(Karen Koop CDU)

- A Durch die Hintertür wird jetzt die urpatriarchalische Forderung, daß für die männlichen Bedürfnisse Frauen zur Verfügung stehen sollen, wieder eingeführt.

(Zuruf von Andrea Franken GAL)

Und das halten Sie doch für eine Errungenschaft der Emanzipation. Da ist bei mir Schluß. Daß die Frauen sich selbst verkaufen und nicht mehr von anderen verkauft werden, ist kein Fortschritt. Da ist bei mir Schluß.

Ich erinnere mich genau an eine Kampagne zur Pornographie, die vor einiger Zeit gelaufen ist. Mit dieser Kampagne wurden frauenverachtende und menschenunwürdige Darstellungen von allen Frauen mit Rang und Namen abgelehnt. Man war sich darin einig, daß die Menschenwürde bei menschenunwürdigen Darstellungen von Frauen zu verteidigen ist.

Über die bildlichen Darstellungen hat man sich aufgeregt, aber in Praxis soll Prostitution nur noch eine Art der Dienstleistungen sein. Das ist für mich der Gipfel der Naivität und eine Verharmlosung. Sie stellt keine Dienstleistung dar, sondern hier werden Frauenkörper wie Viehfleisch zum Gebrauch und zur Nutzung verkauft und zur Ware gemacht. Das ist keine Grundlage für eine gleichberechtigte Anerkennung.

Die Praxis zeigt, wie mit der Ware Prostituierte umgegangen und wie sie beurteilt wird.

(Uwe Grund SPD: Ja eben, dagegen muß etwas getan werden!)

Hier ist wahrhaftig keine Hurenromantik aus den vergangenen Jahrhunderten angebracht, sondern die Frage, ob wir diesen Umgang weiterhin dulden wollen oder ob wir heute überhaupt noch Huren brauchen.

B

(Farid Müller GAL: Wollen Sie sie verbieten?)

– Ich will sie nicht verbieten, ich will nur verhindern, daß Frauen überhaupt in irgendeiner Weise dazu gezwungen sind, ihren Körper und damit sich selbst zu verkaufen.

(Lutz Kretschmann SPD: Realitätsfern!)

Es wird gesagt, daß wir die Prostituierten brauchen. Aber zuerst werden sie von Männern gebraucht. In dieser Behauptung steckt so viel Männerverachtung, die ich nicht mittragen kann.

(Lachen und Beifall bei Elisabeth Schilling SPD)

Glauben Sie wirklich, daß die Straßen voller Männerhorden wären, die sich die Frauen greifen, wenn es in unserer Stadt keine Prostituierten geben würde? Wir haben hier ein Überangebot; das geht aus der Anfrage hervor. Dennoch werden Frauen und Mädchen mißbraucht, vergewaltigt und ermordet. Ich habe ein anderes Männerbild. Wenn Sie Ihres als richtig erachten, dann sei es so.

(Tanja Bestmann SPD: Das hat Frau Ernst doch gar nicht gesagt!)

Es herrscht Einigkeit darüber, daß wir die Mißstände beseitigen müssen. Dazu gehört, daß die Sittenwidrigkeit aufgehoben werden muß. Auch die Versicherungsmöglichkeiten müssen ausgebaut werden. Aber man kann sich heute schon als Freiberufler oder Freiberuflerin eigenverantwortlich versichern; das können die Prostituierten dann auch tun.

(Unruhe bei der SPD und der GAL)

Ich sehe die Handlungsmöglichkeiten woanders.

(Doris Mandel SPD: Kastration!)

C

Wir müssen aufhören, diese Angelegenheit auf die leichte Schulter zu nehmen und als Witz zu empfinden.

Unsere Überbetonung im Bereich der sexuellen Erziehung hin zur Sexualität halte ich für nicht richtig. Es ist unsere Aufgabe, jungen Leuten eine wertorientierte Sexualität zu vermitteln und vorzuleben. Wir müssen vermitteln, was Liebe, Nähe und Wärme im Umgang miteinander bedeuten und daß erfüllte Sinnlichkeit nicht auf raschen, problemlosen und reichlichen Konsum der Sexualität ausgerichtet sein kann.

(Tanja Bestmann SPD: Der Papst sagt es besser!)

Wer Prostitution als Beruf anerkennen will, setzt auf die Zementierung des problemlosen Konsums und drückt sich vor der Verantwortung und der Mühsal einer wertorientierten Erziehung. Hier wird nicht Nähe und Zuwendung vermittelt, sondern sie wird verkauft. Das ist bequem, populistisch und nicht zu vertreten.

Wie stellen Sie sich die praktische Berufsausbildung eigentlich vor? Wer soll die Standards festlegen und die Qualität der Leistung überprüfen? Soll es Abschlüsse, Zertifikate und Ausbildungszeiten geben? Wer kümmert sich um arbeitslose Prostituierte.

(Unruhe im ganzen Hause – Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Das Wort hat die Abgeordnete Koop.

Karen Koop (fortfahrend): Ich halte Ihre Entscheidung für populistisch und unausgegoren, weil nicht über die daraus entstehenden Folgen nachgedacht wird.

D

Natürlich sehen wir das Elend, aber das Ziel muß nicht sein, daß wir uns Opfer schaffen und ihre Behandlung in den Mittelpunkt stellen, sondern wir müssen die Opfer-situation generell vermeiden. Die Gesellschaft muß aktiv umgestaltet und es muß intensiv deutlich gemacht werden, daß das schnelle Geld mit einem hohen Preis bezahlt wird. Es muß für uns am wichtigsten sein, die Einstellung zur arbeitenden Frau und zur Arbeitswelt überhaupt zu verändern und die Lebensgrundlage und die wirtschaftliche Situation von Frauen so zu verbessern, daß niemand auf die Idee kommt, sich prostituieren zu müssen.

(Karin Rogalski-Beeck SPD: Weltfremd!)

Wir müssen Möglichkeiten zur Aufnahme einer realen Arbeit bieten und für die Aufklärung der ausländischen Prostituierten in ihrem Heimatland sorgen. Probleme löst man nicht, indem man die Mißstände zum Normalfall erklärt, sondern indem die Ursachen beseitigt werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Simon.

Heide Simon GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Koop, Sie haben mir mit Ihrer Rede geradezu eine Steilvorlage gegeben. Ich bin aufgrund der vielen Stichworte, die Sie mir geliefert haben, gar nicht mehr mitgekommen. Am Schluß fehlte noch der Vorschlag: Am besten, wir greifen uns die Freier und kastrieren sie.

(Beifall bei Carmen Walther und Tanja Bestmann, beide SPD)

(Heide Simon GAL)

- A So kann man mit dem Thema Prostitution nicht umgehen. Ich bin von Ihren Ausführungen persönlich enttäuscht.

Es geht hier – das hat auch niemand behauptet – nicht um Nähe, Liebe oder ähnliches,

(Carmen Walther SPD: Ne!)

sondern es geht darum, daß es in dieser Stadt eine Situation gibt, in der sich viele – nicht alle – dieser Frauen für die Ausübung der Prostitution entscheiden. Uns steht eine Bewertung, ob wir dies gutheißen oder als schlecht empfinden, nicht zu.

(Beifall bei Dr. Silke Urbanski SPD)

Sicher wäre es besser, wenn wir langfristig andere Arbeitsbedingungen und -verhältnisse für alle schaffen könnten und dadurch keine Prostituierten benötigen würden. Aber dieser Zustand geht völlig an der gesellschaftlichen Realität vorbei.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Seit vielen Jahrhunderten gibt es die Prostituierten; im Mittelalter galten sie als Gewerbetreibende mit anerkannter Zutunft. Sie lebten in der Mitte unserer Gesellschaft.

Nunmehr haben wir doch das Problem, daß sie – durch Vorurteile stigmatisiert, denen Sie leider auch Vorschub geleistet haben, Frau Koop – an den Rand, in eine Ecke der Gesellschaft gedrängt werden, wo sie möglichst nicht sichtbar sein sollen. Nur, wir wissen ganz genau, weil wir uns mit dem Thema Frauenhandel und Prostitution beschäftigen oder uns in bestimmten Gebieten aufhalten, wie sehr uns dieses Problem auch in dieser Stadt unter den Nägeln brennt.

- B Für Hamburg – das müssen wir leider sagen – ist Prostitution auch ein Standort- und Wirtschaftsfaktor. Wir können dieses Problem nicht mit Moral und Ethik angehen, wenn wir uns überlegen, wie wir diese Frauen und Männer behandeln. Wir müssen sie einfach akzeptieren. Die beste Art und Weise, diese Probleme im Sinne der Frauen und damit auch im Sinne der Freier zu lösen, ist, sie zu entkriminalisieren und ihnen einen legalen Status und vernünftige Arbeitsbedingungen zu verschaffen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn das alles geschieht – in diesem Zusammenhang wird immer das Café „Psst“ genannt, weil die Besitzerin damit in allen Talkshows hausieren geht –, dann können wir von der GAL und meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD nur sagen: Wunderbar, wir haben sie entkriminalisiert, sie gehen einer gewerblichen Dienstleistung nach und tauschen Dienstleistungen aus: Sex gegen Geld, aber nicht Liebe und Nähe. Diese Leistung wird durch einen vernünftigen Preis bezahlt und geschieht freiwillig, denn die sich prostituierende Frau hat sich dazu entschlossen. Aus welchen Gründen das geschieht, werten wir nicht.

(Carsten Lüdemann CDU: Es gibt eine Menge, die es nicht freiwillig machen!)

Dies geschieht offen in einem dafür bestimmten Rahmen, in einem Haus mit vernünftigen Arbeitsbedingungen. Damit wären wir einverstanden. Aus diesem Grunde erfolgte auch in Berlin die rotgrüne Gesetzesinitiative.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es gibt keinen Zusammenhang – zumindest habe ich keine wissenschaftliche Studie darüber gelesen – zwischen Vergewaltigung und der Ausübung von Prostitution nach dem

Motto: Wir brauchen die Prostituierten, damit weniger Vergewaltigungen in der Stadt geschehen. Ich möchte den dazu gehörten Äußerungen von Frau Koop deutlich widersprechen. Frau Koop, ich möchte nicht wie Sie die Freier und die Prostitution als Problem bezeichnen. Es hört sich immer so an, als hätten wir nur Probleme damit. Wir haben nicht mit den Frauen, die hier als Prostituierte arbeiten, oder mit den Freiern Probleme, die zu ihnen gehen, sondern wir haben Probleme, weil die Prostitution in der Illegalität stattfindet.

Das schwedische Modell mit dem Verbot der Prostitution, das versucht, die Freier davon abzuhalten, die Prostituierten aufzusuchen, wird uns nicht weiterhelfen. Denn wir erleben in Hamburg sowie in jeder Stadt, daß der Austausch von sexuellen Dienstleistungen zum Alltag dazugehört.

Also geht es nicht um Verbote, auch nicht bei den Freiern, sondern um Aufklärung. Es geht um Aufklärung, daß der Kauf von sexuellen Dienstleistungen in einer anderen Arbeitsatmosphäre und unter fairen Bedingungen – Preis-Leistung und was wir alles kennen – so stattfinden kann, daß der Freier mit Sicherheit auch mehr davon hat, als würde er in die letzte Absteige gehen und die Frauen dort relativ verunsichert und kriminalisiert vorfinden. Mit Verboten werden wir hier gar nichts ändern. Deswegen müssen wir mit dieser Thematik ganz offensiv umgehen.

Frau Koop, Sie haben sich für die CDU dagegen ausgesprochen, daß wir – rotgrün – die sexuelle Dienstleistung oder den Beruf der Prostitution als solche auch anerkennen. Jetzt muß ich Ihnen etwas sagen: Wenn wir die Entkriminalisierung fordern und fordern, daß sich Prostituierte sozialversichern, krankenversichern, rentenversichern, arbeitslosenversichern dürfen – sie zahlen ja auch eine Menge Steuern –, dann hat das auch damit etwas zu tun, daß sie eine Tätigkeit ausüben, die berufliche Merkmale ausweist. Das ist für mich auch logisch. Von daher ist auch die Forderung logisch, eine Anerkennung als Beruf vorzunehmen, um all dem, was Sie kritisiert haben, ein wenig den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Ich möchte noch etwas zu den Migrantinnen, zu dem Thema Frauenhandel etwas sagen. Wir haben, wenn wir die Gesetzesvorlage in Berlin beschließen werden, damit den Migrantinnen, die Prostitution hier ausüben, noch überhaupt nicht geholfen. Das ist leider so. Dazu müßten wir auch die ausländerrechtlichen Bestimmungen analog zu dem ändern, was wir heute zu Anfang diskutiert haben. Es gibt dazu auch Vorschläge von TAMPEP, einer Organisation, die Sie kennen, daß man diesen Frauen die Bezeichnung der Sexworkerin zugesteht und sie mit einer saisonalen Arbeitserlaubnis ausstattet, so daß – hier vorne bricht mein Kollege fast zusammen bei diesen Aussagen – sie auch nicht mehr kriminalisiert oder an den Rand gedrängt werden.

Alles in allem fordern wir die Anerkennung der Prostitution als Beruf und denken auch, Frau Koop, daß wir anerkennen müssen, daß sich die Mehrheit der Prostituierten durchaus bewußt für diese Art der Dienstleistung entschieden hat.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Kopke.

Julia Kopke REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte weder

(Julia Kopke REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A noch einmal auf Frau Koop eingehen noch bei Frau Simon anknüpfen, die die Prostitution hauptsächlich als Wirtschaftsfaktor beschrieben hat.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

Am liebsten möchte ich bei Frau Ernst anknüpfen, die formuliert hat, was auch meine Meinung ist, nämlich daß Prostitution keine Dienstleistung wie jede andere ist, es aber trotzdem überfällig ist, sie als Beruf anzuerkennen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und der SPD)

Wir haben gehört, daß Prostitution in Deutschland legal ist. Prostituierte werden aber gesellschaftlich verachtet und rechtlich diskriminiert. Die Tatsache, daß Prostituierte sich bislang nicht unter ihrer Berufsbezeichnung Prostituierte bei einer Krankenkasse versichern lassen konnten, liegt in der Angst der Krankenkassen begründet, weil dieses ein Imageverlust für sie zur Folge hätte. Die Falschangabe eines anderen Berufes ist dann aber Betrug. Prostituierte zahlen Steuern, sind aber vom Sozialsystem ausgeschlossen. Sie können keine regulären Arbeitsverträge schließen, und der Klageweg ist ihnen versperrt, wenn ein Freier sich weigert zu zahlen.

Insbesondere – darauf ist schon hingewiesen worden – trifft es Nicht-EU-Bürgerinnen besonders hart. Sie bekommen keine Arbeitserlaubnis, weil es in Deutschland keine Berufsanerkennung von Prostitution gibt, sie also die Prostitution auch nicht als Arbeit angeben können und sich deswegen in der Illegalität befinden und auf Vermittler angewiesen sind, die genau diesen illegalen Aufenthaltsstatus besonders bei den Migrantinnen ausnutzen. Verboten ist auch die Förderung der Prostitution und die Zuhälterei. Dieser Sachtatbestand wird leider insbesondere gegen die Frauen ausgelegt und dient nicht zu ihrem Schutz, und genau darum geht es eigentlich. Es dient nicht ihrem Schutz vor der Ausbeutung und Unterdrückung durch die Zuhälter, zum Beispiel ist es dadurch auch verboten, Kondome anzubieten oder zur Verfügung zu stellen. Dies steht unter Strafe.

B

Auch führt der Tatbestand – Frau Ernst hatte darauf hingewiesen –, daß Prostitution nicht gefördert werden darf, dazu, daß es zum Beispiel verboten ist, ein schick hergerichtetes Bordell aufzumachen, eine dreckige Kaschemme dagegen sehr wohl eröffnet und Prostituierte angeboten werden dürfen, da unterstellt wird, dieses Ding ist so dreckig, hier bemühen sich die Besitzer nicht, Freier anzuwerben, und deswegen ist es auch nicht strafbar.

Schließlich gibt es natürlich auch noch das Problem der Schließung und der Polizeistürmung von Bordellen und Clubs gerade in Hamburg, die sich vermeintlich gegen die Zuhälter richten, aber in erster Linie die Frauen als Leidtragende treffen. Genannt seien hier zum Beispiel noch einmal die Schließungen von Sexbetrieben mit vergleichsweise eher guten Arbeitsverhältnissen für die Frauen, wie das Salambo, oder auch die Razzien in der jüngsten Vergangenheit, wo die Frauen, insbesondere die Migrantinnen, vom Regen in die Traufe gekommen sind, nämlich von der sexuellen Ausbeutung in eine völlig ungewisse Zukunft.

Mit der Bundesinitiative zur Anerkennung der Prostitution als Beruf würden viele dieser Probleme beendet werden. Prostituierte würden eine soziale Absicherung erhalten, sie könnten ihr Honorar vor Gericht einklagen, sie könnten Arbeitsverträge schließen. Die Abschaffung der Strafbarkeit

der Förderung der Prostitution vermindert allerdings eventuell auch die Möglichkeit, den Zuhältern das Handwerk zu legen. Prostitution ist eine gesellschaftliche Realität, die man nicht einfach abschaffen kann. Trotzdem ist die für die Prostituierten notwendige Anerkennung von Prostitution als Beruf für mich nicht gleichzeitig ein Ausdruck dessen, daß Prostitution eine ganz normale Dienstleistung wie jede andere ist, sondern auch ich sehe in der Prostitution das Problem, daß Frauen als Ware betrachtet werden und daß dies – so formuliert es jedenfalls das Prostituiertenprojekt Hydra aus Berlin – ein Symptom einer kranken Gesellschaft ist, weil Prostitution die Stellung der Frau in der Gesellschaft als solche widerspiegelt.

C

Solange aber diese gesellschaftlichen Machtverhältnisse nicht radikal verändert werden und die Prostitution auf diesem Wege ihrer Grundlage beraubt wird – und das sage ich besonders in Richtung Frau Koop –, ist es vollkommen widersinnig, sich dagegen auszusprechen, den Schutz und die Rechte von Prostituierten zu verbessern.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Das ist gerade bei diesem Punkt völlig realitätsfern, der auch damit verbunden sein muß, Hilfen für den Ausstieg aus der Prostitution zu finden. Deshalb fordere ich den Senat auf, Programme zu entwickeln oder zumindest Positionen zu legen, damit es nicht bei Lippenbekenntnissen zur Verbesserung der Lage und zum Schutz der Prostituierten bleibt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Senatorin Roth.

D

Senatorin Karin Roth: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! 1,2 Millionen Mal täglich leisten Prostituierte ihren Dienst. Ich stimme Ihnen zu, daß das kein normaler, sondern ein außergewöhnlicher und in vielerlei Weise auch ein frauenverachtender Dienst ist, mit dem sie allerdings ihr Geld verdienen, und das gesellschaftliche Realität.

Es gibt Vermutungen über die Zahl der Prostituierten in unserem Land. Die schwanken zwischen 50 000 und 400 000. Gleichermaßen gibt es die Frage des Jahresumsatzes. Auch da gibt es Schwankungen. Es wird vermutet, daß mindestens 11 Milliarden DM mit diesem Gewerbe verdient wird.

(Antje Blumenthal CDU: Das ist aber nicht versteuert!)

Ein hart umkämpfter Markt – richtig, Frau Blumenthal –, bei dem es zum größten Teil nicht um die Erlöse bei den Prostituierten geht, sondern vor allen Dingen um die Zuhälter, um die Eigner von Immobilien und Bordellen im Rotlichtmilieu. Prostituierte befinden sich in brutaler Abhängigkeit, in menschenunwürdigen Ausbeutungsverhältnissen, und sie sind oft schutzlos denjenigen ausgeliefert, für die sie arbeiten. Es ist zwar das älteste Gewerbe der Welt, aber die Methoden in diesem ältesten Gewerbe werden immer komplizierter und brutaler. Wenn man sieht, was zur Zeit mit den Frauen geschieht, dann muß man aus meiner Sicht in vielen Bereichen eingreifen, um auch die Menschenwürde zu sichern.

Im Bürgerlichen Gesetzbuch ist verankert, daß dieses Gewerbe sittenwidrig ist, und das hat fatale Folgen für die

(Senatorin Karin Roth)

- A Frauen. Zum Beispiel, daß sie ihre Tätigkeit nicht mit einer Krankenversicherung, einer Rentenversicherung oder einer Arbeitslosenversicherung ausführen können. Das ist aber gerade für diese Frauen wichtig, denn sie sind ohnehin schutzlos, so daß sie wenigstens diesen geringen Schutz haben müssen, um nicht dann, wenn sie nicht mehr in der Lage sind zu arbeiten, auf Sozialhilfe angewiesen zu sein.

Wir haben auf der einen Seite privilegierte Prostituierte, die sehr viel Geld verdienen, aber es gibt auch Elendsprostitution, insbesondere im Bereich der Kinder und Jugendlichen. Denken Sie daran, daß wir beispielsweise auch die Beschaffungsprostitution haben. Wir wissen genau, daß die Ursache dafür die Drogenabhängigkeit und die damit verbundene Abhängigkeit ist, immer wieder auf den Strich zu gehen, um dann am Ende letztlich seinen Körper mit allen Mitteln zu verkaufen.

Seit Öffnung des Ostens haben wir vor allen Dingen eine Szene von ausländischen Frauen. Sie haben auch darauf hingewiesen, Frau Simon, daß das ein besonderes Problem hier in Hamburg ist. Wir wissen, daß insbesondere Frauen aus unseren Nachbarländern hierherkommen und daß das, was sie hier verdienen, durchaus eine Alternative zu den Arbeitsplätzen ist, die sie in ihrem Heimatland haben. Insofern ist das auch ein durchaus reizvoller Arbeitsplatz. Wir wissen auch, daß viele mit falschen Versprechungen herkommen, weil man ihnen sagt, sie bekämen eine interessante Tätigkeit, aber am Ende ist es die Tätigkeit in einem Bordell.

Diesen Menschenhändlern – und wir wissen, daß es sie gibt –, die versuchen, hier Frauen einzuschleusen, muß man das Handwerk legen. Dafür brauchen wir auch die entsprechenden polizeilichen Maßnahmen, denn das können wir in unserem Land nicht dulden. Es ist zwar so, daß sich das Verständnis der Prostitution verändert hat, aber die Methoden in dem Bereich nach wie vor schlimm genug sind. Insofern, Frau Koop, war ich ein bißchen überrascht, daß sie in dem Punkt eine andere Position vertreten, obwohl ich Sie im Bereich der frauenpolitischen Debatte in diesem Parlament anders erlebt habe. Ich hatte gehofft und angenommen, daß die Frage der Rechtsstellung und der Stärkung der Frauen für Sie genauso wichtig ist wie für uns, weil es nicht darum gehen kann zu sagen, daß es ein ganz normaler Beruf ist, sondern daß es darum gehen muß, die Frauen, die sozusagen rechtlos sind, in den Stand zu versetzen, ihr Recht einzuklagen und ihre Rechte wahrzunehmen. Insofern geht es nicht darum, die Frauen über diesen Beruf zu diffamieren, sondern umgekehrt geht es darum, den Frauen diese Rechte zu geben.

Natürlich wäre es wünschenswert und schön, wenn wir dieses Problem nicht hätten, aber das lösen die Frauen allein sowieso nicht, sondern dann müssen wir vor allen Dingen die ändern, über die wir vielleicht auch einmal reden sollten, nämlich über die Männer, weil das natürlich die Bedingung dafür ist, denn die Nachfrage besteht ja wohl auch. Insofern darf man zwar moralisch argumentieren, aber man muß den Frauen helfen, aus diesem Dilemma herauszukommen, und das macht man nicht, indem man nur moralisch argumentiert.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich denke, daß wir in Hamburg eine Menge Initiativen haben, um die Frauen zu unterstützen. Vor allen Dingen versuchen wir, durch Aufklärung und Information die Frauen wieder zurückzubringen zu dem, was sie vielleicht möglich machen wollen, nämlich zu einer Alternative zu ihrem Ar-

beitsplatz. Wir haben zur Zeit einige Projekte, die sich auf diese Ausstiegsorientierung beziehen, in der Diskussion. Wir werden auch noch einiges mehr machen. Ich bin mir aber angesichts der Situation der Frauen in diesem Bereich bewußt, daß wir nicht immer eine Alternative dazu haben, denn jedes Ausstiegsprojekt wird bedeuten, daß wir sehr viel mehr Geld zahlen würden. Insofern hat das auch alles seine Grenzen.

Wichtig ist, daß es bei uns seit 1987 keine Zwangsvorführung mehr gibt und diese jetzt auch bundesweit abgeschafft werden soll. Wir haben zum Beispiel gute Erfahrungen mit unserer Gesundheitsprävention und dem Projekt Amnesty for Women. Ich gehe davon aus, daß all diese Aktivitäten, die wir im Bereich der Beratung und Information haben, den Frauen helfen. Unser Projekt soll darüber hinaus auch den Frauen helfen, die hier illegal leben. Es soll sie schützen, um sie sozusagen geordnet in ihr Heimatland zurückzubringen. Auch das sind Möglichkeiten, den Frauen zu helfen, die unter ganz anderen Bedingungen hergekommen sind.

Lassen Sie uns das Thema Sozialversicherungspflicht und Anerkennung der Prostitution als Beruf so regeln, daß am Ende die Frauen etwas davon haben, die es dringend brauchen und darauf schon lange warten. Deshalb hoffe und wünsche ich, daß diese Initiative in Berlin demnächst rechtliche Realität wird.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit ist die Große Anfrage 16/4110 besprochen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3b auf: Drucksache 16/4094: Große Anfrage der CDU zum Verfall des Hamburger Straßennetzes.

**[Große Anfrage der Fraktion der CDU:
Weiterer Verfall des Hamburger Straßennetzes
– Drucksache 16/4094 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Reinert hat das Wort.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Welche Rede halten Sie jetzt? Die von '97, '96 oder '95?)

Bernd Reinert CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Schmidt, ich werde die Rede auf dem Stand des Jahres 2000 halten. Das ist hier angemessen. Wenn Sie nachher das Wort ergreifen, werden wir einmal sehen, ob Ihnen etwas Neues aufgefallen ist. Uns jedenfalls ist etwas Positives an der Antwort des Senats auf unsere Anfrage aufgefallen. Positiv ist, daß die Baubehörde in diesem Jahr besser informiert ist als im vorigen Jahr.

Als wir im vorigen Jahr eine Anfrage zum selben Thema stellten, antwortete die Baubehörde, nachdem wir ein paar Mal nachfragen mußten: Ja, wir haben 76 Straßen in unserer Zuständigkeit Baubehörde, die grundinstandsetzungsbedürftig sind. Wie viele Straßen in den Bezirken grundinstandsetzungsbedürftig sind, wissen wir nicht. Die Baubehörde ist jetzt besser informiert, und sie hat uns in der Antwort geschrieben, daß in den sieben Hamburger Bezirken in der Zuständigkeit der Bezirke weitere 355 Straßen grundinstandsetzungsbedürftig sind. Da auf der Landesebene noch eine weitere Straße hinzugekommen ist, heißt das auf gut Deutsch: 432 Hamburger Straßen sind kaputt. Auf die Kilometer bezogen heißt das: 247 Kilometer unseres Hamburger Straßennetzes, davon 56 Kilometer

(Bernd Reinert CDU)

- A Hauptverkehrsstraßen, sind in einem Zustand, der eigentlich nicht mehr zumutbar ist, wo grundinstandgesetzt werden müßte.

Das ist also auf der einen Seite der Bedarf. Wie sieht es aus mit dem, was für das Jahr 2000 geplant ist? Auch das hat uns der Senat erzählt. Geplant ist, in diesem Jahr von den 247 Kilometern kaputter Straßen 11,1 Kilometer wieder instand zu setzen. Meine Damen und Herren, das ist lächerlich.

(Beifall bei der CDU)

Im Bezirk Mitte sind 23,3 Kilometer Straßen kaputt. Mit dem Geld, das dem Bezirk Mitte zur Verfügung steht, kann er in diesem Jahr insgesamt 490 laufende Meter Straße wieder herstellen. Finden Sie das in Ordnung? – Wir nicht.

Der Sanierungsbedarf insgesamt auf ganz Hamburg bezogen beträgt 406 Millionen DM. Tatsächlich zur Verfügung stehen 63,654 Millionen DM. Das langt hinten und vorne nicht, und da muß sich der Senat etwas einfallen lassen, denn die Lage auf Hamburgs Straßen ist gekennzeichnet durch Spurrillen, durch Risse in den Fahrbahnen, durch Schlaglöcher, durch abgefahrene Deckschichten, durch verwitterte Fahrbahnen und zahllose Flickstellen. Die Lage ist dadurch gekennzeichnet, daß Reparaturen in erster Linie mit sogenanntem Kaltasphalt durchgeführt werden. Wenn Sie nicht genau wissen, was das ist, will ich einmal versuchen, Ihnen das an einem anderen Beispiel zu erklären.

Wenn Sie zu Ihrem Zahnarzt gehen und sagen, ich habe ein Loch im Zahn, dann sagt der Zahnarzt, ja, Sie haben Karies. Das macht aber eigentlich nichts, ich schmiere etwas darüber. Das ist die Wirkung von Kaltasphalt. Der Verfall der Straße geht ungehindert weiter. Er ist nur nicht mehr so sichtbar, wie es vorher der Fall war, aber das Problem wird in Wahrheit immer schlimmer.

B

(Dr. Holger Christier SPD: Das ist das Prinzip von Schminke!)

Nötig wären 60 Millionen DM im Jahr, um einen weiteren Verfall zu verhindern. Tatsächlich passiert in diesem Jahr folgendes: Die Baubehörde hat die Mittel für die Grundinstandsetzung der ihr unterstehenden Straßen um weitere 2 Millionen DM gekürzt. Wenn im letzten Jahr die Baubehörde noch 6,2 Kilometer Straßen instand setzen konnte, dann sind es in diesem Jahr nach der Planung der Baubehörde – nicht nach der Rechnung der CDU, sondern nach der Planung der Baubehörde – 4300 Meter Hauptverkehrsstraßen, die wieder instand gesetzt werden sollen.

Meine Damen und Herren! Das Hamburger Straßennetz hat einen Buchwert von 5,5 Milliarden DM. Der Zeitwert, der tatsächliche Wert, wird von Tag zu Tag geringer, der Instandsetzungstau wird immer größer, und die Zukunft wird immer düsterer.

Nun sagt der Senator zwar, wir müssen gegenwärtig den Haushalt konsolidieren und deswegen können wir nicht so viel Geld ausgeben. Herr Senator, auf der anderen Seite haben Sie aber immer noch 1 Million DM übrig, um hier eine Verkehrsberuhigung zu machen, um dort ein Renommierprojekt auf die Beine zu stellen. Hier werden ganz einfach die falschen Prioritäten gesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Jede Mark, die Sie heute bei der Unterhaltung des Straßennetzes zu wenig ausgeben, kommt in ein paar Jahren in mehrfacher Höhe als Erfordernis für Grundinstandsetzung

wieder auf Sie zu. Sie sagen zwar in der „Bild“-Zeitung, Herr Senator, daß nur 7 Prozent unserer Straßen kaputt seien und das sei doch eigentlich ein guter Wert. Da müssen wir auch mal genauer nachrechnen. Die Baubehörde ist zuständig für 516 Kilometer Straßen in Hamburg. Davon sind nach Aussage der Baubehörde 56 Kilometer kaputt. Das sind schon einmal 10,8 Prozent, also knapp 11 Prozent. Was sagt nun der Bausenator zu diesem Thema? Laut „Bild“-Zeitung vom 17. Mai:

„Für den, der täglich eine schlechte Straße fahren muß, ist das natürlich ärgerlich.“

Herr Senator, da haben Sie recht. Aber bekannterweise ist nicht alles, was hinkt, ein Vergleich. Das, was Sie hier machen, ist wirklich Veräppelung, um nicht zu sagen Verdummung der Hamburger Autofahrer.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte wirklich einmal wissen, was der Bausenator tun würde, wenn bekannt würde, daß es in jede neunte Hamburger SAGA-Wohnung hineinregnet, entweder durch das Dach, das Fenster oder durch die Wand. Das ist doch die passende Vergleichsgröße. Sie würden von heute auf morgen, so schnell kann man gar nicht gucken, ein Sofortprogramm auf die Beine stellen, um für die Mieter etwas zu tun, was auch zweifellos notwendig wäre, aber für die Autofahrer tun Sie nach wie vor so gut wie nichts.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Lassen Sie eine Zwischenfrage zu, Herr Reinert?

(Bernd Reinert: Gerne!)

Zwischenfrage von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Reinert, sind Sie denn der Meinung, daß ebenso viele Menschen in Autos wohnen wie in SAGA-Wohnungen?

Bernd Reinert (fortfahrend): Liebe Frau Sudmann, in unserer Stadt gibt es sehr, sehr viele Menschen, die aus beruflichen Gründen auf das Auto angewiesen sind. Nehmen wir als Beispiel nur den Wirtschaftsverkehr. Wenn die Menschen nicht auf das Auto angewiesen sind, nutzen sie vielleicht den öffentlichen Nahverkehr per Bus, und der bewegt sich genauso auf diesen kaputten Straßen.

Selbst der Bausenator sagt in dem eben erwähnten „Bild“-Zeitungsinterview, daß der Verkehr in Hamburg durch die Straßenschäden beeinträchtigt wird. Das sind die harten Fakten. Und, meine Damen und Herren, was aus der Antwort des Senats auf unsere Anfrage deutlich geworden ist: Der Senat hat überhaupt kein Konzept, wie er diese Straßenschäden wieder beseitigen will, wie er den Instandsetzungsrückstau aufarbeiten will. Es gibt kein Konzept, es gibt nur den Senator Wagner. Mir wäre es sehr viel lieber, es wäre andersherum.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Polle.

Rolf Polle SPD: Herr Reinert, ich war gespannt auf das Update Ihrer Reden von '94, '97, '99,

(Bernd Reinert CDU: 1994 habe ich nicht dazu gesprochen!)

C

D

(Rolf Polle SPD)

- A aber im Gegensatz zu Microsoft war bei Ihnen kein Fortschritt feststellbar.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind nicht besser geworden.

Sie sind zum Beispiel beim Thema Verkehrsberuhigung im Ungefähren geblieben, während Sie vorher noch die Alsterkrugchaussee erwähnt hatten, den Grindelhof, sagten Sie jetzt nur 1 Million DM für Verkehrsberuhigung. Das ist doch klar, daß Sie da offen bleiben, denn zum Beispiel bei der Alsterkrugchaussee haben 90 Prozent der Befragten, die geantwortet haben, gesagt, sie wollen die Verkehrsberuhigung. Im Grindelhof ist Ihr verehrter Fraktionsvorsitzender gewesen. Und in einem Artikel im „Hamburger Abendblatt“ wurde deutlich, daß sich da ein üblicher Strukturwandel vollzieht. Dort gibt es neue Arbeitsplätze in neuen aufstrebenden Betrieben.

Also nichts von wegen Verkehrsberuhigungen sind unerwünscht, machen Gewerbe kaputt und so weiter. Damit können Sie im Moment nicht mehr landen. Soweit zu den Punkten, die Sie eben erwähnt haben.

Ein weiterer Punkt. Sie haben hier eine Schauergeschichte über das hamburgische Straßenwesen dargestellt.

(Bernd Reinert CDU: Das ist die bittere Wahrheit!)

Man kann da auch übertreiben. Jeder, der auf Hamburger Straßen fährt, weiß, daß es zwar Schlaglöcher gibt, aber der Verkehr rollt immer noch schneller als in vielen anderen Städten. Ich möchte Sie verweisen auf die Rede von unserem Senator Wagner vom letzten Jahr. Da hat er genau aufgezählt, wie in anderen Städten langsamer gefahren wird als in Hamburg. Das geht also noch.

- B (Bernd Reinert CDU: Dafür wird in Hamburg schlechter gefahren!)

In Ihrer Großen Anfrage wurde deutlich, daß im letzten Jahr acht Hauptverkehrsstraßen repariert worden sind und neun neu auf die Liste gekommen sind. Das deckt sich fast. Dieses Jahr sollen auch wieder acht repariert werden. Also: deckt sich fast. Insofern muß man sagen, ein Reparaturstau wächst kaum, wächst eigentlich nicht. Sie haben von kaputten Straßen gesprochen. Wenn ein Fernseher kaputt ist, funktioniert er nicht. Offensichtlich funktioniert unser Straßenwesen. Wir haben Schäden. Das stimmt. Kaputt kann man wirklich nicht sagen. Es gibt Löcher, aber trotzdem kann man zügig fahren. Insofern gibt es da Zwischenstufen. Das kann ich Ihnen auch an den Bezirkslisten nachweisen. Ich habe mir die Eimsbüttler Liste vorgenommen, weil ich die dortigen Straßen gut kenne, dort wohne ich. Dort gibt es diverse Straßen mit Kopfsteinpflaster. Das sind alles Nebenstraßen. Die Bewohnerschaft würde Ihnen vielfach etwas dagegensetzen, wenn jetzt auf einmal jemand kommt, der dort Asphalt hinkippt, denn dieses Kopfsteinpflaster ist total intakt. Dort gibt es eine Ästhetik, die ich nicht missen möchte. Ich habe bis vor kurzem auch an solch einer Straße gewohnt. Dort gibt es eine Rasterung durch die Straße, dort gibt es ein viel besser strukturiertes Bild als in Straßen, wo der nackte Asphalt nur abstößt. Insofern kann man sagen, diese Straßen sind nicht kaputt. Dort gibt es nur Kopfsteinpflaster.

(Bernd Reinert CDU: Richtig kuschelig das Kopfsteinpflaster!)

Das ist also ganz unterschiedlich. Die Baubehörde schildert zutreffend und sagt, das ist überhaupt keine Prioritätenliste. Ich habe den Eindruck, das ist die Liste von manchen Tief-

bauern, die Perfektionisten sind und überall alles schön und neu und glatt haben wollen. Das ist aber häufig gar nicht im Interesse der Bewohner.

Die Baubehörde hat deutlich gemacht, daß die Hauptverkehrsstraßen, in denen der Wirtschaftsverkehr und die Busse rollen, Vorrang haben und saniert werden. Die Listen haben Sie abgefordert und bekommen. Ansonsten müssen wir in dieser Stadt Prioritäten setzen. Sie sind mit einem Nebensatz auch darauf eingegangen.

Wir stellen folgendes fest: Der Betriebshaushalt des letzten Jahres war ausgeglichen, es gab sogar einen kleinen Überschuß. Die Sparpolitik des Senats, seit 1994 betrieben, hat den Haushalt dauerhaft mit über 2 Milliarden DM entlastet. Das ist gut und muß auch Ihren Beifall finden. Die Neuverschuldung muß reduziert werden. Die Behörden – die Normalbehörden, wie es so schön heißt – haben dazu 20 Prozent der Stellen einsparen müssen. Das ist ein harter Brocken. Dieses müssen Sie in einer Landschaft mit kaputten Straßen sehen. Wer im Bezirksamt arbeitet, dort erheblich belastet wird, produktiver sein muß, erheblich unter Streß steht und dann zu hören bekommt, er müsse noch mehr Streß haben, damit ein bißchen Asphalt auf die Straßen gekippt werden kann, der wird Ihnen kein Verständnis entgegenbringen können.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das ist ja ein tolles Argument!)

Die Schulen zum Beispiel mußten bis zum letzten Jahr keine einzige Stelle einsparen. Wir haben in der Bildung Prioritäten gesetzt, und sie wird auch weiterhin Vorrang haben. Die Investition in Humankapital ist für uns wichtiger als so manches Schlagloch.

(Beifall bei der SPD)

Mir ist Unterricht, der nicht ausfällt, lieber als das Schließen eines Schlaglochs.

Wir haben bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen weiterhin Schwerpunkte gesetzt. Sie alle kennen die Zahlen: 640 Ausbildungsplätze bei der HAB. Dieses wird unterstützt, hier wird in Humankapital investiert. Wollen Sie da Plätze einsparen, wollen Sie mehr arbeitslose Jugendliche und dafür ein paar Schlaglöcher auffüllen?

(Bernd Reinert CDU: Nächster Punkt: Länderfinanzausgleich! – Carsten Lüdemann CDU: Die Regierungserklärung hält der Bürgermeister!)

Sie wollen die Stadt nur aus der Windschutzscheibenperspektive begucken. Wir haben unseren Blick geschärft und sehen die Interessen aller Hamburger in allen Situationen. Das machen wir auch weiter.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Dr. Roland Salchow CDU: Diese Rede war ein Schlagloch! – Bernd Reinert CDU: Sehr verhaltener Beifall bei der SPD!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort erhält Herr Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe hier mein Redemanuskript von 1997 zu dem Thema hochgeholt, und das hat ungefähr denselben Level wie das von Herrn Reinert.

Aber wir können einmal etwas zur Sache sagen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das wäre etwas Neues!)

C

D

(Dr. Martin Schmidt GAL)

- A Es könnte sein, daß in Deutschland die Standards der siebziger Jahre in verschiedenen Lebensbereichen nicht mehr zu halten sind. Ich habe immer gehört, daß zum Beispiel die CDU und mittlerweile auch viele andere uns mitteilen, daß die soziale Betreuung und Versorgung der Menschen auf dem augenblicklichen Niveau nicht zu halten sei und renoviert werden müsse. Darüber kann man streiten.

In den siebziger Jahren gingen bekanntlich die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst so aus, daß – unter anderem durch Herrn Kluncker – zweistellige Lohnerhöhungen zustande kamen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Welche ist es diesmal?)

Das läßt sich nicht halten. Beispielsweise sind in Hamburg die Löhne der Hochbahnfahrer mittlerweile ganz bestimmt nicht mehr auf dem Niveau, das damals erreicht worden ist. Darüber kann man auch reden. Aber über einen Punkt kann man offenbar überhaupt nicht reden, und zwar daß das Weltniveau beim Straßenbelag, das in Deutschland in den frühen siebziger Jahren erreicht worden ist, unbedingt beibehalten werden muß. Wir sind Weltmeister im Straßenbau gewesen, und das wollen wir bis in alle Ewigkeit bleiben.

(Bernd Reinert CDU: Sie geben sich mit dem Niveau einer Dorfstraße zufrieden!)

Wenn Sie in irgendein Land Europas fahren, werden Sie, außer den kleinen skandinavischen Ländern, keines finden, in dem die Straßen so gut sind wie in Deutschland. Aber dann kommt vielleicht noch dazu, daß es kaum ein Land gibt, in dem so viele Lkws fahren. Damit wird die Sache etwas brisant. Aber über die Frage, was eigentlich mit den Straßen passiert, reden Sie nicht. Selbst Ihr Leib- und Magenblättchen, die „Bild“-Zeitung, teilte am 15. Mai 2000 als Ursache, warum die Straßen so löcherig werden, mit, daß das am Schwerverkehr liege, denn ein einziger Lastwagen nutze eine Straße genauso stark ab wie 50 000 Pkws.

Nach meiner Kenntnis stimmt diese Zahl nicht, sondern es sind 160 000 Pkws. Da Sie die 60 Millionen DM jährlich auch nicht zaubern können, müßten wir uns vielleicht gemeinsam überlegen, was wir in Zukunft wirklich machen. Daß Sie nur das Geld fordern, macht man, solange man in der Opposition ist, und dann hört das sofort auf. Lassen Sie uns darüber reden, wie man in Hamburg den Straßenverkehr besser organisiert und wie man dafür sorgt, daß die Lkws die Straßen nicht gar so schnell kaputt machen. Ich nehme nur ein Beispiel: Zu Zeiten, als die CDU in Bonn regiert hat, wurde sehr viel Geld in den Straßenbau investiert. Aber selbst damals litt diese Ausgabe darunter, daß das meiste für die Straßeninstandsetzung der Autobahnen ausgegeben werden mußte. Das ist heute auch noch so, und das liegt auch wieder an den Lkws. Sorgen wir vielleicht gemeinsam dafür, daß weniger Lkws durchs Land fahren. Dann brauchen wir weniger Geld für die Straßeninstandsetzung.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ihr Beispiel mit der Grundinstandsetzung und dem Hineinregnen in die Wohnungen ist natürlich etwas unsinnig. Herr Polle hat schon darauf hingewiesen, was die Straßenliste bedeutet. Ich könnte Ihnen jetzt auch ein paar Straßen nennen, die ich ganz genau kenne. Da ist eine Straße im Bezirk Altona angegeben, durch die ich sehr häufig mit dem Fahrrad fahre. Da sollen 2 200 000 DM für die Reparatur von 1000 Metern auf der Straße Bockhorst ausgegeben werden. Ja, das kann man machen, wenn man nichts Bes-

seres zu tun hat. Auf dieser Straße können Sie zur Zeit ohne die geringsten Schwierigkeiten fahren, obwohl es dort in der Tat ein paar Schlaglöcher gibt. Sie wird natürlich, wie es sich gehört und wie es die Pflicht des Bezirksamts ist, auf eine Liste gesetzt, damit sie eines Tages repariert wird. Aber zu behaupten, daß die Straße in einem Zustand sei wie eine SAGA-Wohnung, in die es hineinregnet, ist nicht richtig. Ich vermute – wir könnten ja vielleicht eine gemeinsame Begehung all dieser Straßen machen –, wir würden uns sehr schnell darauf einigen, daß die Hälfte der Straßen erst in vier, fünf Jahren repariert werden müßte. Deswegen bin ich etwas vorsichtig und sage noch einmal, das geht nicht so leicht.

Dann komme ich noch einmal zum Thema Geld. Sie haben in der letzten Sitzung einer Tarifierhöhung des HVV nicht zugestimmt. Entweder wollten Sie weniger HVV-Verkehr oder einen höheren Staatszuschuß. Ein höherer Staatszuschuß hieße ganz bestimmt: Weniger Geld für die Reparatur von Straßen. Und weniger HVV-Verkehr hieß: Mehr Autoverkehr und schnellerer Verschleiß der Straßen. Ich schlage ihnen vor, Sie überlegen, was Sie wirklich wollen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Sudmann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Meine Damen, meine Herren! Wer den Aussagen der CDU lauscht, bekommt unweigerlich den Eindruck, daß etliche Straßen in Hamburg regelrecht unpassierbar seien. Keine Frage, es gibt Schlaglöcher, es gibt Spurrillen in den Straßen.

(Bernd Reinert CDU: Egal mit welcher Begründung; Hauptsache, wir beseitigen die Schlaglöcher!)

Herr Reinert, am meisten haben darunter diejenigen zu leiden, die weder vier Räder noch Stoßdämpfer haben, wie zum Beispiel die Radfahrerinnen oder die motorisierten Zweiradfahrerinnen. Für die können Sie sich gerne einsetzen, da würden Sie auch etwas zum Vermindern des Unfallrisikos beitragen.

(Zuruf von Bernd Reinert CDU)

– Ich kann leider Ihren Zwischenruf nicht hören, aber Sie können gern zwischendurch etwas fragen.

(Zuruf von Bernd Reinert CDU)

– Ich sage Ihnen gleich etwas dazu.

Ein Großteil der Straßenschäden wird, wie wir schon gehört haben, durch den schweren Lkw-Verkehr verursacht. Deshalb sind wir nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen der Meinung, daß der Lkw-Verkehr nach dem Motto „so wenig wie möglich, soviel wie nötig“ reduziert wird. Im Verkehrsausschuß haben wir über verschiedene Modelle zu Logistik und Telematik diskutiert, die vielleicht helfen können, den Verkehr besser zu organisieren.

Natürlich tragen auch Pkws zur Straßenabnutzung und zu Straßenschäden bei. Deswegen gilt hier ebenfalls die Devise: Weniger ist mehr. Weniger Autoverkehr ist mehr Umwelt und Lebensqualität, weniger Autoverkehr, Herr Reinert, erfordert weniger bauliche Maßnahmen und läßt somit mehr öffentliche Gelder für einen sinnvolleren Einsatz frei werden, etwa für die Verbesserung sozialer Hilfeeinstellungen.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A Herr Reinert, Sie sind vorhin auf das Beispiel Karies eingegangen. Ihr Zahnarzt oder Ihre Zahnärztin hat Ihnen hoffentlich auch gesagt, daß Prävention das Maß der Dinge in der Zahnheilkunde ist. Prävention im Straßenverkehr würde weniger Autoverkehr und weniger Geschwindigkeit bedeuten. Weniger Autoverkehr macht weniger Schäden, weniger Geschwindigkeit auf den Straßen gibt mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmerinnen, egal ob Schlaglöcher in der Straße sind oder nicht. Also, noch ein Grund mehr, endlich flächendeckend auf den Stadtstraßen in Hamburg Tempo 30 einzuführen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Die schlimmsten Löcher, die auch bei einer Geschwindigkeitsreduzierung eine Gefährdung für Verkehrsteilnehmerinnen darstellen, sind umgehend zu flicken – und das geschieht ja wohl auch. Es gibt jedoch keinerlei Notwendigkeit – das muß die CDU sich wirklich einmal hinter die Ohren schreiben –, Stadtstraßen auf das Straßenbelagsniveau von Autobahnen anzuheben, denn Sie wissen sicherlich auch, daß Autobahnen, auf denen man leider immer noch extrem hohe Geschwindigkeiten fahren darf, aus Sicherheitsgründen keine Löcher haben dürfen. Wir wollen in Hamburg keine Rennpisten haben. Deswegen ist Ihr Ansinnen nicht geeignet, irgend etwas für die Verbesserung zu machen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Dr. Martin Schmidt GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Senator Wagner hat das Wort.

- B **Senator Eugen Wagner:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Reinert versucht, hier den Eindruck zu erwecken, als würden wir in Hamburg von unserer vernünftigen Verkehrspolitik abweichen

(Bernd Reinert CDU: Wovon?)

und bei der Politik des Augenmaßes nichts für den Autofahrer tun. Herr Reinert, wenn Sie sich den Haushaltsplan 2000 ansehen, werden Sie feststellen, daß allein aus den Haushaltskassen der Freien und Hansestadt Hamburg rund 164 Millionen DM zur Verfügung stehen. Wenn ich sage, was überhaupt für Straßen getan wird, dann muß ich noch runde 88 Millionen DM hinzuziehen, die aus der Bundesebene kommen, und dann bin ich bei rund 250 Millionen DM. Und Sie wollen mir erzählen, in Hamburg wird der Autofahrer vergessen? Nein, wir denken natürlich an die Autofahrer, aber wir machen einen vernünftigen Mix. Wir sorgen dafür, daß der ÖPNV vernünftig läuft und daß der Fußgänger einigermäßen zurechtkommt, und natürlich sorgen wir dafür, daß für die Radfahrer auch etwas getan wird.

Ihre Vergleiche sind besonders interessant. Ich habe noch nie gehört, daß ein Zahnarzt – ich weiß nicht, was Sie für einen Zahnarzt haben –, der bei einem Patienten Karies feststellt, nur etwas drüber schmiert.

(Bernd Reinert CDU: Aber Sie machen das mit den Straßen!)

Dieser Vergleich ist eine Beleidigung für alle Straßenbauer.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Bei allem Wohlwollen, das sollte witzig sein. Das ist aber nicht witzig, sondern schlicht und ergreifend komisch.

Wenn man also über Summen redet, dann sollte man auch etwas zum Thema Straßenbau sagen. Was haben wir denn

in den letzten zehn Jahren gemacht? Da ist doch im Straßenbau etwas geschehen. Beispiele sind Nedderfeld, Rosenbrook, Anckelmannsplatz sowie natürlich auch Fußgängerzonen in der Stadt. Warum nicht? Die Politik des Augenmaßes, die von den Bürgern sehr wohl anerkannt und begrüßt wird, erfordert auch solche Maßnahmen. Weitere Beispiele sind der Innenstadtring Harburg, die Verbindung Autobahnanschluß Moorburg, Amsinckstraße und so weiter.

Es ist ein Märchen, daß für die Autofahrer nichts getan wird. Wer in einer Metropole wie Hamburg sagen kann, daß von dem Straßennetz 93 Prozent in Ordnung sind, dann ist das eine Größenordnung, mit der diese Stadt sehr wohl leben kann.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem ist schon gesagt worden, daß Grundinstandsetzung Geld kostet. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn Sie sagen würden, woher wir die restlichen 7 Prozent nehmen sollen. Das wäre spannend, und ich wäre neugierig darauf. Vielleicht haben Sie vernünftige Haushaltsvorschläge. Im Herbst ist dazu Gelegenheit beim Haushaltsplan 2001. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Reinert.

(Lutz Kretschmann SPD: Spachtelmasse!)

Bernd Reinert CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator, den Unterschied zwischen witzig und komisch müssen Sie mir nachher noch einmal erklären, den habe ich nicht ganz verstanden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

In den anderen Beiträgen, die wir zu diesem Thema gehört haben, ist für mich an verschiedenen Stellen eine erschreckende Unkenntnis deutlich geworden.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Na?)

Es ist ganz klar gesagt worden, wenn da ein paar Schlaglöcher sind, das stört doch keinen. Frau Sudmann findet sie sogar gut, weil sie den Verkehr beruhigen. Wenn wir in Hamburgs Straße in der Deckschicht ein Loch haben, dann kann Wasser in die Tragschicht eindringen.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Tatsächlich!)

Wenn es dann im Winter friert, Herr Dr. Schmidt, dann wird das Ganze wunderbar aufgesprengt. Wenn Sie das reparieren wollen, dann müssen Sie richtig tief in die Straße hinein, bis Sie die Schadstelle auch wieder richtig beseitigt haben. Das kostet ein Mehrfaches von dem, als wenn Sie die Straßen von vornherein durch hinreichende Unterhaltungsmittel in einem vernünftigen Zustand halten würden.

(Beifall bei der CDU – Wolf-Dieter Scheurell SPD: Woher das Geld nehmen?)

Da sehen wir uns an, wieviel für Straßenunterhaltung ausgegeben wird, wenn man das auf einen Quadratmeter Straßenfläche umrechnet, Herr Senator. Alle Zahlen stammen aus dem Haushalt der Baubehörde beziehungsweise der Wirtschaftsbehörde. Baubehörde und Bezirke geben für ihre Straßen durchschnittlich 41 Pfennige pro Quadratmeter aus. Der Bund gibt in Hamburg für die Unterhaltung

(Bernd Reinert CDU)

A der Bundesautobahn und der Bundesstraßen 1,79 DM pro Quadratmeter aus.

(Dr. Michael Freytag CDU: Hört, hört!)

Die Wirtschaftsbehörde gibt für die circa 170 Kilometer Straßen im Hafengebiet, die in ihrer Zuständigkeit liegen, circa 3,27 DM pro Quadratmeter aus. Sie stehen mit Ihren 41 Pfennigen ziemlich dumm da.

(Beifall bei der CDU)

In Ihren 160 Millionen DM, die Sie jährlich für Straßen ausgeben, Herr Senator, haben Sie aber auch wirklich alles mit hineingerechnet, was im entferntesten Sinne irgendwie mit Straßen zu tun hat, möglicherweise sogar Ihr eigenes Gehalt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Auf jeden Fall sind in diesen Geldern mit enthalten die Kosten für die Unterhaltung der Regenwasserabläufe, der Gräben neben der Straße, der Fußwege, der Radwege, der Nebenflächen, der Brücken und so weiter. Wenn wir all dieses abziehen, was eigentlich nichts mit dem Thema Schlaglöcher und dem Verfall des Straßennetzes zu tun hat, sind wir von Ihren 160 Millionen DM wieder ganz weit entfernt und bei meinen vorhin genannten 23,654 Millionen DM, die zur Verfügung stehen,

(Dr. Martin Schmidt GAL: O nein!)

und das, Herr Dr. Schmidt, angesichts von Steuereinnahmen aus der Kfz-Steuer von geschätzt 250 Millionen DM. Hier ist ein Mißverhältnis, Herr Senator, das Sie schlicht und ergreifend nicht wegreden können.

(Beifall bei der CDU)

B

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Senator Wagner.

Senator Eugen Wagner: Daran können Sie die Qualität des Beitrags messen: Wenn Herr Reinert sagt, daß beispielsweise das Regenwasser abfließen muß, gehört das eigentlich nicht zum Straßenbau. Stellen Sie sich vor, wir würden diese Maßnahmen beim Straßenbau nicht machen. Dann würden wir Aquaplaning haben. Einen solchen Unsinn habe ich noch überhaupt nicht gehört. Bei allem Wohlwollen, diese 164 Millionen DM beziehungsweise 250 Millionen DM sind real und für diese Metropole ein Haufen Geld.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dr. Roland Salchow CDU: Ein politisches Schlagloch!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Duden.

Barbara Duden SPD:* Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Wir sind Herrn Reinert natürlich dankbar für dieses Straßenbauseminar, erstes Semester, weil Abgeordnete an solchen Mittwochen bei der Qualität dieser Debatten immer dankbar sind, wenn sie etwas Sachliches dazulernen können.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das war nötig!)

Nach all den Diskussionen der CDU zum Straßenzustand in Hamburg 1994, 1995, 1996 und folgende werden wir sicher einen Antrag zu erwarten haben, der heißt: Die CDU will nicht, daß in dieser Stadt Winter herrscht, weil die

Straßen dann noch schlechter werden. Darauf warte ich mit Gefäßtheit. C

(Beifall bei der SPD und bei Anja Hajduk GAL – Dr. Roland Salchow CDU: Da können Sie lange warten!)

Es ist reines Oppositionsgewäsch – ich hoffe, daß mir Frau Präsidentin dieses Wort nicht verbietet –, solange von der CDU niemand sagt, von welchen Mitteln diese Wunschträume bezahlt werden sollen. Darauf warte ich.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Martin Schmidt GAL – Dr. Roland Salchow CDU: Gewäsch führt auch zu Aquaplaning!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Reinert hat das Wort.

Bernd Reinert CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Duden, warten Sie bitte auf die nächste Sitzung.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Dr. Schmidt erhält das Wort.

Dr. Martin Schmidt GAL: Herr Reinert, in der nächsten Sitzung erklären Sie uns bitte einmal, welche Zweckbindung Sie in der Regel von Steuern erwarten. Wenn Sie die Autosteuer für die Straßen brauchen, dann erklären Sie uns bitte, wer die Getränkesteuer in Anspruch nehmen darf.

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Dr. Roland Salchow CDU: Jetzt verstehe ich nicht, warum die Grünen für die Ökosteuer waren!) D

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Besprechung über die Große Anfrage 16/4094 erfolgt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf: Drucksache 16/4188, Senatsmitteilung zur Städtepartnerschaft mit León.

[Senatsmitteilung:

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 13./14. Oktober 1999

(Drucksache 16/3019)

**– Entwicklung der Städtepartnerschaft mit León –
– Drucksache 16/4188 –]**

Wird das Wort begehrt? – Frau Simon hat es.

Heide Simon GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Entwicklung der Städtepartnerschaft mit León ist ein sehr beeindruckendes Beispiel für kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit dem Ziel, ganz konkret vor Ort die Lebensbedingungen der Menschen in León im Sinne der Nachhaltigkeit der Agenda 21 zu verbessern. León ist unsere einzige Städtepartnerschaft mit einem Entwicklungsland und hat daher nochmals einen anderen Stellenwert. Gerade vor den ökonomischen Problemen in Nicaragua und León haben die Maßnahmen sehr stark zur Verbesserung und zur Stabilisierung der Bürger und Bürgerinnen beitragen können. Davon konnte ich mich überzeugen, als ich im März dieses Jahres dort war.

(Dr. Roland Salchow CDU: Schön!)

(Heide Simon GAL)

- A Mich hat sehr beeindruckt, mit welcher Eigeninitiative und mit welcher Begeisterung und ungeheurer Motivation die Leóner und Leónerinnen sich an den einzelnen Projekten in Selbsthilfe beteiligen. Daher bedanke ich mich nicht nur bei den Kooperationspartnern im Hamburger Senat, sondern auch bei den Nichtregierungsorganisationen, beim Bürgermeisteramt in León und allen weiteren Gruppen und Aktiven in Hamburg und in León, ohne die es nicht funktioniert hätte.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Es gibt einige sehr gute Beispiele im Umweltbereich, die wir uns im Sinne der Agenda 21 durchaus näher anschauen sollten. Ein Beispiel ist die Sicherung der Mülldeponie El Fortin, wo der Müll jahrelang illegal abgelagert wurde. Der fachgerechte Betrieb der Deponie konnte nicht gewährleistet werden. Der Müllberg war nicht abgedeckt, der Müll lagerte bis hinunter zu weiteren Ansiedlungen und einem kleinen Fließchen. Aus Umweltgesichtspunkten waren die Probleme für die Stadt immens: Ein sehr weitreichender Gestank, Seuchengefahr und natürlich eine massive gesundheitliche Bedrohung der Kinder, die dort auf der Müllkippe Müll trennen, Müll sammeln und dort arbeiten. Mit Unterstützung der Umweltbehörde ist es gelungen, daß dieses Problem bereits im März größtenteils gelöst war. So wird Sicker-, Grund- und Niederschlagswasser kontrolliert abgeleitet, und der Müllberg ist in eine geordnete Deponie umgewandelt worden, die illegale Müllkippe wurde aufgelöst. Es war sehr beeindruckend, wie in dieser kurzen Zeit die Müllkippe nach Umweltgesichtspunkten gesichert wurde und die Zufahrtswege zur Deponie in Ordnung gebracht wurden. Zur Sicherung der Müllkippe El Fortin gehört auch die Entsorgung der Klinikabfälle. Sie müssen sich vorstellen, daß auf der ungesicherten Mülldeponie, auf den Straßen und Wegen beispielsweise Klinikabfälle, gebrauchte Spritzen herumlagen. In Zukunft wird auch dieser Klinikmüll gesondert entsorgt und gesammelt.

- B Weiterhin gibt es ein sehr gutes Projekt in der größten Gerberei Leóns, die Abwasserreinigung. Dieses Pilotprojekt haben wir zusammen mit den holländischen Partnern und dem deutschen Seniorexpertenservice gemacht. Hier gibt es eine biologische Abwasserklärung durch Chromrecycling, die nicht nur ökonomische und ökologische Vorteile hat, sondern auch ganz konkret die Arbeitsbedingungen vor Ort verbessert.

Sie müssen sich vorstellen, daß die Arbeiter in der Gerberei – es arbeiten dort nur Männer – trotz der vorhandenen Gummistiefel und Gummihandschuhe immer barfuß gehen und mit bloßen Händen in Laugen und Behältnisse eingreifen. Darum hat es einen ganz hohen gesundheitlichen Stellenwert, wenn anders recycelt wird.

Ein weiteres sehr gelungenes Projekt ist die Abwasserkanalisation in einem Stadtteil außerhalb Leóns, La Providencia. Hier war der Anschluß an die vorhandene städtische Kanalisation nicht möglich, und so wurde ein neues System mit einer Biofilterabwasserentsorgungsanlage konstruiert. Dadurch konnten die Seuchen- und Gesundheitsgefahren, die dadurch entstehen, daß die Abwässer und Fäkalien auf der Straße vor sich hin plätschern, nachhaltig beseitigt werden, und 450 Familien in diesem Stadtteil konnten davon profitieren. Wenn Sie davon ausgehen, daß eine Familie im Durchschnitt sechs bis acht Kinder hat, dann wissen wir den Wert und die Bedeutung eines solchen Projekts gemeinsam zu schätzen.

Nun zu den Arbeitsmarktprojekten, zu den Maßnahmen im beruflichen Aus- und Fortbildungsbereich. Es gibt ein Woh-

nungsbauprojekt im Stadtteil William Fonseca mit circa 3000 Einwohnern, das seit 1991 läuft, ein integriertes Projekt, weil es verschiedene Elemente umfaßt. Hier geht es um den Neubau und die Verbesserung von 455 Wohnungen in Selbsthilfe und um die Errichtung eines Bauhofes, in dem die Bewohner die benötigten Baumaterialien selber herstellen. Es geht um Wasser- und Elektrizitätsversorgung, um Abwasserentsorgung, den Ausbau der Grundschule, den Bau eines Gemeindezentrums, eines Gesundheitspostens und Straßenbaumaßnahmen. Es profitieren nicht nur die Siedlung im Sinne der sozialen Stadtteilentwicklung davon, sondern direkt die dort wohnenden Menschen. Es werden beispielsweise Maurer ausgebildet, und ungelernete Arbeiter werden in der Herstellung von Ziegeln und anderen Baumaterialien unterrichtet und geschult. Der dort entstehende Baumarkt liefert dann für andere ähnliche Maßnahmen die ganzen Baumaterialien; sozusagen ein kleiner OBI angepaßt in León für andere Stadtteile.

Fortbildungsmaßnahmen gibt es natürlich eine Vielzahl, zum Beispiel mit der Leóner Feuerwehr, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Leóner Bürgermeisteramts in Sachen Verwaltung und Projektmanagement. Es gibt Fortbildung für Medizintechniker und Krankenschwestern des städtischen Krankenhauses, und es gibt Fortbildungen für die Beschäftigten der Lederfabrik MACASA in Lederverarbeitung und Produktdesign.

Diese Art von Fortbildungen sowie die schulischen und universitären Bildungsmaßnahmen sind von enormer Bedeutung und werden sicherlich auch noch zunehmen, wenn die infrastrukturellen Maßnahmen abgeschlossen sind. Wir wollen die Schulpartnerschaften stärken und weiter fördern; die Damen und Herren der CDU sprechen es immer wieder an, auch wenn wir das schon machen. Wir haben mit León zwölf offizielle Schulpartnerschaften, viele informelle, die ganz hervorragend miteinander kooperieren. Wir wissen, daß Hilfe zur Selbsthilfe nur dann gelingen kann, wenn ausreichende Bildungsangebote vor Ort den Bürgern und Bürgerinnen in León dieses auch möglich machen. Die schulische Bildung ist deshalb so nötig, weil Kinderarbeit in León wieder zunimmt. Arbeitende Kinder gehören in León zum alltäglichen Bild. Sie kennen es wahrscheinlich, sie verkaufen Zeitungen, putzen Schuhe, verkaufen kleine zubereitete Speisen. Kinder – sechs bis acht pro Frau, pro Familienvorstand – müssen mit zum Familienunterhalt beitragen. Das führt dann dazu, daß die Kinder nicht mehr zur Schule gehen.

Es läuft nun eine Aufklärungskampagne in León, die darauf abzielt, den Eltern begreiflich zu machen, daß Bildung langfristig die einzige Möglichkeit für eine zukunftsfähige Entwicklung ist und daß sie ihre Kinder wenigstens halbtags zur Schule schicken und nicht den ganzen Tag auf die Straße zum Verkauf.

Wir haben eine enge Zusammenarbeit zwischen der nationalen autonomen Universität León und der Universität Hamburg in verschiedenen Fachgebieten, und wir überlegen bereits jetzt, diese weiter zu intensivieren. Ganz wichtig ist hier die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Verbesserung des Ausbildungsstandards von Hochschullehrerinnen und -lehrern. Das wird auch in Zukunft ein ganz wichtiger Punkt sein.

Das Thema Frauenförderung ist deshalb so wichtig, weil Frauen in der entwicklungspolitischen Diskussion als die Trägerinnen der Entwicklung gesehen werden. Sie sind es in der Tat, die auch in Nicaragua das Überleben ihrer Familien sichern, und das hat viel mit dem sogenannten Ma-

C

D

(Heide Simon GAL)

- A chismo zu tun, weil sich Männer in Nicaragua gerade, wenn das erste Kind kommt, gerne aus der Verantwortung stellen.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Nicht nur in Nicaragua!)

– Nicht nur in Nicaragua, aber ich rede jetzt von Nicaragua. Die Rolle der Frauen dort zu stärken und sie zum Schwerpunkt zu machen, wird auch von unseren Leóner Partnern durchaus gefordert und diskutiert. Leider hat unser entwicklungspolitischer Beirat, der vor kurzem seinen ersten Bericht vorgelegt hat, diese entwicklungspolitische Diskussion und die Schlüsselfunktion von Frauen völlig übersehen. Es gibt hierzu auch einige Beispiele aus dem Arbeitsmarktbereich.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben ein Projekt „Sanierung des Marktes Santos Bárcenas“. Es wurde unter anderem für eine bessere Durchlüftung gesorgt, indem man das Dach angehoben hat. Der Boden wurde erneuert mit einer integrierten Abwasserentsorgung, es gab witterungsbeständige neue Markttische und Waschanlagen, um dort Fisch, Fleisch oder Gemüse waschen zu können. Gleichzeitig gab es Schulungen für die Marktfrauen, denn das sind überwiegend Frauen, Händlerinnen, die dort arbeiten. Diese Frauen wurden für eine bessere Produktproduktion und -präsentation sowie für eine kostenorientierte Preiskalkulation geschult, weil sie in hartem Konkurrenzkampf zu den Supermärkten und größeren Läden vor Ort stehen. Tatsächlich konnte sich ihre finanzielle Situation etwas verbessern.

- B Wir haben ein weiteres Projekt, das Frauenzentrum „Lucila Matamoros“, das von dem Marie-Schlei-Verein und auch Hamburg unterstützt wird. Dort gibt es Computerkurse für Frauen und Männer. Interessant ist, daß hauptsächlich Frauen in diesen Kursen sitzen, eine sehr große Nachfrage unter den Leónerinnen herrscht. Die Vermittlungsquote ist enorm. Fast alle kommen im kaufmännischen Bereich unter oder gehen an die Universität, an das Tecnico La Salle, das es auch in León gibt, und studieren dort im EDV-Bereich. Das heißt, Frauen verlassen mit solch einem Ansatz durchaus die typischen Frauennischen im informellen Sektor der Subsistenzwirtschaft und erschließen sich neue Bereiche auch in León in für Nicaraguanerinnen durchaus zukunftssträchtigen Berufszweigen.

Einen kurzen Ausblick. Wenn die Infrastrukturmaßnahmen beendet sind, wird es in Zukunft in León auch darauf ankommen, auf mehr Bildung und Gesundheit umzusteuern. Das ist zumindest im Moment die Diskussion. Die Förderung des Kleingewerbes durch Kreditvergabe und Schulungen im kaufmännischen Bereich in Sachen Vermarktungsstrategien könnten Schwerpunkte für die Zukunft sein, um Tätigkeiten im informellen Sektor, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, in produktive Tätigkeiten des normalen Wirtschaftskreislaufes für León zur Deckung des Eigenbedarfes umzuwidmen. Hier spielt die Frauenförderung eine entscheidende Rolle.

Ein weiteres Augenmerk wird sicherlich auf der schulischen und beruflichen Bildung bleiben. Nicht zu vernachlässigen sind auch die Gesundheitsvorsorge sowie Projekte im Bereich Gewalt gegen Frauen und Kinder, häusliche Gewalt, die wir ebenso unterstützen wie Prostituiertenprojekte.

Zu guter Letzt die Aufklärung. Nach wie vor gibt es in León in der Mehrheit der Haushaltsvorstände, die überwiegend

weiblich sind, sechs bis acht Kinder. Die Männer verlassen den Haushalt. Das ist übrigens ein Grund dafür, warum wir in unserem Wohnungsbauprojekt „Hamburgo“ die Besitztitel nur an Frauen vergeben, damit die Männer nicht wieder zurückkommen, nur weil sie dann ein überwiegend von Frauen gebautes Häuschen vorfinden. Das Problem ist, daß die Regierung Alemán die Aufklärung aus den Lehrplänen gestrichen hat. Die Schulbücher sind neu aufgelegt worden. Es gibt keine Aufklärung mehr. Von daher gibt es keine Familienplanung, die es vorher gab, und die wäre angesichts der zahlreichen Kinder sehr sinnvoll.

Meine Damen und Herren! Die Zusammenarbeit mit León ist beispielhaft und hat beeindruckenderweise auch Erfolge in Richtung Zukunftsfähigkeit im Sinne der Agenda 21 vorzuweisen. Zumindest erschließt sich das nicht nur aus der Drucksache, sondern vor Ort in León, und einige von Ihnen waren sicherlich auch schon da. Wir können uns dennoch nicht zurücklehnen, sondern sollten die Zusammenarbeit intensivieren, gerade auch mit Behörden, die jetzt hier nicht mehr vertreten sind – BAGS, BSJB –, wo es noch eine Menge nicht kostenintensiver Zusammenarbeits- und Kooperationsformen gäbe. Ich bitte Sie dafür um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Brüning.

Dr. Barbara Brüning SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Simon hat schon darauf hingewiesen, daß wir im Jahre 1999 das zehnjährige Jubiläum der Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und León gefeiert haben. Der Bericht des Senats ist aus meiner Sicht ein schönes, nachträgliches Geburtstagsgeschenk, denn Frau Simon hat aufgrund eigener Erfahrungen, um die ich sie beneide, sehr umfassend dargelegt, in welchen Bereichen zahlreiche Aktivitäten zwischen Hamburg und León laufen. Es scheint so, Frau Simon, daß wir am gleichen Computer gesessen haben, denn ich habe die gleichen Bereiche Umwelt, Bildung, Schule und Universität ausgewählt und möchte dieses deshalb nicht wiederholen, weil Sie das sehr umfassend getan haben. Ich erlaube mir aber dennoch, von meiner vorbereiteten Rede etwas abzuweichen und noch zwei Punkte hervorzuheben, die mir wichtig sind und auf die Sie nicht so ausführlich eingegangen sind.

Bei den zwölf Schulpartnerschaften möchte ich gern noch hinzufügen, daß Reisen von Hamburg nach León sehr kostspielig sind und deshalb nicht so oft stattfinden können. Es hat mich aber sehr beeindruckt zu lesen, daß der Austausch per Brief beziehungsweise neuerdings per E-Mail funktioniert. Ich denke, hier haben wir ein schönes Beispiel für das transatlantische Klassenzimmer, daß man auch per E-Mail, per neue Medien miteinander einen sehr intensiven Austausch pflegen kann.

Was die Hochschulen anbelangt, so gibt es Kooperationsprojekte beispielsweise in den Fachbereichen Erziehungswissenschaft, Mathematik und Hispanistik. Ich habe gelesen, daß die Universidad Autónoma de León der Hamburger Universität ein Angebot gemacht hat, im Bereich Biochemie zusammenzuarbeiten, aber in dem Bericht steht, daß dieses Angebot noch geprüft wird. Ich möchte im Namen der SPD-Fraktion erklären, daß es uns schon wichtig ist, etwas über diese Prüfung zu erfahren, ob dieses Projekt stattfinden wird, zumal der Universitätspräsident, Herr Lüthje, im letzten Jahr in León war und sich vielleicht von

(Dr. Barbara Brüning SPD)

- A der Qualität der Zusammenarbeit zwischen beiden Hochschulen überzeugen konnte. Deshalb ist es uns wichtig, noch etwas mehr über die Zusammenarbeit und vor allen Dingen auch über die Evaluierung dieser Zusammenarbeit zu erfahren.

(Beifall bei Dr. Hans-Peter de Lorent GAL)

Ich möchte die verschiedenen Projekte nicht noch einmal wiederholen. Mir war es aber wichtig, daß der Bericht des Senats zum Schluß angibt, daß eine regelmäßige Qualitätskontrolle der verschiedenen Projekte stattfindet, was die SPD-Fraktion begrüßt. Es erfolgt sowohl eine projektbegleitende Kontrolle durch Zwischenberichte und -abrechnungen als auch eine abschließende Erfolgskontrolle. Ehrenamtlich tätige Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer geben regelmäßig Sachstandsberichte, so daß garantiert wird, daß alle Mittel zweckgebunden und effizient eingesetzt werden. Ich denke, die 40 Vereine und Organisationen, die seit mehr als 15 Jahren in Hamburg für León tätig sind, haben dann auch eine Kontrolle, daß ihr Engagement und ihre Aktivitäten bei denen, die sie verdienen, ankommen.

In diesem Sinne wünscht die SPD-Fraktion, daß sich die Städtepartnerschaft mit León weiterhin so erfolgreich entwickelt, wie dies der Bericht des Senats uns dargelegt hat.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt sodann der Abgeordnete Mehlfeldt.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Auch Nicaragua-Experte? Ich dachte, nur Flora-Experte!)

- B **Jürgen Mehlfeldt** CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem deutlichen Denktzettel, den die Grünen sich neulich in Nordrhein-Westfalen vom Wähler abgeholt haben, scheint nun das Harmoniebedürfnis mit der linken Hälfte des Hauses besonders stark ausgeprägt zu sein. Anders ist es nicht zu erklären, daß nun heute Dinge zur Debatte angemeldet werden, bei denen es nicht wirklich viel Streit geben kann.

Ich vermute, daß es der GAL eher darum geht, sich und dem Koalitionspartner im Parlament einmal wieder etwas auf die Schulter zu klopfen, sich auf Vergangenes zu besinnen und Neues kleinräumig anzudenken.

(Dr. Silke Urbanski SPD: Zum Thema!)

Wir wollen Sie als Opposition dabei nicht stören.

(Beifall bei Dr. Hans-Peter de Lorent GAL)

Auch ich kann meiner Harmoniesucht nachgehen und Ihnen sagen, daß auch wir der Bilanz der Städtepartnerschaft mit León durchaus Positives abgewinnen können.

(Beifall bei der SPD – Dr. Martin Schmidt GAL: Wir wollten einfach von Ihnen mal etwas anderes hören!)

In den vergangenen Jahren gab es eine Vielzahl von Projekten, die besonders nach der verheerenden Sturm- und Regenkatastrophe „Mitch“ sinnvoll sind und der Gemeinde Nicaragua sicher geholfen haben, die enormen Schäden zu bewältigen. Weitere Beispiele hörten wir von den Kolleginnen Frau Simon und Frau Brüning. Ich denke, dafür gebührt weniger den Akteuren dieses Hauses Dank als vielmehr den unzähligen Einzelpersonen in unserer Stadt, die in ehrenamtlicher und aufreibender Arbeit hier und in León Pro-

jekte entwickeln und durchführen. Hier zeigt sich im übrigen, wie auch am Beispiel St. Petersburg, echter Hamburger Bürgersinn, der diese Stadt so sympathisch macht. Wir als CDU wissen, daß das Ehrenamt häufig viel zu gering geschätzt wird. Doch an solchen Beispielen zeigt sich, daß aus vielen einzelnen Projekten eine Partnerschaft werden kann. Wir sollten allen Beteiligten in dieser Stadt einmal unseren Dank aussprechen.

Hilfreich ist, daß das eingesetzte Geld besonders in einem Entwicklungsland wie Nicaragua substantiell für die Bürger unmittelbar spürbare Verbesserungen ermöglicht. Wir wissen, daß es bei anderen Partnerschaften ungleich schwieriger ist. Daß die Partnerschaft zu León stark auf privaten Schultern ruht, ist einerseits sehr schön, auf der anderen Seite auch sehr problematisch. Ich habe nämlich den Eindruck gewonnen, daß sich unter dem Dach der Partnerschaft auch einige Grüppchen versammelt haben, von denen ich mich – und da spreche ich auch für meine Fraktion und viele andere – nicht unbedingt vertreten lassen möchte.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Zum Beispiel?)

Wenn ich lese, daß eine DKP-Brigade eine Nähkooperative gegründet hat und sich auch sonst in ihrer Selbstdarstellung düsterster Terminologie aus dem Marxismusseminar bedient, dann scheint mir eine Überprüfung sinnvoll,

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Was machen die denn da?)

wer dort eigentlich im Namen der Freien und Hansestadt Hamburg auftritt.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Krankenhäuser bauen ist doch sinnvoll!)

Ich wäre dem Senat für Aufklärung sehr dankbar, und ich denke, wir werden da noch einmal nachfragen.

Auch die Frage sei gestattet, ob das Projekt – ich muß das jetzt vorlesen –:

„technisch-naturwissenschaftliches Lernen im Kontext spezifischer Lebens- und Arbeitszusammenhänge der Lernenden, untersucht unter den gegebenen Bedingungen eines Landes der ‚Dritten Welt‘, insbesondere der dort vorhandenen Lehr- und Lernmöglichkeiten“

– so der offizielle Titel – wirklich Substantielles zu dieser Partnerschaft beiträgt. Die Ausführungen in der Selbstdarstellung dieser Truppe lassen das nicht zwingend vermuten, um es einmal vorsichtig zu formulieren.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Ist ja lächerlich!)

Eine Städtepartnerschaft ist eine offizielle Angelegenheit unserer Stadt. Wir sollten als Parlament deutlich machen, daß in diesem Rahmen nur Akteure aktiv sein sollten, die ein wesentliches gesellschaftspolitisches Spektrum unserer Stadt vertreten und dort Dinge tun, die wir als demokratisches Parlament auch mittragen können.

(Beifall bei der CDU)

Meine Fraktion wird sich unter diesem Aspekt gerade den Anhang dieser Drucksache noch einmal sehr genau anschauen. Vielleicht kann uns der Senat einen Einblick geben, nach welchen Kriterien er die Projektträger ausgesucht hat. Ich bin sehr gespannt darauf. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

C

D

A **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Jobs.

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke: Meine Damen und Herren! Herr Mehlfeldt, zu den Nähkursen fällt mir ein, Sie zu fragen, was denn die CDU bisher in diese Städtepartnerschaft eingebracht hat. Darüber habe ich in dem Bericht nicht viel gelesen. Da gibt es noch einiges für Sie nachzuholen, denn diese Städtepartnerschaft ist eine konkurrenzlos lebendige. Sie ist erfolgreich, weil sie tatsächlich mit viel Leben gefüllt ist, sowohl auf Hamburger Ebene als auch auf der anderen Seite des Atlantiks. Deshalb gibt es aus unserer Sicht sehr wenig zu meckern über das, was dargestellt worden ist.

(Beifall bei Mahmut Erdem GAL)

So gibt es auch in dem Senatsbericht viele positive Initiativen zu lesen, insbesondere, was die Spenden-Aktion nach dem Hurrikan „Mitch“ angeht, der böse Auswirkungen gehabt hat. Auch die Aktion Restpfennig ist mir sehr sympathisch. Der Drucksache ist zu entnehmen, daß der Erste Bürgermeister sie unterstützt. Ich habe nicht gelesen, daß er sich auch daran beteiligt.

(Wolfhard Ploog CDU: Warum sollte er auch?)

Das ist doch eine Aktion, die der Senat nicht nur unterstützen, sondern an der er und die Bürgerschaft sich auch beteiligen sollten.

(Beifall bei Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vielleicht ist es auch einmal an uns, daß wir neben den individuellen Spenden uns auch kollektiv an solch einer guten Aktion beteiligen und Restpfennige oder vielleicht auch Restmarken in dieses Projekt mit einbringen.

B

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Es muß auch klar sein, daß Hamburg sich im Rahmen dieser Städtepartnerschaft nicht nur ideell, sondern auch finanziell beteiligen muß. Das wird gemacht, und die Projekte, die beschrieben sind, sind gut. Frau Simon hat ausführlich darüber berichtet. Es ist ein vernünftiges Prinzip, Selbsthilfepotentiale zu fördern. Es ist ein vernünftiges Prinzip, die Umweltbedingungen dort so zu gestalten, daß sie die Menschen nicht gefährden, aber angesichts der Gesichtspunkte von Entwicklungspolitik kann es nicht genug sein, was dort bisher gemacht wird. Frau Simon, als wir im letzten Jahr schon einmal lang und breit darüber geredet haben, ist auch Ihnen aufgefallen, daß weder Hamburg noch Berlin, also weder das Land noch der Bund, tatsächlich die von der UN geforderten Anteile an finanziellen Mitteln in Entwicklungsprojekte steckt. Ich habe den Eindruck – gerade Rotgrün ist da sehr ambitioniert angetreten, der Verantwortung gegenüber den Südländern gerecht zu werden –, daß diese Regierungen – sowohl die in Hamburg als auch die in Bonn – diese Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit noch lange nicht überbrückt haben und da noch viel zu tun haben.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senator Dr. Maier.

Senator Dr. Willfried Maier: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß man sagen kann, daß das, was Hamburg in León macht, eines der schönsten Stadt-

entwicklungsprojekte ist, die ich kenne, und wir machen ja auch hier in Hamburg schöne Stadtentwicklungsprojekte. C

Sie müssen sich eine alte, vergleichsweise stolze Stadt in Mittelamerika vorstellen, mit einem Kern aus der spanischen Kolonialzeit und einer bürgerlich revolutionären Tradition, eine Stadt, die früh schon Träger von Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegungen in Mittelamerika war. Um den Kern der Altstadt herum stehen sehr viele kleine Hütten, die für uns ein Bild absoluter Armut darstellen, in denen sich aber das normale Leben Leóns abspielt. Die Universität, die um 1800 gegründet worden ist und bei der man gegenüber unserer Hamburger Universität eher das Gefühl hat, daß sie eine Patriarchenexistenz verkörpert gegenüber einem jungen Nachkömmling, also den Stolz einer alten Bildungseinrichtung verkörpert, wie auch das Bürger-tum dieser Stadt den Stolz eines älteren Bürgertums verkörpert. Das Land Nicaragua, aber auch die Stadt León befinden sich seit einiger Zeit in einer Situation, in der die wirtschaftlichen Möglichkeiten – eigentlich schon seit Anfang der achtziger Jahre – fast weggebrochen sind, weil das weltmarktgängige Produkt Baumwolle, wovon große Teile des Landes gelebt haben, angesichts der Baumwollpreisbewegung und der Überdüngung, die dort stattgefunden hatte, praktisch komplett weg ist. Ein Land, das heute so gut wie gar kein exportfähiges Produkt mehr produziert und praktisch aus der Weltwirtschaft herausgefallen ist. Heute ist Nicaragua in einer Situation, in der sowohl der gesamtstaatliche als auch der städtische Haushalt in der Größenordnung von bis zu 50 Prozent aus ausländischen Hilfsgeldern funktioniert. Ein altes, vergleichsweise stolzes Land, verarmt zudem durch den Bürgerkrieg, der seit den achtziger, neunziger Jahren anhält. Für uns bedeutet dies eine unmittelbare Hilfsmöglichkeit, die so freudig und so aktiv entgegengenommen wird, daß einem das wirklich zu Herzen gehen kann. D

Ich habe im letzten Jahr eine Situation erlebt, wo wir den Leuten offiziell die Häuser übergeben durften, die sie selber gebaut hatten, zwar mit Hamburger Mitteln, aber ohne daß sie vorher wußten, wer nun welches Haus bekommt. Es waren Frauen, Kinder, auch einige Männer, die vorher auf der Müllhalde gearbeitet hatten und dort Brauchbares herausgesammelt hatten und nun nach der Verlosung für dieses oder jenes Haus den Schlüssel überreicht bekamen. Die Frauen mußten nach oben auf die Bühne kommen und den Schlüssel entgegennehmen. Das waren zum Teil junge Frauen, die ziemlich forsch und ohne Probleme nach oben kamen. Es waren aber auch ältere Frauen dabei, die zum ersten Mal in ihrem Leben in der Situation waren, sich vor sehr vielen Leuten hinstellen zu müssen und gleichzeitig die Erfahrung zu machen, jetzt Eigentümerin des Hauses zu werden, an dem sie gearbeitet hatten. Wir Hamburger haben ihnen ein bißchen die Möglichkeit gegeben, diesen Schritt tun zu können.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Silke Urbanski SPD)

Entwicklungshilfe so direkt zu erleben, dazu tragen sehr viele Hamburgerinnen und Hamburger hier bei, denn das kann eine Stadtverwaltung nicht machen, nicht die Hamburger, auch nicht die Leóner alleine, sondern das geht nur, weil sehr viele Leute sich da eingemischt haben.

Herr Mehlfeldt, mit diesem Einmischen hat das eine spezielle Bewandnis. Wodurch ist denn diese Solidaritätsbereitschaft entstanden? Dadurch, daß in Nicaragua eine Bewegung aus der Bevölkerung die Diktatur gestürzt hat. Überall da, wo sich auf der Welt Bewegungen der Freiheit durchsetzen, erregen sie Sympathien. Dann ist die Bereit-

(Senator Dr. Willfried Maier)

- A schaft und die Neigung zu solchen Solidaritäten groß. Daß das hier in Deutschland in diesem Fall speziell von der politischen Linken aufgegriffen wurde, hängt natürlich damit zusammen, gegen welchen Gegner sie sich da durchsetzen mußten. Heute hat die Demokratie in Nicaragua den Alltag erreicht. Es hat Regierungswechsel gegeben, es gibt eine ordentliche Konkurrenz zwischen Regierung und Opposition, im Herbst stehen in León Wahlen an. Möglicherweise gibt es auch in León eine neue Zusammensetzung des Stadtrates und einen andersfarbigen Bürgermeister. Das kann man alles nicht wissen. Aber ich finde es nicht richtig, diese Solidaritätsbewegung, die damals hier aufgebrochen ist, im nachhinein wegen auch sozialistischer Motive, die darin lagen, zu diskreditieren oder überhaupt auch nur anzugehen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und bei Dr. Martin Schmidt GAL)

Viele DKP-Leute, die sich solidarisch erklärt und daran teilgenommen haben, haben zum Teil an den Erfahrungen in León, zum Beispiel, wenn sie dort teilgenommen haben, dies und das in ihren eigenen Köpfen neu sortieren müssen, weil auch erkennbar wurde, daß bestimmte Projekte gar nicht so zu machen sind, wie sie sich das vorgestellt hatten. Insofern ist daran auch gelernt worden.

Für uns ist wichtig, daß, wenn es tatsächlich irgendwann einmal zu einer Veränderung in der Regierung Leóns kommen sollte, wir daran festhalten, daß dies eine Städtepartnerschaft ist, die durch Solidarität getragen, aber nicht abhängig davon ist, wer hier in Hamburg oder in León jeweils die Regierung stellt, sondern das wollen wir wirklich als solches weitertragen. Es ist auch breit verankert, wenn aus dem öffentlichen Dienst inzwischen 28 000 Menschen gesagt haben, nehmt meine Pfennige hinten weg und gebt sie nach León. Das ist ein Drittel der Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Solch eine breite Solidaritätsbekundung bekämen noch nicht einmal die Kirchen hin, wenn nicht die Kirchensteuer einfach abgezogen würde, sondern man sich dafür erklären müßte. Das ist eine gute und schön getragene Geschichte. Ich finde, das sollte so weitergehen.

- B Wenn Sie ein touristisches Erlebnis besonderer Art haben wollen, würde ich Sie sehr dazu auffordern, die Möglichkeit wahrzunehmen,

(Michael Fuchs CDU: Machen wir!)

sich Nicaragua, aber ganz speziell auch León, einmal anzuschauen. Sie werden dort auf eine Menge Sympathie für Hamburgerinnen und Hamburger stoßen.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Die nächste Fraktionsreise!)

Für mich war es eine ziemlich eindringliche Erfahrung, weil es für mich auch das erste Mal war, daß ich ein Land der „Dritten Welt“ so intensiv erlebt habe, und zwar ein Land, das mir wiederum als ein Land entgegentrat, das in gewisser Weise eine ältere Tradition hat als manche Stadt oder manche Einrichtung in Deutschland und insofern überhaupt keine herablassende Haltung verträgt, sondern ein Umgehen auf gleicher Ebene.

Schließlich darf ich noch sagen, daß mir dort der Ehrenwimpel der Leóner Polizei überreicht worden ist. So etwas hätte ich nie zu erwarten gewagt. – Danke schön.

(Heiterkeit und Beifall bei der GAL, der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Die Bürgerschaft sollte Kenntnis nehmen und hat dieses getan.

C

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 20 auf: Drucksache 16/4237: Antrag der Gruppe REGENBOGEN über Verbot von Studiengebühren.

[Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke: Verbot von Studiengebühren – Unterstützung des Krefelder Aufrufs – Drucksache 16/4237 –]

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Frau Koppke hat das Wort.

Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 7. Juni ist bundesweit der Aktionstag gegen Studiengebühren mit Großdemonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart. Ein bundesweites Bündnis von Hochschullehrerinnen und -lehrern, Schülerinnen und Schülern, insbesondere grünen und sozialdemokratischen Studierendenvertretungen, zahlreichen ASten und Gewerkschaften hat zu diesem Anlaß als Grundlage den sogenannten Krefelder Aufruf erarbeitet, der von über 100 000 Menschen und Organisationen unterzeichnet wurde und im wesentlichen in Punkt 1 unseres Antrages wiedergegeben ist.

Die Diskussion um die Einführung von Studiengebühren geht derzeit sowohl bundesweit als auch in Hamburg in die entscheidende Phase. Am Montag hat Wissenschaftssenatorin Sager in einer Pressemitteilung angekündigt, im neuen Hochschulgesetz würde die Erhebung von Studiengebühren für das Erststudium untersagt werden. Weiteres sei aber abhängig von einer überregionalen Lösung. Morgen tagt die Kultusministerkonferenz, die sich vielleicht schon auf das Studienkontenmodell von Wissenschaftsminister Zöllner aus Rheinland-Pfalz einigen wird, das bekanntermaßen auch von Frau Sager unterstützt wird. Das sogenannte Zöllner-Modell sieht vor, daß nur noch eine festgelegte Anzahl von Lehrveranstaltungen, etwas mehr als das Pflichtprogramm, kostenfrei besucht werden kann. Für jede weitere Veranstaltung heißt es dann, daß Gebühren gezahlt werden müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns in der Tat an einem Wendepunkt in der Hochschulpolitik, und Sie alle sollen heute dazu Position beziehen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Sollen wir?)

An der Schwelle zur vielbeschworenen Wissens- und Informationsgesellschaft und just zu einem Zeitpunkt, wo lebenslanges Lernen in aller Munde ist, sind wir dabei, den Zugang zu Bildung zu erschweren. Zur gegenwärtig drohenden Einführung von Studiengebühren möchte ich kurz zu vier Punkten Stellung nehmen: zum rechtlichen, zum sozialen, zum wissenschafts- und gesellschaftspolitischen und zu einem Aspekt, den ich als etwas bezeichnen würde wie das Vertrauen in die politische Klasse.

Erstens zum rechtlichen Aspekt: Die Wiedereinführung von Studiengebühren, in welcher Form auch immer, widerspricht dem 1973 ratifizierten internationalen völkerrechtlich gültigen Vertrag über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, in dem sich die Bundesregierung zur Einführung der Unentgeltlichkeit der Hochschulausbildung verpflichtet hat. Alles, was derzeit in der Diskussion ist, würde die gegenwärtig bestehende Gebührenfreiheit beseitigen und wäre demnach vertragswidrig.

D

(Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A Zweitens der soziale Aspekt: Es gab einmal Zeiten, da war für SPD und Grüne Chancengleichheit ein wichtiges bildungspolitisches Fundament. Heute sieht das leider anders aus. Nur noch 12 Prozent der Studierenden in Hamburg erhalten BAFöG. Von 100 Kindern aus eher wohlhabenden Familien machen 84 Abitur, 72 besuchen später die Universität, und von 100 Kindern aus einkommensschwachen Familien machen 30 Abitur und gerade einmal sieben finden den Weg zur Universität. Das ist die Realität, und die rotgrüne Bilanz kann in dieser Hinsicht nicht trostloser aussehen. Die BAFöG-Strukturreform ist gescheitert, und nun sind Sie auch noch auf dem besten Weg, durch Gebühren die Bedingungen der Ungleichheit zu verschärfen.

Die Einführung von Studiengebühren, egal in welcher Verpackung und zu welchem Zeitpunkt, ist ein Abbau von Chancengleichheit, und das wissen Sie genauso wie ich.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Drittens zum wissenschafts- und gesellschaftspolitischen Aspekt: Beim derzeit diskutierten Studienkontenmodell von Herrn Zöllner steuern Sie vor allem das Verhalten der Studierenden. Studierende müssen sich fragen, ob sie sich den Besuch einer Lehrveranstaltung leisten können. Sie werden nur noch das belegen, was zum Pflichtprogramm für ihren Studienabschluß wichtig ist und dazugehört. Heraus kommt dann eine Einheitsfachausbildung. Das ist in mehrfacher Hinsicht bedenklich. Bildung – das ist eigentlich das Zentrale – ist in einer Demokratie mehr als die Ausbildung für den Arbeitsmarkt. Wenn wir Demokratie ernst meinen, dann müssen wir Bildungsmöglichkeiten ausbauen und den Zugang zu Bildung erleichtern, Neugier fördern, statt sie zu reglementieren.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- B Selbst in Ihrer eigenen Standortlogik ist der Effekt kontraproduktiv, den das Zöllner-Modell mit sich bringen würde, denn heraus kommen ja gerade keine flexiblen risikobereiten Absolventen, die kreativ sind und während ihres Studiums ein eigenes Spezialprofil erwerben konnten.

(Anja Hajduk GAL: Wie ist denn da der Zusammenhang? Das würde ich gern verstehen!)

Viertens möchte ich noch ein paar Sätze zur Glaubwürdigkeit von Politik sagen. Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, Sie haben Studierenden zwei Dinge versprochen: das Verbot von Studiengebühren ohne Einschränkung und eine Strukturreform des BAFöG. Sie wurden dafür gewählt, und jetzt sind Sie dabei, beide Versprechen zu brechen, wundern sich aber im gleichen Atemzug über die Politikverdrossenheit bei jungen Leuten. Wenn Sie meinen, Studiengebühren seien sowieso nicht mehr zu verhindern und sollten deswegen möglichst in einer milden Art und Weise eingeführt werden, frage ich mich, welchen Zwängen Sie sich denn unterworfen fühlen.

SPD und Grüne machen in dieser Stadt und in diesem Land Politik, und wenn sie ein mangelndes Rückgrat haben, sind sie, ehrlich gesagt, für diesen Job schlichtweg nicht geeignet.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Wir haben heute noch einmal die Chance – das ist wirklich eine Chance –, den Jugendlichen und Studierenden zu zeigen, daß wir es ernst meinen und unsere Überzeugung nicht am Wahlabend schlicht vergessen haben. Die Unterstützung des Krefelder Aufrufs und damit die Unterstützung unseres Antrags ist ein Prüfstein für die Glaubwürdigkeit.

Stimmen Sie also heute für ein generelles Verbot von Studiengebühren und pfeifen den Senat zurück, möglicherweise schon morgen einem Zöllner-Modell zuzustimmen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Marx.

Wolfgang Marx SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Koppke! Wenn es nach Ihnen ginge, müßte die Koalition sofort Studiengebühren einführen, am besten 10 000 DM pro Semester, und Sie hätten endlich jenes Thema, wonach Sie so vergeblich in dieser Stadt suchen. Aber diesen Gefallen wird Ihnen niemand in der Stadt erweisen, noch nicht einmal die CDU.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Das heißt also, Sie stimmen unserem Antrag zu?)

An Ihren Anträgen kann man sehen, wie unerfreulich das Leben im 0,5-Prozent-Raum ist, bleibt also nur die Frage, ob es auch ein Leben nach dem Komma gibt. Zufällig ist gerade an der Universität bei den Studierenden Wahlkampf, und siehe da, dem REGENBOGEN fällt es auf. Seit neun Monaten gibt es schon einen Krefelder Aufruf, aber jetzt fällt er Ihnen erst auf.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Haben Sie den auch unterschrieben?)

Sie wollen das Label REGENBOGEN an der Uni bekanntmachen. Erstens will die SPD-Fraktion nach wie vor keine Gebühren für grundständige Studiengänge; siehe auch den Bürgerschaftsantrag 16/2671 – ich zitiere –:

„Studiengebühren sind für grundständige Präsenzstudiengänge und Studiengänge, bei denen der Masterdem Bachelor-Abschluß folgt (Konsekutiv-Modell), an staatlichen Hochschulen auszuschließen.“

Wir haben den Senat gebeten, das im neuen Hamburgischen Hochschulgesetz mit einzubauen. Wenn ich die Presseerklärung von Frau Sager vom Montag dieser Woche richtig verstanden habe, soll das auch bei der Hochschulgesetzesnovelle berücksichtigt werden.

Zweitens ist die Bürgerschaft aus meiner Sicht zumindest nicht das Studierendenparlament, sondern immer noch die Legislative im Bundesland Hamburg. Und wenn wir irgend etwas beschließen, dann machen wir das als Gesetz oder als Ersuchen an den Senat, das er dann früher oder später beantwortet. Aber Deklarationen und ähnliche Politikmittel sollten wir weiterhin dem Studierendenparlament überlassen.

Ich weiß, daß Sie das alles nicht überzeugen wird, obwohl sich nach mir vermutlich sogar GAL und CDU gegen Studiengebühren aussprechen werden.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Was heißt hier „sogar“?)

Sie werden weiterhin ganz verzweifelt ihr Fünf-Prozent-Thema suchen und dabei auch vor Halbwahrheiten oder gar Schlimmerem nicht zurückschrecken und weiterhin aus Mücken Elefanten machen. Das Studienkontenmodell von Professor Zöllner, Frau Sager und anderen erscheint mir im übrigen überlegenswert, auch wenn sicherlich die Details zu klären sind. Aber eines gilt nach wie vor: Die SPD-Fraktion lehnt Gebühren für grundständige staatliche Studien-

(Wolfgang Marx SPD)

- A gänge ab, ob es Ihnen gefällt oder nicht. Ich bitte Sie daher, den REGENBOGEN-Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. de Lorent.

Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mich am Anfang kurz mit dem Antrag und der Intention des REGENBOGEN beschäftigen. Nicht erst durch die Presseerklärung, die Anfang der Woche herausgegeben worden ist, ist deutlich geworden – Herr Marx hat darauf hingewiesen –, daß der Krefelder Aufruf schon einige Monate alt ist und es hier um Diffamierung geht, wenn solche Worte fallen wie SPD und GAL wollen die Wähler täuschen und machen etwas ganz anderes, als sie versprochen haben. Hier geht es dem REGENBOGEN in besonderer Weise auch darum, die Grünen und die grüne Wissenschaftssenatorin zu diskreditieren.

Für mich ist dieser Antrag auch der Versuch eines Nachweises, die eigene Existenzberechtigung zu begründen, den Oppositionszuschlag zu verdienen, nachdem das manchmal nicht gelungen ist. Für mich ist es auch ein Zeichen der fortschreitenden Möllemannisierung des REGENBOGENS,

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Da habt ihr ein neues Schreckgespenst!)

der Versuch, die Grünen als überflüssig und wortbrüchig zu karikieren. Meine Damen und Herren vom REGENBOGEN, was Ihnen fehlt, ist eine differenzierte Einschätzung gesellschaftlicher Realitäten; das ist naheliegend. Ein REGENBOGEN kennt nur Sonne und Regen, er kennt nichts dazwischen, er kennt nur schwarz und weiß.

B

(Beifall bei der GAL)

Ein Blick auf die KMK und die Diskussion in den letzten Monaten zeigt – es regiert nicht in allen Bundesländern nur der REGENBOGEN –, daß es Ansätze von Studiengebühren in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Niedersachsen und Sachsen gibt und es richtig, wichtig und notwendig ist, sich auf die KMK einzustellen, diese Diskussion zu verfolgen und zu beeinflussen. Sowohl Wissenschaftsminister Zöllner als auch die Hamburger Senatorin machen das in kluger und intelligenter Weise.

Ich halte es für abenteuerlich, diejenigen zu diffamieren, die sich gegen Studiengebühren einsetzen. Das machen Sie sowohl mit Bundesbildungsministerin Frau Bulmahn als auch mit Krista Sager. Für alle diejenigen, die vielleicht die Debatte nicht so verfolgen, will ich ein paar Dinge zitieren, die gerade in den letzten Monaten sowohl von seiten der SPD als auch von seiten der Grünen an eindeutigen Aussagen gemacht worden ist. Fangen wir mit der Bundesbildungsministerin an. In einem Interview ist sie darauf angesprochen worden – Zitat –:

„Ihre niedersächsischen Genossen Wissenschaftsminister Oppermann und Ministerpräsident Gabriel können sich mit Studiengebühren anfreunden. Geraten Sie in den eigenen Reihen zunehmend unter Druck?“

Und sie antwortet:

„Nein, in der SPD gibt es immer Diskussionen, aber wir haben einen klaren Parteitagsbeschuß, den wir vor einigen Wochen getroffen haben. Danach ist und bleibt das

Erststudium kostenfrei. Es ist falsch, noch nach scheinbar simplen Lösungen wie Studiengebühren zu rufen.“

C

Und dann sagt sie weiter:

„Die Diskussion ist überflüssig, Gebühren sind kein geeignetes Modell, Hochschulen zu finanzieren.“

Dies ist eine eindeutige Aussage. Es ist eine Unverschämtheit, bei einer solchen Diskussions- und Aussagelage hier von Wahltäuschung durch die SPD und die Grünen zu reden.

(Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: Dann stimmen Sie doch unserem Antrag zu!)

Als in der Wissenschaftsbehörde 7000 Unterschriften gegen Studiengebühren abgegeben worden sind, sind sie von Staatsrätin Marlis Dürkop angenommen worden, und sie hat darauf in einer Presseerklärung im Februar geantwortet:

„In Hamburg wird es keine Gebühren für das grundlegende Studium geben. Wir werden uns auf politischer Ebene ...“

(Zurufe bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

– Halten Sie doch einfach mal den Mund und hören einen Augenblick zu, das haben wir auch gemacht, Sie können sich dann wieder melden.

„Wir werden uns auf politischer Ebene dafür einsetzen, daß sich die Bundesländer auf eine gemeinsame Linie einigen.“

Und weiter sagt Frau Dürkop:

„Der Zugang zu Bildung muß für möglichst viele Menschen offengehalten werden. Die Schwelle zum Studium darf nicht durch die Einführung von Studiengebühren erhöht werden.“

D

Dann gibt es diverse Zitate von Krista Sager in dieser Frage. Erst am Anfang der Woche hat sie gesagt:

„Vor allem aber soll der Ausschluß von Studiengebühren festgeschrieben werden. Hier hoffe man immer noch auf eine länderübergreifende Vereinbarung zum Ausschluß von Studiengebühren ...“

Klare Worte, würde ich sagen.

Wenn Sie monieren, daß ich jetzt die grünen Mitglieder der Regierung zitiere, dann sage ich noch einmal, was der Bundesvorstand der Grünen zu diesem Thema am 18. April gesagt hat.

„Studiengebühren sind unvereinbar mit Lernen und Studieren in der Wissensgesellschaft. Die Debatte um Studiengebühren hat keinen erkennbar produktiven Beitrag geleistet, um die Hochschulstrukturen an den rapiden Wandel der Lebens- und Studienbedingungen an den Hochschulstandorten anzupassen. Sie ist vor allem das Ergebnis bildungs- und hochschulferner finanzministerieller Bemühungen in einigen Bundesländern, einer Umschichtung in den öffentlichen Haushalten zugunsten von Bildung und Wissenschaft auszuweichen.“

Und so weiter und so weiter – eindeutige Aussagen sowohl auf seiten der SPD als auch auf seiten der Grünen. Wenn Sie sich hier hinstellen und von Wahltäuschung sprechen, verdummen Sie die Leute und verkürzen die Diskussionen.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Unsinn!)

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL)

- A Natürlich ist es notwendig, in diesem Zusammenhang über Fragen der Bildungsfinanzierung zu diskutieren. Es ist eindeutig und klar, daß den Hochschulen zu wenig Ressourcen zur Verfügung stehen; das jüngste OECD-Gutachten hat das noch einmal belegt. Die Ausgaben für Studierende sind in der Bundesrepublik Deutschland deutlich geringer als in anderen wirtschaftlichen Ländern. Wir versprechen uns durch die Green-Card-Diskussionen hier einen Push von seiten der Bundesregierung und insbesondere zusätzliche Mittel für den Hochschulbereich.

Und da bringe ich wieder den Zusammenhang: Wiewohl auch ich und die Grünen sich für eine finanzielle Stärkung des Bildungsbereichs einsetzen, wird es auch dann, wenn es mehr Ressourcen gibt, notwendig, mit Ressourcen pfleglich und bewußt umzugehen. Das ist ein wesentlicher Punkt, und von daher ist die Diskussion, die um das Studienkontenmodell geführt wird, eine interessante Diskussion, auf die ich gleich noch eingehe.

Der Diskussionsentwurf von SPD-Minister Zöllner aus Rheinland-Pfalz und das, was Krista Sager dazu gesagt hat, sind intelligente Ansätze, mit einem Problem umzugehen. Frau Koppke hat es verkürzt, sie hat gesagt, man kann ein bißchen studieren und alles, was darüber hinausgeht, muß bezahlt werden. Im Vorschlag von Herrn Zöllner geht es beispielsweise darum, so etwas wie Chips für Studierende in einem Umfang von 200 Semesterwochenstunden einzuführen, so daß sowohl das Studium gezielt stattfinden kann als auch Zeiten für Weiterbildung übrigbleiben. Ein solches Modell sichert ein gebührenfreies Erststudium und berücksichtigt Lebensentwürfe der Studierenden. Es würde möglich sein, nach einem solchen Modell ein Teilzeitstudium zu betreiben, während des Studiums Kinder zu betreuen, möglicherweise das Studium durch Auslandsaufenthalte und ähnliche Dinge zu unterbrechen. Es würde ein bestimmtes Kontingent für Weiterbildung sichern, und ich finde die Aussage von Krista Sager dazu wichtig und richtig, diese Studienkonten nicht mit der Regelstudienzeit zu koppeln. Es ist auch diskussionswürdig, ob 200 Semesterwochenstunden ein ausreichendes Kontingent sind, aber es sind Diskussionsentwürfe, und auf diese Diskussionsentwürfe muß und sollte man sich einlassen.

- B Um gegen die Diffamierung der Wissenschaftsminister, die in der KMK versuchen, gegen Studiengebühren zu argumentieren, ein paar Argumente dagegenzuhalten, möchte ich noch einmal Wissenschaftsminister Zöllner zitieren. Er sagt:

„Bildung und Ausbildung sind keine Privatangelegenheit. Die Gesellschaft muß ein nachhaltiges Interesse an einer ausreichenden Zahl gut ausgebildeter Menschen haben. Nach allen Prognosen wird diese Zahl eher steigen.“

Und Zöllner sagt weiter:

„Ein Studium verursacht auch heute schon erhebliche Kosten. Junge Menschen aus einkommensschwächeren Elternhäusern treffen auf nach wie vor erheblich größere Bildungsbarrieren. Eine Erhöhung der Kosten durch Studiengebühren würde sich zusätzlich negativ auf ihre Studienneigung auswirken.“

Ich könnte dies fortsetzen. Es gibt eine Reihe von Argumenten, die ernsthaft eingebracht werden, und ich finde es eine absolute Sauerei ...

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich rufe Sie zur Ordnung. C

Dr. Hans-Peter de Lorent (fortfahrend): Ich finde es nachhaltig unangemessen,

(Heiterkeit im ganzen Hause)

wenn vom REGENBOGEN der Versuch gemacht wird, ernstzunehmende grüne und sozialdemokratische Bildungspolitiker mit diffamierender Absicht in eine Ecke zu stellen, als würde es ihnen darum gehen, Studiengebühren durch die Hintertür einzuführen. Das finde ich nicht in Ordnung, und das muß zurückgewiesen werden.

Frau Koppke, vielleicht liegt es auch daran, daß Sie, was den Universitäts- und Studienbereich betrifft, eine unrealistische Haltung beim REGENBOGEN haben. Das haben wir in der Diskussion im Wissenschaftsausschuß erlebt, als Sie sich für unbegrenzte Endlosstudierende eingesetzt haben. Man kann der Meinung sein, daß die Beratungspraxis an Hamburger Hochschulen, was Studierende mit 25 und mehr Semestern betrifft, unzureichend ist. Es ist notwendig, diesen Studierenden entweder Hilfen zu geben, mit ihnen einen Plan zu entwickeln, wie sie ihr Studium beenden, oder sie nicht weiter studieren zu lassen. Wir sind zwar nachhaltig für lebenslanges Lernen, aber nicht dafür, daß es ein Recht auf lebenslange kostenlose Einschreibungen an einer Hochschule gibt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vorletzter Punkt. Ein ernsthaftes Problem ist die Frage, wie Weiterbildung an Hochschulen gehandhabt wird. Es gibt heute schon Berufstätige, es gibt Leute, die nach einem Studium an der Hochschule Seminare belegen und Zusatzqualifikationen erwerben und dafür heute schon relativ viel Geld ausgeben. Hier ist ein Bereich, der ernsthaft geregelt werden muß. Ich persönlich bin auch nicht damit einverstanden, was manche Professorinnen und Professoren machen. Es gibt aus meiner Sicht zum Teil eine Verquickung von persönlichen und privaten Interessen. Über diesen Bereich muß ernsthaft diskutiert werden, und so etwas muß gelöst werden. D

Lassen Sie mich zum Schluß noch, ähnlich wie Herr Marx, sagen: Dieser Krefelder Aufruf ist ein Aufruf, den man grundsätzlich unterstützen kann. Er hat ein bißchen den Charakter eines Appells, etwas unterschreiben zu können, sich dabei wohl zu fühlen, sich die Hände sauber zu waschen, aber das ist keine Politik, und wir im Parlament und auf KMK-Ebene betreiben Politik.

(Zurufe von der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke – Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist wichtiger, liebe Kolleginnen und Kollegen vom REGENBOGEN, in dieser Frage die Personen zu unterstützen, die in schwierigen Situationen mit nicht eindeutigen politischen Machtverhältnissen in dieser Republik real etwas gegen Studiengebühren erreichen wollen, und das sind sowohl Edelgard Bulmahn als auch Herr Zöllner und Frau Sager. Die gilt es zu unterstützen und nicht zu diffamieren und zu diskreditieren.

(Beifall bei der GAL, der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Professor Salchow.

A **Dr. Roland Salchow** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Sache mit den Studiengebühren ist wichtig, aber nicht der zentrale Punkt der Hochschulpolitik: Sowohl die Härte der Diktion der einbringenden REGENBOGEN-Gruppe als auch die Antwort von Herrn de Lorent darauf sind unangemessen. Ich fand sogar nachhaltig unangemessen, wie Sie, offensichtlich in einem empfindlichen Punkt getroffen, hier argumentiert haben.

Der wesentliche Punkt der Finanzierung des Hochschulsystems ist niemandes Wunsch nach Studiengebühren, denn dieser Teil der Wissenschaftsfinanzierung erfolgt nun einmal nach unserer aller Meinung überwiegend durch den Staat. Darum lassen wir die Bataillone in den Garagen.

Wie weit man mit Studiengebühren gehen wird und ob man welche einführt, wird man sehen, da gibt es unterschiedliche Meinungen. In dem Punkt hat Herr de Lorent recht, es gibt in allen Parteien dazu unterschiedliche Meinungen. Bei der SPD gibt es unterschiedliche Meinungen, bei den Grünen weiß ich es nicht, aber bei der CDU gibt es auch unterschiedliche Meinungen. Frau Schipanski hat gestern erklärt, sie sei gegen Studiengebühren, andere bei uns sind dafür.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Was haben Sie denn für eine Meinung?)

– Ich bin für eine gemäßigte Fassung, wir werden das demnächst etwas genauer darstellen.

Ein richtiges Argument hat die REGENBOGEN-Gruppe schon gebracht, den Hinweis darauf, daß der rotgrünen Bundesregierung eine BAföG-Reform in dem Sinne, wie Rotgrün das immer vorgehabt hat, in der Tat nicht gelungen ist.

B (Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Wie die CDU es früher geschafft hat!)

Es ist der rotgrünen Bundesregierung auch nicht gelungen, die Bildungsausgaben zu verdoppeln, wie sie das vor der Wahl versprochen hat; diese Fakten kann man nicht „nachhaltig und unangemessen“ zur Seite schieben, Herr de Lorent. In dem Punkt haben Sie ein bißchen unfair reagiert.

Wir von der CDU lehnen den Antrag ab, nicht nur, weil es eine Art von Wiederaufarbeitung von Texten aus dem vorigen Jahr ist, sondern weil die Hochschulpolitik nicht als zentrale Aufgabe hat, Gesellschafts- und Sozialpolitik zu leisten; aber das ist offensichtlich die Auffassung der REGENBOGEN-Gruppe. Das teilen wir nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält Frau Senatorin Sager.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Nachhaltig nichts gesagt!
– Gegenruf von Dr. Roland Salchow CDU: Aber nicht schlecht!)

Zweite Bürgermeisterin Krista Sager: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte doch einige Dinge klarstellen. Die Koalitionspartner in Hamburg haben sich darauf verständigt, daß es in Hamburg für das grundständige Studium keine Studiengebühren geben wird, und dabei wird es auch bleiben. Das wird auch Gegenstand der Novelle zum Landeshochschulgesetz sein.

Im Bundesgebiet haben wir eine andere Situation, und es geht um die Frage, wie können wir etwas, das wir für Hamburg für richtig halten, nämlich einen fairen Zugang zum

Studium unabhängig vom persönlichen Geldbeutel, auch im Bundesgebiet gewährleisten. Das ist nicht so einfach, da es dort unterschiedliche Positionen gibt. Ich will eines klar sagen: Wer dieses Ziel politisch verfolgt, der kann nicht sicher sein, daß das Studienkontenmodell zum Erfolg führt, aber das Studienkontenmodell ist die letzte und einzige Chance hierfür. Es ist nicht möglich, ein Studiengebührenverbot über das Hochschulrahmengesetz durch den Bundesrat zu bringen, aber es gibt eventuell eine leise Chance, daß Länder wie Bayern, wie Sachsen eine Gebührenfreiheit des grundständigen Studiums über das Studienkontenmodell mitmachen. Deswegen bin ich ganz entschieden dafür, diesen Weg zu versuchen. Eine Einigung über das Studienkontenmodell würde den Ländern freistellen, es auf Landesebene umzusetzen. Es ist geeignet, das grundständige Studium studiengebührenfrei zu stellen, weil es dafür ein wichtiges Instrument ist. Es bietet dem einzelnen Studenten überreichlich Semesterwochenstunden, um sein Studium normal zu Ende zu bringen, und auch noch genügend Möglichkeiten für das Studium generale oder Wahlveranstaltungen. Und selbst Studierende, die ihr Studium nicht so zügig voranbringen können, wie sie es gerne möchten, weil sie vielleicht Kinder zu betreuen haben, weil sie überproportional viel jobben müssen oder weil sie sich eine Zeitlang im Ausland aufhalten, können ihr Studium mit dem Studienkontenmodell gebührenfrei zu Ende bringen.

(Dr. Ulrich Karpen CDU: Das ist eine gewaltige Bürokratie!)

– Nein, das ist nicht richtig.

Aber eine Bemerkung an den REGENBOGEN. Sie müssen sich auch fragen lassen, welche politischen Ziele Sie eigentlich mit dem Budenzauber verfolgen, den Sie hier zu veranstalten versuchen, welche Zielgruppe Sie im Auge haben und welche Interessen Sie vertreten. Es ist doch ganz offenkundig, daß es für Sie nicht darum geht, daß alle jungen Menschen einen fairen Zugang zum Studium bekommen sollen und eine faire Chance, ihr Studium zu Ende zu bringen. Um diese Gruppe geht es Ihnen gar nicht, denn die sind vom Studienkontenmodell gar nicht berührt. Die Interessen, die Sie hier vertreten, sind ausschließlich die Interessen einer exotischen Kleinstgruppe, wo man sich allerdings fragen muß, welchen Gefallen Sie denen eigentlich tun.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL, der SPD und der CDU – Dr. Ulrich Karpen CDU: Artenschutzabkommen!)

Sie vertreten ausschließlich die Interessen derjenigen, die meinen, Studienfreiheit, Gebührenfreiheit wäre identisch mit einem unbegrenzten Ressourcenverbrauch. Es gibt natürlich Studenten, die zum Beispiel Examensangst haben und deswegen die Anmeldung zum Examen vor sich her schieben, obwohl sie schon alle Wahl- und Pflichtscheine, die sie brauchen, haben. Denen muß man aber anders helfen, denen kann man nicht dadurch helfen, daß man sagt, mach weiter so, hab weiter so viel Angst, daß du dich nicht zum Examen meldest, sondern denen muß man Hilfe anbieten, diese Hürde zu nehmen.

(Dr. Ulrich Karpen CDU: Das tun wir ja!)

Aber man kann unmöglich sagen, deren Interessen verfolge ich dadurch, daß ich sage, ihr könnt immer weiter immer mehr Ressourcen als alle eure Kollegen verbrauchen; das kann nicht der richtige Weg sein.

(Beifall bei allen Fraktionen)

C

D

(Zweite Bürgermeisterin Krista Sager)

- A Es geht Ihnen also nicht um fairen Zugang, sondern um Kleinstgruppeninteressen von Exoten und Gescheiterten. Und das ist ungerecht,

(Dr. Ulrich Karpen CDU: Genau!)

das ist ungerecht gegenüber den anderen Studenten, denn die Ressourcen sind auch an einer Universität nicht unbegrenzt. Es ist vor allen Dingen ungerecht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die nicht studieren. Und diese Ungerechtigkeitsfrage wird eine wachsende Rolle spielen in dem Maße, wie lebenslanges Lernen eine Rolle spielen wird, denn wenn lebenslanges Lernen an Bedeutung gewinnt, wird es eine zunehmend wichtige Frage, wie wir Gerechtigkeit herstellen zwischen den Menschen, die im Beruf sind und sich weiterbilden wollen, und den Menschen, die im Studium sind und ihr Studium ordentlich zu Ende führen wollen.

Das Schöne am Studienkontenmodell ist aus meiner Sicht, daß es perspektivisch weiter diskutiert werden kann in Richtung auf ein Bildungskontenmodell, daß es ansetzen kann beim Thema „Bildung ist ein Bürgerinnen- und Bürgerrecht“. Aber wenn wir sagen, Bildung ist ein Bürgerinnen- und Bürgerrecht, und auch sagen, die Menschen, die nicht studiert haben, müssen auch ein Recht auf Bildung haben, dann ist es sinnvoll, auch über Bildungskontenmodelle nachzudenken und darüber, wie man faire Chancen und Gerechtigkeit verteilt und nicht die Interessen exotischer Kleinstgruppen vertritt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Kopcke.

- B **Julia Kopcke** REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr de Lorent, unser Interesse darauf zu beschränken, es sei heute unser Ziel, Frau Sager vorzuführen, trifft nicht zu. Das schafft sie schon allein, dafür braucht sie nicht den REGENBOGEN.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Wolfgang Marx SPD: Wofür brauchen wir den REGENBOGEN denn?)

Im übrigen haben Sie, Herr Marx und Frau Sager, das Thema völlig verfehlt. Es geht gar nicht darum, daß Sie sich auf die Schulter klopfen können und sagen, wir haben es erreicht, das grundständige Studium oder das Erststudium gebührenfrei zu erhalten.

(Anja Hajduk GAL: Das kommt nicht automatisch, Frau Kopcke!)

Ihre Position zur Wahl und auch vorher war gewesen, das Studiengebührenverbot generell aufrechtzuerhalten und nicht nur für das grundständige Studium oder das Erststudium. Insofern haben Sie Ihren Positionswechsel heute offiziell kundgetan. Das hat vielleicht seinen Wert, und wir sind in Zukunft davon verschont, daß Frau Sager in der Presse immer noch verlautbaren kann, sie sei auch für das Verbot von Studiengebühren.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Im übrigen, Herr de Lorent, ist es keine Verdummung, das Verbot von Studiengebühren zu fordern. Abgesehen davon, daß Sie das früher bundesweit gemeinsam mit Ihren eigenen grünen Hochschulgruppen, Ihrer grünen Jugend und ebenso in den Juso-Hochschulgruppen vertreten haben.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Da haben Sie nicht zugehört!)

Dementsprechend, Frau Sager, vertreten wir sicherlich nicht die Interessen von Minderheiten oder Exoten. Vielleicht haben Sie heute den offenen Brief des AStA bekommen, der bekanntermaßen erstens von der grünen Hochschulgruppe besetzt, aber zweitens die studentische Interessenvertretung der Universität ist. Das sind eine ganze Menge Studierender und nicht irgendwelche Exoten. Die fordern eindeutig dazu auf, heute unserem Antrag und dem Krefelder Aufruf zuzustimmen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer möchte ihm seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf: Drucksache 16/4228: Bericht des Wissenschaftsausschusses zum Welt-Wirtschafts-Archiv.

[Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Drucksache 16/3907: Fachliche Neuausrichtung und rechtliche Verselbständigung des HWWA Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)“ (Senatsantrag) – Drucksache 16/4228 –]

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Riecken hat es.

Jan Peter Riecken SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte gestern die große Freude, wie die Senatorin an der Jubiläumsveranstaltung „40 Jahre DESY“ teilnehmen zu können. Es ist schon ein besonderes Juwel, das über Hamburgs Grenzen strahlt, ein Juwel unter vielen Edelsteinen, das in Hamburg in der Wissenschaftsszene glänzt. Wir haben nicht nur die Technische Universität Hamburg-Harburg oder die Universität, sondern einen weiteren Edelstein, der jetzt eine neue Fassung bekommt: das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv. Es hat zwar etwas gedauert, aber:

„Was lange währt, wird endlich gut“,

wie ein altdeutsches Sprichwort sagt, das auf die Geschichte paßt, wie die Umwandlung des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs erfolgen wird. Sofern wir gleich zustimmen werden, wird es zum 1. Juli 2000 so weit sein, daß das HWWA die Rechtsform einer öffentlichen Stiftung bekommt. Es hat zwar etwas gedauert, die gesetzlichen Grundlagen und die Umsetzung zu erarbeiten, aber vielleicht spricht dies für die Sorgfalt, mit der in dieser Frage umgegangen worden ist.

Dank der Frischzellenkur kann aus der zweiundneunzigjährigen Institution ein Jungbrunnen wissenschaftlicher Forschung werden. Diese Weichenstellung für die Zukunft gibt dem HWWA eine klare Perspektive und berücksichtigt die aktuellen Entwicklungen im gesamten Hochschul- und Forschungsbereich. So wird für die nötige Neuorientierung gesorgt.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

Auch in Zukunft wird deshalb das HWWA eine führende Rolle unter den Wirtschaftsinstituten einnehmen. Die Kon-

(Jan Peter Riecken SPD)

- A zentration auf Themenfelder wie internationale Makroökonomie, Weltwirtschaft und nicht zuletzt europäische Integration wird neue Impulse für die Arbeit des HWWA setzen. Die neue Ausrichtung auf den Servicebereich – auf Bibliothek und Dokumentation –, aber auch auf die bestehende eigene wissenschaftliche Forschung, unterstützt durch eine Modernisierung der EDV, wird zu einer erfolgreichen Replazierung des HWWA in der Welt der Wissenschaft sorgen.

Was macht einen zuverlässigen wissenschaftlichen Service aus? Der moderne erfolgreiche Dienstleistungsbereich ist zum Beispiel durch die Bereitstellung aktueller Daten im Internet, die Bereitstellung der Buch- und Zeitschriftenbestände in der Fernleihe sowie die Verlängerung der Öffnungszeiten der Pressedokumentation und der Archive gekennzeichnet. Der aktuelle Internetauftritt des HWWA spricht schon jetzt für sich und dokumentiert eindrucksvoll den eingeschlagenen Weg.

Die Liste der Verbesserungen, die jetzt schon erfolgt sind, ließe sich fortschreiben. Aber die Zeit ist fortgeschritten, und deshalb werde ich das unterlassen. Vielleicht wird Herr de Lorent gleich noch einiges hinzufügen.

Die Umstrukturierung des HWWA ist ein gutes Beispiel für die Innovationskraft Hamburgs, eine stetige Kontrolle des öffentlichen Sektors, Erkennung von Verbesserungsmöglichkeiten, die dann umgesetzt werden. So kommen wir zu einer Überprüfung der staatlichen Leistung mit einem klaren Ziel, das erreicht wurde. Nebenbei wurden die sozialen Aspekte bei der Personalreduzierung berücksichtigt. Für 25 der 43 betroffenen Personen wurde eine einvernehmliche Lösung gefunden. Für die übrigen Beschäftigten werden zur Zeit erfolgversprechende Überlegungen angestellt. Ein Wermutstropfen bleibt. Wie der Pressesprecher mir mitteilte, führte die langandauernde Umstrukturierungsdebatte zu einer sehr gedämpften Stimmung im Haus, und es ist jetzt nötig, daß nach der Umstrukturierung Ruhe einkehrt und die wissenschaftliche Arbeit wieder in den Vordergrund tritt.

- B Die notwendige Modernisierung und die Neuausrichtung des HWWA führen dazu, daß das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv mit rund 74 Prozent des bisherigen Finanzbedarfs durch Bund und Länder auskommt. Der neue Präsident des HWWA, Herr Professor Dr. Thomas Straubhaar, hat bereits wichtige Veränderungen auf den Weg gebracht. Diesem Weg sollten wir weiter folgen.

Insgesamt liegt ein geschlossenes, fundiertes Konzept vor, das die Qualität der Wirtschaftsforschung in Hamburg langfristig gewährleistet und den umfassenden Service zu einem tragenden Bestandteil der Einrichtung macht. Es steht außer Zweifel, daß die neue Stiftung Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv ihren guten Ruf über die Grenzen Deutschlands hinaus weiter verbessern wird. Auch wenn die gesetzlichen Grundlagen und alle damit einhergehenden Fragestellungen von den betreffenden Seiten bereits seit langem diskutiert wurden, befindet sich die wissenschaftliche Forschung in Hamburg auf einem guten Weg, und der Edelstein wird in neuer Fassung hell über Hamburg glänzen. Die SPD-Fraktion wird deshalb natürlich diesem Gesetz zustimmen.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Hans-Peter de Lorent GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat jetzt Frau Buitrón Lübcke.

Sybill Buitrón Lübcke CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin ganz beeindruckt. Herr Riecken, nachdem wir den vorliegenden Gesetzentwurf schon im Ausschuß einstimmig diskutiert und der Bürgerschaft ebenso einstimmig zum Beschluß empfohlen haben, gibt es hier keinen Grund zu streiten.

So wahnsinnig zu loben, wie Sie das getan haben, fällt mir aber zumindest ein bißchen schwer, obwohl Sie recht haben, wenn Sie sagen, daß das Endergebnis – unter den gegebenen Umständen – ein gutes ist. Um aber so zu loben, wie Sie das getan haben, war mir der Zeitraum eigentlich ein bißchen zu lang, in dem die Zukunft des HWWA nicht klar war und damit natürlich für die beschäftigten Mitarbeiter eine schwierige Situation herrschte.

(Beifall bei der CDU)

Die Tatsache, daß der Senat es drei Jahre nicht geschafft hat, die Leitungsstelle der Einrichtung neu zu besetzen, hat natürlich zu dieser Verunsicherung und Demotivation beigetragen. All das hat der Stimmung – Herr Riecken ist mir ein bißchen zu soft darauf eingegangen – unter den Mitarbeitern geschadet und natürlich auch ihre Leistungsfähigkeit beeinträchtigt. Vor diesem Hintergrund ist es unschön, daß im Gesetzentwurf der Begriff „Abwicklungsteil des HWWA“ genannt wird, unter dem sich die Mitarbeiter verbergen, deren Stellen aufgrund der fachlichen Neuausrichtung gestrichen werden. Auch wenn das ein technischer Begriff ist, den man benutzen kann, ist er nicht sehr motivierend und unschön. Ich hoffe, daß das HWWA trotz der schwierigen vergangenen Jahre ruhigeren Zeiten entgegengeht und trotz der verlangten Umstellung, die sicherlich auch nicht so einfach ist, seine Leistungsfähigkeit voll entfalten wird.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dr. de Lorent.

Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da der Edelstein hell über Hamburg strahlt, muß man nicht lange darüber reden. Wesentliches hat dankenswerterweise Kollege Riecken genannt. Zur Länge der Dauer noch eine Erklärung.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Zur Dauer der Länge!)

– Paßt das nicht?

In der Tat dauerte es seit der Begutachtung durch den Wissenschaftsrat 1996 immerhin bis zum Jahre 2000. Aber es ist kein Versäumnis oder keine Nachlässigkeit des Senats. Hamburg hat das nicht allein zu regeln, die Bund/Länder-Kommission ist daran beteiligt. Es geht um Hamburger Gelder und Bundesgelder, es geht um eine fundierte Umstrukturierung. Es geht ferner darum, für die neue Struktur, die Kuratorien und Beiräte qualifizierte Personen zu finden, was gelungen ist. Es ist ein Zeichen von Seriosität und Qualität, daß es einige Zeit gedauert hat. Daß mit dem neuen Präsidenten des HWWA eine offensichtlich so kompetente Persönlichkeit gefunden ist, ist auch eine Stärke. Man kann es dem Senat oder der Wissenschaftsbehörde wahrlich nicht anlasten, daß sie nicht vorher irgend jemanden aus dem Hut gezaubert hat, der diese Funktion übernimmt.

Ich hatte erst gewartet, bis sich die CDU meldet. Herr Kollege Salchow hat eben in die taktische Trickkiste gegriffen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das war doch harmlos!)

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL)

A Ich hatte bei den vielen Immobilienmaklern in der CDU erwartet, daß noch einmal über die Frage der interessanten Immobilie geredet wird, die für das HWWA nach wie vor unentgeltlich zur Verfügung steht. Es könnten möglicherweise Begehrlichkeiten entstehen, insbesondere wenn man vom Kollegen Riecken gehört hat, daß die sehenswerte Dokumentation des HWWA jetzt per E-Mail zu erreichen ist. Da die CDU dieses Thema nicht anpackt, werde ich es auch nicht tun.

Wir haben am 5. November 1998 eine Debatte geführt, in der einige Reden für Politikwissenschaftler gehalten worden sind. Sie können die Argumente dort nachlesen, dann brauchen wir hier nicht weiter zu diskutieren.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort erhält Frau Senatorin Sager.

Zweite Bürgermeisterin Krista Sager: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit der Verselbständigung zum 1. Juli können wir den letzten erfolgreichen Schritt bei der Modernisierung und dem Erhalt des HWWA gehen. Darüber bin ich natürlich sehr froh. Wir können jetzt schon sagen, das HWWA ist wieder da. Es hat sich in der wirtschaftswissenschaftlichen Debatte erkennbar zurückgemeldet. Das liegt nicht zuletzt auch an dem neuen Präsidenten, Herrn Professor Straubhaar, der diesem Institut nicht nur ein neues Gesicht, sondern auch eine gewichtige Stimme gegeben hat, die sich in der öffentlichen Diskussion wieder zu Wort meldet. Vor kurzem war der Rat der Wirtschaftsweisen zu einer Sitzung im HWWA, und während des Hafengeburtstags hat eine große wissenschaftliche Konferenz stattgefunden.

B Ich will aber noch einiges zu den Schwierigkeiten sagen, die es zu überwinden gab, weil das in diesem Hause – zumindest auf seiten der CDU – nicht ganz angekommen und etwas unterschätzt worden ist. Das HWWA war in seiner Existenz nach der relativ negativen Bewertung durch den Wissenschaftsrat unmittelbar bedroht. Es ist ein großer Erfolg, daß das HWWA jetzt wieder auf so guten Beinen steht und auch so schnell modernisiert werden konnte. Aber wir mußten in Verhandlungen mit der Bund/Länder-Kommission überhaupt erst einmal die finanzielle Basis durch einen Wirtschaftsplan für eine völlig neue Struktur sichern, nämlich für eine Serviceeinrichtung mit wissenschaftlicher Kompetenz. Gleichzeitig mußten wir für die Stiftung des öffentlichen Rechts Überleitungsverhandlungen mit den Gewerkschaften führen. Sie können sich sicherlich vorstellen, daß das gar nicht so einfach war. Da werden Beamte, die ihr Leben lang Beamte bei einer Dienststelle der BWF gewesen sind, plötzlich vor die Situation gestellt, daß sie jetzt Angestellte bei einer Stiftung öffentlichen Rechts sein sollen. Hinzu kommt noch die Situation, daß nur ein Teil des Personals in die Stiftung überführt wird. Daß das nicht im Hauruckverfahren geht, können Sie sich vorstellen.

Was die Position des Präsidenten angeht, habe ich eine Situation vorgefunden, daß es eine Einerliste gab, einen erteilten Ruf, und derjenige, der den Ruf erhalten hatte, hat aber die Behörde ziemlich lange hingehalten. Am Ende ist diese Liste geplatzt, und wir mußten von vorne anfangen. Das Verfahren ging dann aber sehr zügig, und wir haben sehr schnell einen neuen Kandidaten gefunden. Jemand, der in der CDU nicht ganz unbekannt ist, Eckhard van Hooven, Mitglied des Beirats, hat mir damals folgenden Tip gegeben: Wir sollten es doch lieber erst gar nicht weiter ver-

suchen, sondern gleich aufgeben und das HWWA mit dem Kieler Institut zusammenlegen und sagen, das bekommen die Hamburger nicht mehr hin. Das wäre natürlich ein gefundenes Fressen für Sie gewesen, wenn wir das gesagt hätten. Aber das ist der Tip von jemandem aus Ihren Reihen gewesen. Insofern bin ich stolz, daß wir das in Hamburg trotz aller Unkenrufe hinbekommen haben.

Mit Herrn Straubhaar und mit der modernen Struktur haben wir eine hervorragende Chance, daß sich dieses HWWA in ein regionales Netzwerk hineinbegeben wird. Das ist der Sinn des Nutzerbeirats. Hier sind nicht nur Unternehmen vertreten, sondern auch andere Institutionen, zum Beispiel die Dokumentationsabteilung des Axel-Springer-Verlags, aber auch die Leiterin der Parlamentsdokumentation der Bürgerschaftskanzlei. Hier ist erkennbar ein deutliches Signal, daß das HWWA sich in die Netzwerke hineinbegeben will, wie sie in dieser Region vorhanden sind. Ich bin froh, wenn Sie unserem Antrag und dem Gesetz zustimmen, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des HWWA endlich wieder zuversichtlich in die Zukunft schauen können.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Ich lasse aus dem Ausschußbericht zunächst über die vom Ausschuß empfohlene Änderung hinsichtlich des Datums des Inkrafttretens abstimmen. Wer stimmt zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit stelle ich fest, daß einstimmig als Inkrafttreten der 1. Juli 2000 in Paragraph 1 festgestellt worden ist.

Wer möchte das Gesetz über die Errichtung der Stiftung Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung ist das einstimmig so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Zweite Bürgermeisterin Krista Sager gibt ihre Zustimmung zu erkennen.)

Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer das in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung ist das einstimmig so beschlossen.

Damit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen. Im übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf: Drucksache 4236: Antrag der CDU zur Hundeverordnung.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Verordnung zum Schutz vor gefährlichen Hunden und über das Halten von Hunden (Hundeverordnung) vom 14. Dezember 1993, geändert am 14. März 2000
– Drucksache 16/4236 –]**

Hierzu ist Ihnen als Drucksache 16/4289 ein Antrag der SPD-Fraktion zugegangen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Hunden
– Drucksache 16/4289 –]**

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

- A Beide Anträge möchte die GAL-Fraktion an den Gesundheitsausschuß überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Fuchs erhält es.

Michael Fuchs CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieses Thema beschäftigt uns schon seit geraumer Zeit; nunmehr, so hat es den Anschein, mit positivem Ausgang.

Manchmal ist es gut, wenn man sich an die Vergangenheit erinnert. Als ich klein war, hatte ich Gelegenheit, mehrere Jahre an der Hoheluftchaussee zu wohnen. Wohin sie gespuckt haben, haben Sie eine Kneipe getroffen. Da wurde natürlich immer kräftig Skat gedroschen, am Tisch wurden Kontra und Re gebrüllt und auch über Stalingrad und Sepp Herberger diskutiert. Unterm Tisch lag Harras, reiner deutscher Schäferhund, der immer nur darauf gewartet hat, daß wir Kinder ihn abgeholt haben. Die Weisung des Halters war dann immer: Aber geht nicht mit ihm auf den Victoria-Sportplatz, der Hund mag den Platzwart nicht. Wir sind natürlich trotzdem immer mit ihm auf den Sportplatz gegangen. Leider war der Platzwart nie da. Für kleine Kinder gab es natürlich keine solchen Beschränkungen. Dies ist lange vorbei.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Wo ist der Platzwart jetzt?)

– Den gibt es nicht mehr, Herr Schmidt. Er ist nicht an einer Hundeattacke gestorben.

Die im März dieses Jahres vorgenommene Änderung der Hundeverordnung ist nicht weitreichend genug, um der Gefährlichkeit bestimmter Hunde gerecht zu werden. Nicht nur die Zahl der gefährlichen Attacken von Hund auf Mensch oder von Hund auf Hund hat erheblich zugenommen, sondern auch die Formen der Übergriffe sind erschreckend und teilweise sogar schockierend. Nun wird niemand ernsthaft annehmen, daß es gelingen könnte, Zwischenfälle unter Mensch und Hund auszuschließen. Gleichwohl stellt die CDU fest, daß es an der Zeit ist, Menschen mit einer falschen und unsinnigen Vorstellung vom Hund streng entgegenzutreten und jenen, die das vielleicht noch unterstützen beziehungsweise Geld daran verdienen, strikt das Handwerk zu legen.

(Beifall bei der CDU)

Wir alle wissen sehr genau, daß es nicht irgendwann begann, gefährliche Kampfhunde zu regnen, sondern diese Entwicklung hat Jahre oder sogar Jahrzehnte gedauert. Wir haben uns schon sehr daran gewöhnt, daß wir beispielsweise über genmanipuliertes Gemüse diskutieren. Über manipulierte Hunde wird erst seit einiger Zeit diskutiert. Oder anders gesagt: Wenn wir hier nicht Einhalt gebieten, dann wird es irgendwann einmal so sein – gestatten Sie mir diesen Vergleich zur Autoindustrie –, daß zum Beispiel die Hundekampfarena für den Züchter so wichtig ist wie Formel 1 für den Autobauer. Dieses können und wollen wir nicht hinnehmen.

Kein Zweifel, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Mensch bestimmt, sie sollen immer schärfer und immer aggressiver sein, immer mehr Beißkraft und mehr Angriffslust besitzen. Der Hund als Hund spielt sehr häufig gar keine Rolle mehr. Vor dem Hintergrund ständig neuer Wünsche, die an unseriöse Züchter herangetragen werden, macht man aus einigen Hunden beißfreudige Kampfmaschinen. Unter dem Aspekt der Tierliebe sind das bedauernde Kreaturen. Auch dies ist für uns nicht länger hinnehmbar.

(Beifall bei der CDU)

C

Viele von Ihnen aus der SPD-, der GAL-Fraktion und der REGENBOGEN-Gruppe haben sich die Mühe gemacht und sind zu Herrn Poggendorf ins Tierheim gegangen. Dort finden Sie 90 Hunde einer Rasse vor, die in teilweise schizophrener und nicht mehr nachvollziehbarer Art und Weise durch die Zwinger taumeln. Man mag das im Moment belächeln, aber wenn nur ein Funken Tierliebe in uns ist – ich gehe davon aus, daß diejenigen in der Mehrheit sind –, muß man das bedauern und sagen, wie weit ist das hier schon gekommen. Es gibt ganz sicher sehr viele Hundehalter, die sehr gut mit ihrem Hund umgehen können, auch mit den von uns gemeinten Rassen. Diese Menschen möchten wir auf unsere Seite holen und sagen, die Erlaubnis ist wichtig. Wer mit seinem Hund noch nie auffällig geworden ist, noch nichts Negatives mit ihm erlebt und ihn immer im Griff gehabt hat, dem kann man den Wunsch nach einem Hund seiner Rasse nicht ernsthaft versagen.

Der Ihnen vorliegende Antrag der CDU zum Schutz vor gefährlichen Hunden hat viele Elemente des bayerischen Verordnungsgesetzes übernommen. Das liegt nicht daran, daß wir in der CDU alles toll finden, was aus Bayern kommt.

(Uwe Grund SPD: Das kommt ins Protokoll!)

Das liegt vielmehr daran, daß Bayern bereits 1992 den Schritt gewagt und etwas unternommen hat. Heute kann es bereits von sich sagen, daß die hier in Rede stehenden Probleme, die wir hier diskutieren, dort so nicht mehr auftauchen. Dies hat in Bayern ohne irgendwelche Brachialgewalt funktioniert. Man mußte dort zum Beispiel keine Hunde einschläfern oder eine Zucht verbieten.

Der wesentlichste Akzent liegt bereits darin, daß für bestimmte Hunderassen eine Erlaubnis zum Kauf beziehungsweise Besitz notwendig ist. Denjenigen, die schon jetzt meinen, das sei im Grunde genommen undurchführbar, sei als Beispiel die Einführung – jetzt lachen Sie nicht – des Angelscheins genannt. Früher konnten Sie in Hamburg überall angeln. Dann sagte jemand, das ginge aus Naturschutzgründen nicht weiter. Dann hat man sich einen Angelschein geholt. Heute kann man erst angeln, wenn man sich durch eine entsprechende Prüfung den Bundesfischereischein erworben hat.

D

Der vorliegende Antrag orientiert sich an der aktuellen Situation, die alles andere als erfreulich ist. 1999 gab es 596 Übergriffe, das sind 100 Übergriffe mehr als bereits 1998. Wer sich die Mühe macht und sich die Art der Attacken und die Form dieser Übergriffe anschaut, der wird nicht umhinkönnen und Handlungsbedarf signalisieren müssen.

Eine Bemerkung zur sogenannten Hundeausbildung, die ganz sicher ihren Sinn beim Katastrophenschutz und bei der Polizei macht. Allerdings geht mir das Platz- und Sitz-Geschreie vieler Herrchen und Frauchen ganz schön auf die Nerven. Auch hier gehört ein bißchen Information dazu, um den Hundebesitzern klar zu sagen, daß das auch nicht das Miteinander von Hund und Mensch ist, wie wir uns das vorstellen.

Die Sozialdemokraten haben ebenfalls einen Antrag zu diesem Thema eingebracht. Wir freuen uns darüber, daß er fast deckungsgleich mit unserem Antrag ist. Gleichwohl gestatten Sie mir zu sagen, daß die Frist Oktober dieses Jahres ein wenig spät ist. Aber dennoch, zu spät ist nie zu spät. Wenn es etwas bringt und wir den Erfolg gemeinsam erzielen wollen, freuen wir uns sehr darüber. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

A **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Frau Walther.

Carmen Walther SPD: Ich muß deutlich klarstellen, daß die SPD-Fraktion dieses Thema aufgegriffen

(Zurufe von der CDU: Ja, ja!)

und die Hundeverordnung geändert hat. Wir haben gesagt, wir warten, was bei der Innenministerkonferenz im Mai herauskommt. Jetzt stellen Sie schon einen Antrag. Daraufhin haben wir natürlich einen Zusatzantrag gestellt. Ich will Ihnen auch erklären, warum. Wie Sie wissen, werden wir ihn nicht ablehnen, wir werden beide Anträge an den Ausschuß überweisen. Aber dazu muß ich noch ein paar Worte sagen. Es ist schön, was Sie von Bayern sagen und daß wir angeblich die gleichen Sachen fordern. Aber das ist nicht so. In unserem Antrag steht faktisch das, was auf der Innenministerkonferenz gefordert wurde. Da paßt noch sehr viel mehr hinein, als in Ihrem Antrag steht.

(Carsten Lüdemann CDU: Das ist alles auf Ihrem Mist gewachsen oder auf unserem?)

– Hören Sie doch erst einmal zu, Herr Lüdemann.

In Ihrem Antrag stehen nur Teile. Wenn wir das jetzt beschließen, können wir in drei Wochen vielleicht schon wieder die Hundeverordnung ändern. Das kann auch nicht der Sinn sein.

Ich gehe auf ein paar Punkte ein. Zu den Rassen gab es am Freitag bereits einen Bundesratsbeschluß mit der Empfehlung, drei dieser Hundesorten zu verbieten. Das ist Ihnen vielleicht auch schon bekannt.

(Andrea Franken GAL: Ich kann das nicht hören!)

B Das ist einmal der Pitbull, der Staffordshire Terrier und der Bullterrier. Diese drei Hundesorten sollen nach Bundesratsbeschluß, an dem Hamburg maßgeblich mitgewirkt hat, in die Hundezuchtverordnung mit aufgenommen werden. Sie haben allerdings einen Bandog im Antrag stehen. Den müßten Sie in der Ausschußbesprechung streichen, weil dieser Hund weder in Hamburg noch in der gesamten Bundesrepublik in irgendeiner Liste von Beißvorfällen vorkommt.

(Michael Fuchs CDU: Sie können das streichen!)

Darüber müßte man diskutieren, denn bei den 596 Fällen, von denen Sie reden, steht der Pitbull an dritter und die anderen an fünfter Stelle. Aber es gibt in der bundesweiten Statistik eine Vielzahl anderer Hunde mit Hunderten von Beißvorfällen.

Damit nicht immer so getan wird, als seien die Hunde, die angeblich unter Kampfhunde fallen, beißwütig, weise ich darauf hin, daß der Mastino zum Beispiel in der bundesweiten Statistik an dreißigster Stelle steht. Davor gibt es nur den Pitbull, den Bullterrier und den dritten Hund, den wir eben genannt haben. Ansonsten sind dazwischen die Riesenschnauzer, die Pudel, die Cockerspaniel, die Neufundländer, die Dobermänner, die alle viel mehr beißen.

(Unruhe im Hause)

Ich habe auch schon Schäferhundbisse gesehen, Frau Blumenthal, und das sind über 2000, aber bei Schäferhunden geht keiner ran.

(Rolf Harlinghausen CDU: Yorkshire-Terrier!)

Fangen wir doch damit an.

Ich hätte gerne noch einen weiteren Punkt Ihres Antrages angesprochen. Wir haben ja gefährliche Hunde in der Hun-

deverordnung stehen. Wir haben doch einen Grund gehabt, weshalb wir das so gemacht haben. Wenn wir eine bundesweite Zuchtverordnung bekommen, ist das etwas anderes. Aber wenn wir jetzt so etwas für Hamburg einführen, dann gibt es in Schleswig-Holstein und in Baden-Württemberg die Hunde vielleicht noch. Wir brauchen auch ein Importverbot, ein Exportverbot und ein Handelsverbot. Das gehört dann alles dazu, und zwar für die Bundesrepublik und für Europa. Das kann nicht nur hier in Hamburg stattfinden.

(Rolf Kruse CDU: Das ist ein europäisches Problem!)

Sie fordern eine besondere Haftpflichtversicherung.

(Rolf Kruse CDU: Mit Typenklassen!)

Auch da hatten wir schon eine generelle Haftpflichtversicherung für alle Hunde gefordert. Wenn wir jetzt anfangen, für drei, vier Hunde eine Haftpflichtversicherung zu fordern, dann beißen übermorgen vielleicht andere Hunde, und dann müssen wir wieder anfangen mit irgendwelchen Haftpflichtversicherungen. Die generelle Haftpflichtversicherung müßte die Forderung sein. Aber wenn wir darüber reden können, ist das ja gut.

(Barbara Ahrons CDU: Jeder Hundebesitzer hat eine Haftpflichtversicherung!)

– Nein, das ist leider nicht so. Davon kenne ich auch viele. Das Geld wollen sie dann sparen, und hinterher merken sie erst, daß das ein großer Fehler war. Deswegen müssen wir leider eine Pflichtversicherung einführen.

Dann fordern Sie in Ihrem Antrag, daß wir wissen müssen, welche Hunde in Hamburg sind. Das finde ich auch. Das ist auch wichtig. Dafür brauchen wir aber endlich eine Hunderegistrierung. Wir müssen die Hunde in Hamburg registrieren, um zu wissen, welche wir haben.

(Antje Blumenthal CDU: Über die Steuer werden alle Hunde registriert!)

– Ja, aber keinerlei Rassen. Im Hundeanmeldeantrag, Frau Blumenthal, gibt es keine Rassennennung, das heißt, wir müssen eine Erhebung machen, wenn wir das feststellen wollen. Das wird zum Beispiel in Schleswig-Holstein auch schon durchgeführt.

Damit sind wir bei der Hundesteuer. In Ihrem Antrag steht, daß Hunde ein Halsband mit Namen und Anschrift des Halters tragen sollen. Wir haben doch eine Steuermarke. Das ist ein amtliches Dokument, und über die Nummer ist der Halter herauszubekommen. Sonst kann ja jeder auf dem Halsband schreiben, was er will.

Lassen Sie uns doch bei der Steuermarke bleiben, wenn er denn eine hat und nicht einer von den 36 000 unangemeldeten Hunden ist, die wir vielleicht auch noch mit einer Registrierung zu fassen bekommen.

(Dr. Holger Christier SPD: Schwarzköter!)

Außerhalb eines eingefriedeten Grundstücks gilt für Kampfhunde ein Maulkorbzwang. Entweder machen wir den Leinen- und Maulkorbzwang, oder wir müssen das so wie in anderen Bundesländern machen.

(Michael Fuchs CDU: Bis jetzt haben Sie noch gar nichts gemacht!)

– Nicht präventiv, sondern nach Vorfällen. Das ist jetzt auch geändert worden. Also „gar nichts gemacht“ ist nicht richtig. Dann lassen Sie es uns gleich richtig machen. Darüber

(Carmen Walther SPD)

A müssen wir dann auch diskutieren. In anderen Bundesländern machen sie das noch anders.

(Carsten Lüdemann CDU: Machen Sie mal konkrete Vorschläge!)

– In anderen Bundesländern geht es nicht nach Rassen, sondern nach Gewicht und Größe eines Hundes, und dann haben wir vielleicht auch die anderen Hunde mit dabei. Das Ganze müssen wir natürlich noch tierschutzrechtlich besprechen, aber das kann man nur im Ausschuß, und deshalb können wir den Antrag leider auch nicht annehmen.

Wir werden den Antrag an den Ausschuß überweisen. Dort wird das noch einmal besprochen, und ich hoffe, es wird ernsthaft besprochen, denn ich habe immer noch das Gefühl, daß es genügend Leute hier im Parlament gibt, die das Thema trotz der vielen Vorfälle immer noch nicht ernst nehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU und bei Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat jetzt Frau Steffen.

Sabine Steffen GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema haben wir schon zweimal in der Bürgerschaft debattiert. Wir haben uns dem auch schon sehr ernsthaft gewidmet, und ich möchte im Vorwege sagen, daß das auch ein sehr ernsthaftes Thema ist. Auf den Antrag der SPD braucht man nicht so sehr einzugehen, weil er, wie Frau Walther es schon gesagt hat, im wesentlichen den Beschluß der Innenministerkonferenz darstellt. Insofern ist damit eigentlich alles gesagt, was dazu zu sagen ist. Auf den Antrag von Ihnen, Herr Fuchs, möchte ich noch eingehen. Ich halte ihn im übrigen für einen der fundiertesten Anträge, die ich bisher von der CDU vorgelegt bekommen habe. Deshalb möchte ich mich auch ernsthaft mit ihm auseinandersetzen.

Erlauben Sie mir aber trotzdem eine kleine humoristische Einlage. Meine Abgeordnetenkollegen haben in ihrer hunde-politischen Sprecherfunktion – wir machen das bei uns immer wechselseitig – folgenden Text verfaßt, den ich zu diesem Thema vortragen möchte, weil nicht zu verhehlen ist, daß die Debatte um die Frage von Kampfhunden zum Teil sehr populistisch angegangen wird. Erlauben Sie mir diesen kurzen, humoristischen Einwurf.

„Die Innenministerkonferenz und mit ihr CDU und SPD in der Bürgerschaft zeigen in dieser Frage zu wenig Mut. Hier ist innovative Härte gefragt. Wir fordern daher den Senat auf, die folgenden zwei Maßnahmen zu prüfen:

Böse Hunde und ihre Halter sind eindeutig die richtigen Kandidaten für einen Testlauf der elektronischen Fußfessel. Wir sind uns sicher, daß die Justizbehörde über das entsprechende Know-how zur Prüfung und Umsetzung dieses Vorschlages verfügt. Und gute Hunde sollen in Zukunft von weitem zu erkennen sein. Ein aufnehmbares Label ‚Ich bin ein sicherer Hund‘ in leuchtenden Farben, analog zur Kennzeichnung sicherer Diskotheken oder von Genfood, kann für jeden von weitem auf einen Blick erkennbar machen, daß der entsprechende Hund unbesorgt gestreichelt, beleidigt oder einfach ignoriert werden kann. Hier kann der neu zu schaffende Hundbeauftragte der Stadt in Zusammenarbeit mit dem Kinderschutzbund auf die guten Erfahrungen mit freiwilligen Selbstverpflichtungen in der Industrie, zum Beispiel beim Klimaschutz, zurückgreifen. Wer sich nicht wehrt, der

lebt verkehrt. Gefährliche Hunde, uneinsichtige Halter und verängstigte Hamburgerinnen und Hamburger verlangen klare und innovative Maßnahmen, elektronische Fußfesseln für den Bösen und freiwillige Kennzeichnung der Guten weisen den Weg.“

Soweit zur Mitteilung, die meine Kolleginnen und Kollegen verfaßt haben.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Frau Abgeordnete, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Lüdemann zu? – (Zustimmung)

Zwischenfrage von Carsten Lüdemann CDU: Finden Sie es eigentlich angemessen, in Anbetracht der zahlreichen sehr schwerwiegenden Verletzungen durch Hunde dieses Thema dermaßen zu veralbern und ins Lächerliche zu ziehen?

(Beifall bei der CDU)

Sabine Steffen (fortfahrend): Wenn Sie es lächerlich finden, dann liegt das in Ihrem Ermessen. Ich habe einleitend gesagt, daß es ein humoristischer Blickwinkel auf die Debatte ist, die wir bisher schon zweimal geführt haben.

(Carsten Lüdemann CDU: Das sagen Sie mal den Eltern der verletzten Kinder!)

Ich habe vorher auch gesagt, daß ich dieses Thema sehr ernsthaft sehe und auch in dem Antrag von Herrn Fuchs viele Punkte sehe, die wirklich überlegenswert sind. Deshalb haben wir uns auch dafür ausgesprochen, dieses eindeutig im Ausschuß zu diskutieren. Das ist also keine Verunglimpfung oder Verletzung von Opfern. Daß das ein ernsthaftes Thema ist, sehen wir auch so.

Ich komme noch einmal kurz auf einen Artikel. Wenn Sie das vielleicht verfolgt haben, so haben wir gerade in der letzten Zeit in sämtlichen Talkshows das Thema Hunde sehr ausführlich debattiert. Es ist ein sehr emotionales Thema. Es ist aber ein Thema, bei dem auch Verhaltens- und Tierforscher sagen – und das finde ich so sympathisch bei dem Antrag, den Herr Fuchs gestellt hat –, daß es nämlich nicht darauf abzielt – und wir haben das bisher immer wieder gesagt –, daß das Problem der Hund ist, sondern daß wir das Problem mit dem Halter haben, mit den Menschen.

(Dr. Ulrich Karpen CDU: Der Mensch ist das Problem!)

Genau das ist auch die Schwierigkeit. Ich finde, das ist in Ihrem Antrag sehr pointiert zum Ausdruck gekommen. Es sind darin viele gute Vorschläge, bei denen man sagen kann, daß man darüber nachdenken muß. Im übrigen hat das die Innenministerkonferenz auch empfohlen.

Man kann sich über Nuancen – und das ist jetzt der Ansatz, den ich verfolge – unterhalten, und deshalb wollen wir das auch im Ausschuß diskutieren. Es wäre da zum Beispiel die Frage, die auch Frau Walther aufgeworfen hat. Sie hat dazu schon die Bundesratsempfehlung genannt. Dazu würde ich sagen, auch über die Bundesratsempfehlung müßte man nachdenken, wenn man das hier in Hamburg umsetzen will. Ist zum Beispiel das Beschreiben von Rassen wirklich der richtige Weg, wenn es um Verbote geht?

Die Überprüfung von Zuchtbedingungen finde ich eindeutig richtig. Auch das haben Sie in Ihrem Antrag genannt,

C

D

(Sabine Steffen GAL)

A denn dort liegt das eigentliche Übel des Problems sowie bei Züchtungen, die zum Geldverdienen gemacht werden. Das sehen wir genauso. Aber wenn ich noch einmal darauf hinweisen darf, was die Rassennennungen angeht. Da müssen wir aufpassen – das ist ein wichtiger Punkt –, daß wir nicht zu Problemverschiebungen kommen. Frankreich hat seit vielen Jahren Rassen genannt, die in der Züchtung verboten worden sind und auch in der Haltung erschwert beziehungsweise verboten worden sind. Ergebnis ist, daß dort jetzt der Riesenschnauzer das Tier ist, das als scharfer Hund gehalten wird. Wenn wir damit diese Problemverschiebung verursachen, dann haben wir nichts gewonnen.

Die Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Hundeverordnung ergriffen werden müssen, müssen sich hauptsächlich auf die Haltungs- und Züchtungsbedingungen und auf die Verhaltensmaßnahmen bei den Haltern, bei den Menschen richten. Das ist in Ihrem Antrag auch sehr präzise herausgekommen. Deshalb freuen wir uns auch – und da kann ich noch einmal auf Sie eingehen – auf eine fundierte und sachgerechte Diskussion im Ausschuß. Man darf aber auch nicht vergessen, daß wir häufig – auch in den Medien – dazu neigen, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Dieses Thema wird hochgepuscht. Das ist dieser Sache nicht angemessen und ist auch dem Tierschutz, den Tieren und auch den Opfern nicht angemessen. Daß es sinnvoll ist, eine Haftpflichtversicherung zu machen, ist, glaube ich, bei uns kein Thema.

Lassen wir also die Kirche im Dorf, und lassen wir den Hund in der Hütte.

(Beifall bei der GAL und bei Michael Fuchs CDU)

B **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer will beide Anträge an den Gesundheitsausschuß überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig erfolgt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 22 auf: Drucksache 16/4239: Antrag der GAL: Behinderte Kinder, psychisch kranke und alte Menschen als Opfer des Nationalsozialismus.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Behinderte Kinder, psychisch kranke und alte
Menschen als Opfer des Nationalsozialismus
– Drucksache 16/4239 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Dr. Freudenberg.

Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß es uns gemeinsam gelingt, uns jetzt auf ein anderes Thema umzustellen.

Nach heutigem Kenntnisstand wurden aus Hamburg im Rahmen der Euthanasiemaßnahmen 5489 Menschen in Tötungsanstalten deportiert. Für über 90 Prozent dieser aufgrund ihrer psychischen Erkrankung oder Behinderung als von den Nationalsozialisten als lebensunwert erachteten Menschen bedeutete dies den Tod. Die meisten von ihnen, nämlich über 4000 Menschen, wurden aus Langenhorn, der Drehscheibe der Euthanasie, abtransportiert. Darüber hinaus gab es in den Jahren 1941 und 1943 direkte Transporte in Tötungsanstalten von insgesamt circa 1000 Menschen aus den Alsterdorfer Anstalten und den ehemaligen Wohlfahrtsanstalten, den heutigen Einrichtungen von pflegen & wohnen.

C Die über 5000 Hamburger und Hamburgerinnen, die von den Nazis als lebensunwert angesehen und zur Euthanasie selektiert wurden, wurden nicht hier in Hamburg ermordet, sondern dazu in spezielle Tötungsanstalten deportiert. Die Ausnahme bilden 62 Kinder, die hier in Hamburg in Kinderfachabteilungen, und zwar in Langenhorn, dem heutigen Klinikum Nord Ochsenzoll, und in Rothenburgsort, wo heute das Hygiene-Institut untergebracht ist, ermordet wurden.

In Hamburg wird seit Beginn der achtziger Jahre intensiv wissenschaftlich gearbeitet zum Thema Euthanasie. Es gibt eine Vielzahl gründlicher Arbeiten darüber, Darstellungen mit ordentlichen und reichlichen Quellenangaben. Auch wenn manche Detailfragen noch erforscht werden müssen, sind die Grundzüge des hamburgischen Euthanasiegeschehens bekannt und sie sind wissenschaftlich auch nicht umstritten. Wesentliche Grundzüge sind folgende:

Erstens: Schon vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurden in Hamburg im Bereich der Psychiatrie Strukturen geschaffen, die die radikale Selektion der psychisch Kranken in Behandlungsfälle einerseits und in Pflegebeziehungsweise Bewahrungsfälle andererseits bedeuteten. Die als unheilbar krank eingestufteten Bewahrungsfälle wurden möglichst kostengünstig in Langenhorn und den Wohlfahrtsanstalten untergebracht. Seit 1931 erfolgte dazu noch die besonders kostengünstige Abschiebung der schwierigsten Patienten nach außerhalb.

Zweitens: Hamburg verschärfte und überbot die von der Reichsregierung für die Euthanasieaktionen vorgegebenen Selektionskriterien, indem man für die T-4-Aktionen, wie das damals hieß, nicht den reichsübergreifenden allgemeinen Meldebogen verwandte, sondern in Hamburg wurde zusätzlich als Selektionskriterium die Fähigkeit zu produktiver Arbeit eingeführt. Die Arbeitsfähigkeit blieb auch nach dem offiziellen Stopp der Euthanasieaktion, also in den Jahren der sogenannten wilden Euthanasie, der viel mehr Menschen zum Opfer fielen, in Hamburg das wichtigste Selektionskriterium.

Drittens: In Hamburg wurden in besonderem Maße alte und sieche Menschen von den Ausgrenzungsprozessen erfaßt. Viele alte Menschen wurden in Anstalten und Heime im Hamburger Umland und auch weiter weg verlegt, wo völlig unzureichende Pflege- und Ernährungsbedingungen herrschten, die eine sehr hohe Sterblichkeit bedingten. Die Umstände und der Umfang dieser Abschiebungen in den Tod, bei denen katastrophenpolitische und sozialpolitische Vorgehensweisen zusammentrafen, sind noch nicht ausreichend erforscht.

Viertens: Keiner der Hamburger Verantwortlichen wurde verurteilt. Sämtliche Verfahren im Zusammenhang mit den Euthanasiemorden wurden eingestellt. Einige der Hauptverantwortlichen blieben in Amt und Würden, zum Beispiel Georg Steigerthal, der Leiter der Wohlfahrtsanstalten – das blieb er auch nach dem Krieg –, und Dr. Kurt Struve, der bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1968 Senatsdirektor war.

All diese forschenden Arbeiten machen aber nur Sinn, wenn sie auch zur Kenntnis genommen werden! Es ist unsere Aufgabe, uns selbst mit diesen grauenhaften Verbrechen auseinanderzusetzen und mit den Bedingungen, die damals zum Verlust der ethischen Normen und zu dieser entsetzlichen, organisierten Brutalität geführt haben, und als Politiker müssen wir diese Auseinandersetzung auch fördern. Ortwin Runde hat dies 1993 im Vorwort zu dem

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL)

- A sehr gründlichen, von Klaus Böhme und Uwe Lohalm herausgegebenen Buch „Wege in den Tod – Hamburgs Anstalt Langenhorn und die Euthanasie in der Zeit des Nationalsozialismus“ folgendermaßen ausgedrückt:

„Alle diese Publikationen haben das gemeinsame Ziel, Geschichte aufzuarbeiten, zu erinnern, wachzurütteln, betroffen zu machen und ein erneutes Aufkeimen rechtsradikaler Tendenzen zu verhindern. Wir dürfen keine Leugnungen der Geschichte zulassen.“

Ein Beispiel für die Leugnung des Euthanasiegeschehens in Hamburg ist erst drei Jahre alt. Es ist die Jubiläumsschrift von pflegen & wohnen aus dem Jahr 1997, die also vier Jahre nach dem erwähnten Buch über Langenhorn und zehn Jahre nach Michael Wunders kritischem Buch über die Alsterdorfer Anstalten mit dem Titel „Auf dieser schiefen Ebene gibt es kein Halten mehr“ erschienen ist. In dieser Festschrift von pflegen & wohnen wird unter anderem die Deportation alter pflegebedürftiger Heimbewohner abgestritten. Doch diese ist gut belegt, neben dem Langenhorn-Buch vor allem durch die Arbeiten von Manfred Asendorf und Dietrich Kuhlbrodt, der die Anzahl alter pflegebedürftiger Menschen, die aus den Heimen der Sozialverwaltung in den Tod geschickt wurden, auf mindestens 1500 schätzt.

Mit der Bombardierung Hamburgs Ende Juli 1943 spitzte sich die Lage behinderter und geisteskranker Menschen und anderer sogenannter Ballastexistenzen dramatisch zu. Krankenhäuser, Heime und intakte Wohnungen sollten für arbeitsfähige, also „wertvollere“ Menschen genutzt werden, und so wurden Anfang August 1943 Hunderte, meist alte und pflegebedürftige Menschen aus Hamburg deportiert. Die meisten von ihnen wurden über Langenhorn, also der Drehscheibe zur Euthanasie, direkt in Tötungsanstalten nach Hadamar, nach Wien und Meseritz-Obrawalde gebracht oder, bis dort durch Ermordung der Insassen Platz geschaffen war, zunächst in Zwischenanstalten verlegt.

- B Auf den Langenhorn-Verlegungsbögen tauchte in der Zeit als neue Diagnose „Verwirrtheitszustand bei Bombenschaden“ auf.

Erfaßt wurden also nicht mehr nur chronisch psychisch kranke Menschen, die schon bei der T-4-Aktion als lebensunwert und zur Euthanasie bestimmt angesehen waren und auch seit 1941 systematisch ermordet wurden. Erfaßt und in den Tod geschickt wurden nun auch alte, ausgebombte Menschen, die verwirrt und hilflos umherirrten und von überforderten Ärzten und Rettungsstellen nach Langenhorn eingewiesen wurden. Von der Behörde selbst wurden alte Menschen auch nicht mehr als wohnungssuchend registriert, denn der wertvolle Wohnraum sollte für wertvollere, sprich arbeitsfähige Menschen genutzt werden.

Die Fürsorgerinnen spürten sogar alte und gebrechliche Menschen in ihren Wohnungen auf, um sie weg- und damit Platz zu schaffen. Eine Fürsorgerin berichtete folgendes – ich zitiere nach Manfred Asendorf –:

„Bei den Prüfungen des Wohnpflegeamtes wurden aber in noch erhaltenen Wohnungen häufig alte Leute angetroffen, deren Aufenthalt in Hamburg nicht unbedingt nötig wäre, die sich aber niemals freiwillig von hier trennen würden. Es wird Transport in den Osten befürchtet, wovon man sich die schrecklichsten Vorstellungen macht.“

Offensichtlich hatte sich also unter den alten Menschen einiges herumgesprochen, was ihnen drohte.

Wie viele Menschen in dieser Zeit nach der Bombardierung wegen des Wohnungsmangels in irgendwelche Heime abgeschoben wurden und dort mangelversorgt ums Leben kamen, ist unbekannt.

C

Bezüglich der Aktenlage ist meinem Kenntnisstand nach folgendes zu tun: In der Sozial- und Gesundheitsbehörde und auch in der Justizbehörde lagern Akten zu den Euthanasievorgängen, die zwar bekannt und zum Teil bearbeitet, aber noch nicht gesichert sind und die endlich im Staatsarchiv sauber erschlossen werden müssen. Dies muß sehr sorgfältig geschehen, damit sich nicht Vorgänge von sehr ärgerlicher Aktenvernichtung wiederholen. Es ist mir unbegreiflich, daß Ende der achtziger Jahre die Personalakte von Franz Freese kassiert und vernichtet wurde, der Verwaltungsleiter von Langenhorn war und damit einer der Hauptverantwortlichen für diese Ermordungen, die er als überzeugter Nazi auch aktiv förderte.

Alle Akten aus Hamburger Alten- und ehemaligen Siechenheimen und den ehemaligen Wohlfahrtsanstalten, die Verlegungen betreffen, müssen gesichert und verzeichnet werden. Noch dringlicher scheint mir die Erfassung der Akten ehemaliger Hamburger aus den Heimen und Anstalten im Hamburger Umland. Das Schicksal der überwiegend alten Menschen, die im Zusammenhang mit der Bombardierung Hamburgs in die Umlandheime abgeschoben wurden und dort oder nach weiteren Verlegungen zu Tode kamen, ist nämlich noch weitgehend unklar. Unklar ist auch der Umfang dieser Aktionen. Dies wurde bisher nicht systematisch erforscht. Bisher wurde nicht systematisch im Hamburger Umland nach Akten in den Heimen gesucht, und wir können nur hoffen, daß diese Bestände noch vorhanden sind und pfleglich behandelt wurden.

Während die über Langenhorn erfolgten Deportationen gut aufgearbeitet sind, bestehen noch Wissenslücken über die beiden Direkttransporte 1941 und 1943 aus den Wohlfahrtsanstalten. Vor allem hierzu müßte in den Archiven der bekannten Tötungsanstalten nachgeforscht werden, also auch im polnischen Staatsarchiv, wo die Akten der in Meseritz-Obrawalde ermordeten Menschen lagern.

D

Genauer zu erforschen sind einige Aspekte der Hamburger Aktivitäten bei den Meldebogenaktionen. Hierzu können die neu aufgetauchten 70 000 Akten der T-4-Aktion Aufschluß geben, die jetzt im Bundesarchiv sind.

Zum besseren Verständnis der Aussonderungsprozesse müssen auch die umfangreichen Aktenbestände der Justizbehörde zu Pflegschaften, Vormundschaften, Entmündigungen und Zwangseinweisungen erschlossen werden.

Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Akten der Opfer des Nationalsozialismus gesucht und sorgfältig archiviert werden. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen für die weitere wissenschaftliche Aufarbeitung dieses entsetzlichen Geschehens in all seinen Dimensionen. Wir müssen auch eine allgemein zugängliche Dokumentation aufbauen, die es den Angehörigen der Opfer ermöglicht, ihr Schicksal zu erfahren. Eine sorgfältige Dokumentation und die Erstellung von Spezialrepertorien ist notwendig, um ein Vergessen und Verleugnen der Geschichte zu erschweren. Daß dies nicht geschieht, sind wir den Opfern schuldig.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Professor Kopitzsch.

A **Dr. Franklin Kopitzsch** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion kann sich dem Ersuchen und auch der von Frau Dr. Freudenberg gegebenen Begründung nur anschließen. Dieses ist ein Kapitel der hamburgischen, der deutschen Geschichte, das einen immer wieder daran erinnert, warum der Artikel 1 des Grundgesetzes von der Unantastbarkeit der Würde des Menschen und der Aufgabe des Staates in diesem Zusammenhang aufgenommen wurde. Richtig und wichtig ist auch die nach wie vor noch nicht befriedigend beantwortete Frage nach den Kontinuitäten im Bereich von Wohlfahrtswesen, Sozialfürsorge und Medizin, von Weimar angefangen über die NS-Zeit bis in die Bundesrepublik. Das weiter aufzuarbeiten ist, glaube ich, eine dringliche Verpflichtung der Zeitgeschichte.

Frau Dr. Freudenberg hat erwähnt, daß es über die Alsterdorfer Anstalten 1987 ein ganz wichtiges Buch gegeben hat: „Auf dieser schiefen Ebene gibt es kein Halten mehr“ von Michael Wunder, Ingrid Genkel und Harald Jenner, 1993 das von Klaus Böhme und Uwe Lohalm herausgegebene und von Peter von Rönn erarbeitete Buch: „Wege in den Tod“, eine Dokumentation über Langenhorn. Das sind auch bundesweit wichtige Studien gewesen in einem lange tabuisierten oder vernachlässigten Bereich.

Ich möchte auch daran erinnern – es fiel der Name unseres Historikerkollegens Manfred Asendorf –, daß die Bürgerschaft 1984 in der Festschrift „125 Jahre gewählte Bürgerschaft“ dieses Kapitel hat aufnehmen lassen. Das war, glaube ich, zum ersten Mal, daß ein deutsches Parlament diesen Aspekt aufgegriffen hat. Das war auch ein Verdienst des damaligen Präsidenten Peter Schulz.

B Ganz wichtig ist der Hinweis auf die Aktensicherung. Da möchte ich ausdrücklich unterstützen, daß dies nach dem hamburgischen Archivgesetz zunächst die Aufgabe der Behörden, der staatlichen Einrichtungen, einschließlich der Landesbetriebe, der staatlichen Unternehmungen ist. Es gibt hier eine Pflicht, derartige Bestände dem Staatsarchiv anzuzeigen und sie an das Staatsarchiv abzugeben. Das Staatsarchiv kann aufgrund der von mir hier mehrfach schon dargestellten personellen Schwierigkeiten das nicht leisten, und es muß es auch nicht leisten, weil dies das Archivgesetz ganz eindeutig klärt. Es wäre vielleicht sinnvoll, wenn der Senat von Zeit zu Zeit auf geeignetem Wege über seine Mitteilungen an die Verwaltung darauf aufmerksam macht. Es darf nicht in Vergessenheit geraten, daß dies eine Verpflichtung aller staatlichen Behörden und Unternehmen ist. Ich glaube, pflegen & wohnen ist da auch zu Recht angesprochen worden mit dieser Festschrift, die so hinter den Erkenntnisstand, der damals schon vorhanden war, zurückgefallen ist.

Die Frage des Repertoriums, die in dem Ersuchen gestellt wird, scheint mir auch sinnvoll und gut begründet zu sein. Allerdings ergeben sich schon durch die Verweise auf das Hamburger Umland, aber auch Einrichtungen in anderen Bundesländern beziehungsweise in Polen, Überlegungen, die ich dem Senat sozusagen mit auf den Weg geben möchte, ob man nicht anregen kann, daß dieses auch zu einer Gemeinschaftsaufgabe der Länder wird. Ich glaube, das wäre sehr sinnvoll, wenn dieses im Zusammenwirken der federführenden staatlichen Archive der einzelnen Länder und des Bundesarchives und auch in Zusammenarbeit mit den polnischen Kolleginnen und Kollegen geschehen könnte, zumal es, wenn ich richtig orientiert bin, auch bei den großen Stiftungen Mittel für solche Archivprojekte, die übergreifend angelegt sind, gibt. Da könnte man unter Um-

ständen auch Drittmittel einwerben. Aber das hindert uns nicht, mit dem zu beginnen, was in Hamburg vorhanden ist. Das Staatsarchiv hat mir noch einmal versichert, daß alles, was jetzt dort ist, auch von der Forschung genutzt werden kann, daß auch weitere Arbeiten inzwischen entstanden sind.

Ich möchte mit einem sehr wichtigen Aspekt schließen, daß wir die Namen der Menschen bewahren und, wo immer es möglich ist, auch die Geschichten, die sich damit verbinden, weil nur auf diesem Wege Erinnerung sinnvoll weitergegeben werden kann, wenn die Zeitzeugen nicht mehr da sind. Es kann auch in einer Weise geschehen, wie dies Hamburg bereits beschritten hat. Wir haben in Alsterdorf, in der Wolfgang-Borchert-Siedlung, den Irma-Sperling-Weg, wir haben die Dorothea-Kasten-Straße, die zu der Evangelischen Stiftung Alsterdorf hinführt. Wir haben auch die Namen der Kinder vom Bullenhuser Damm in unseren Stadtteilen. All das sind wichtige Beiträge, und ich glaube, dieser Weg, über die Nennung, Bewahrung der Namen und der mit ihnen verbundenen, soweit überhaupt noch zu rekonstruierenden Geschichten das Vergessen zu verhindern, ist die entscheidende und wichtige Aufgabe. – Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Schira.

Frank-Thorsten Schira CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Ansinnen des uns vorliegenden Antrags, die Akten über die Ermordung von behinderten Kindern, die Ermordung psychisch Kranker und Körperbehinderter und die Ermordung alter und pflegebedürftiger Hamburger durch die Nationalsozialisten zu sichern und auszuwerten – ich denke, da ist sich dieses Haus auch einig –, ist unbedingt zu unterstützen.

Wichtig ist auch, daß die wissenschaftliche Erforschung in Hamburg in den vergangenen Jahrzehnten – das haben wir in der letzten Debatte zu diesem Thema gemerkt – unterschiedlich erfolgt ist. Daß zum Beispiel nach der Bombardierung unserer Stadt im Juli 1943 alte, ausgebombte Menschen, die umhertirrten, von den Rettungskräften nach Langenhorn gebracht worden sind und dann in Tötungsanstalten außerhalb Hamburgs verschleppt wurden, ist meines Wissens in Hamburg nie besonders thematisiert worden.

Im September 1941 meldete der leitende Arzt des Amtes für Wohlfahrtsanstalten, daß alle sogenannten Geisteskranken aus luftschutztechnischen Gründen aus Hamburg verlegt worden seien. Damit war für die meisten von ihnen das Todesurteil gesprochen. In der Dokumentation „Krankenschwestern vor Gericht“ heißt es, daß die damals pommerische Heil- und Pflegeanstalt Obrowalde bei Meseritz zu einer Tötungsanstalt grauenhaften Ausmaßes mutierte. Aus allen Teilen Deutschlands wurden Patienten zur Tötung nach Obrowalde verschleppt. Der Leiter des Staatsarchivs, Professor Loose, hat mir gesagt, daß die meisten Akten mit den jeweiligen Opfern von Anstalt zu Anstalt gebracht worden sind; lediglich in der Anstalt Ochsenzoll verblieben größere Aktenbestände. Diese wurden vor ein paar Jahren dem Staatsarchiv angeboten und auch angenommen und archiviert.

Die Erstellung eines Spezialrepertoriums halten wir für einen guten Vorschlag. Sicherlich ist dies aufwendig, und es

C

D

(Frank-Thorsten Schira CDU)

- A entstehen dabei natürlich Kosten. Wenn sich aber alle bemühen, dann kann dieses Ziel erreicht werden.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Bei der Erstellung des Bandes des Staatsarchivs für die jüdischen Opfer in Hamburg ist dies auf eindrucksvolle Weise gelungen. Gerade wir als Oppositionsfraktion fordern den Senat immer wieder auf, die Ersuchen der Bürgerschaft ernst zu nehmen. Insbesondere bei diesem Ersuchen, das wir – davon gehe ich aus – gleich beschließen werden, wäre der Senat gut beraten, seinen Bericht bis Ende dieses Jahres der Bürgerschaft vorzulegen. – Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Uhl.

Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Es bleibt mir eigentlich nur noch, einen Satz zu sagen: Wir nehmen den Antrag der GAL sehr gerne an. Es war ein sehr interessanter und guter Beitrag von Frau Freudenberg, der diese Zustimmung noch einmal ganz besonders deutlich macht. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke, bei der GAL und bei Dr. Ulrich Karpen CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den GAL-Antrag abstimmen. Wer möchte dem Antrag seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag einstimmig so angenommen.

- B Ich komme zu Punkt 11 a, Drucksache 16/4186: Senatsantrag zur Vergabe von Studienplätzen.

**[Senatsmitteilung:
Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag
über die Vergabe von Studienplätzen
– Drucksache 16/4186 –]**

Diese Vorlage wurde bereits im Vorwege an den Wissenschaftsausschuß überwiesen. Die SPD-Fraktion hat das Thema jedoch zur Debatte angemeldet. Wird das Wort gewünscht? – Der Abgeordnete Marx hat es.

Wolfgang Marx SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Zum Wintersemester 2000/2001 wird wegen der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes die nunmehr fünfte Änderung des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen notwendig. Die dazugehörige Drucksache spricht einige wichtige Neuerungen an. Zunächst – das wird die Sparkommissarinnen und -kommissare in diesem Hause begeistern – entnehmen wir der Drucksache, daß die Kosten für die Zentralstelle zur Vergabe der Studienplätze wegen Stellenabbaus künftig sinken werden.

Nun aber zum Vergabeverfahren an sich. Die Studienplatzvergabe erfolgt durch die Umsetzung des neuen Hochschulrahmengesetzes im Rahmen des Staatsvertrags in Zukunft leistungsbezogener. Gleichwohl wird die gerechte und soziale Verteilung der Studienplätze nicht aufgegeben. Deswegen ist das zentrale Verteilungsverfahren in seiner Grundstruktur auch künftig beizubehalten. Eine wichtige Änderung ist aber, daß in Zukunft bis zu einem Viertel der Studienplätze einer Hochschule nach der Qualifikation der Studierenden für das Studium an eben dieser Hochschule vergeben werden; erst danach greifen andere Kriterien für

die Zuweisung. Damit wird zumindest dem Grunde nach den Forderungen einiger Hochschulen nachgekommen. Die größte Oppositionspartei hier im Hause dürfte sich ebenfalls angesprochen fühlen, denn auch ihrer Auffassung nach sollte die Studierfähigkeit der Bewerberinnen und Bewerber durch die Hochschulen überprüft werden können.

Im Bereich Medizin war allerdings diese Überprüfung früher nicht besonders erfolgreich, außer für das eine oder andere Chefarztkind, das so endlich den Weg zum Medizinstudium fand. Ziel der Neuregelung ist zum anderen, die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber stärker zu integrieren. So sollen auch die Aspiranten noch einmal eine Chance erhalten, die die Leistungsauswahlquote nur knapp verfehlt haben. Der Erwerb der Hochschulreife ist der am besten geeignete Gradmesser für die Zulassung zum Studium. Das Abitur verleiht bisher grundsätzlich die einzige Zugangsberechtigung zu den Hochschulen. Dabei muß es nicht nur nach meiner Auffassung bleiben. Ich habe ebenso großes Vertrauen wie der bayerische Wissenschaftsminister Zehetmair, den ich hier gerne zitiere:

„Ich traue eher den Schulen eine verlässliche Einschätzung der jungen Menschen zu, die sie seit Jahren kennen, als den Universitäten.“

(Beifall bei Dr. Hans-Peter de Lorent GAL)

Es entspricht außerdem nicht dem grundgesetzlich garantierten Hochschulzugang für Abiturienten, wenn die Hochschulen diesen selbst verwehren. Unsere Hochschulen sind öffentliche Institutionen, die als solche der Allgemeinheit durch die Vermittlung des Allgemeinbils Bildung dienen sollen. Deshalb ist eine grundsätzlich öffentlich gestaltete Verteilung der Studierenden bei knappen Studienkapazitäten notwendig. Die weiteren Details dieser Gesetzesänderung werden wir im Wissenschaftsausschuß beraten können. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Spethmann.

Viviane Spethmann CDU: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Ich hoffe, ich werde es auch so kurz und knackig halten können. Ich frage mich im übrigen, warum das Thema bereits jetzt schon zur Debatte angemeldet worden ist. Es gibt für eine streitige Debatte nun wirklich nicht allzu viel her, denn – Herr Marx, da sind wir uns zumindest in großen Teilen einig – die Leistungen und die spezifische Begabung der Studienbewerber erhalten künftig ein größeres Gewicht.

Die Regelung, die jetzt kommt, wird insbesondere bei uns mit großer Freude gesehen, weil noch mehr nach Leistung ausgesucht werden kann und sich insbesondere die Hochschulen selbst zumindest einen kleinen Teil ihrer Bewerber aussuchen und damit ein eigenes Profil entwickeln können. Das wird insbesondere vielen kleinen Hochschulen zugute kommen; vielleicht nicht unbedingt einer so großen Hochschule wie in Hamburg. Aber wir werden uns darüber noch ausgiebig im Wissenschaftsausschuß austauschen, und ich hoffe, daß wir durch diesen gesteigerten Wettbewerb auch gesteigerte Bedingungen haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Hans-Peter de Lorent und Dr. Martin Schmidt, beide GAL)

C

D

A **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. de Lorent.

Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Angesichts der Zeit werde ich heute den kürzesten Beitrag halten. Er besteht nur aus fünf Wörtern und wird einige vielleicht an meine Biographie erinnern. Der Satz lautet: De Lorent schließt sich Marx an.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Frau Senatorin Sager.

Zweite Bürgermeisterin Krista Sager: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir werden das Thema ja im Ausschuß diskutieren.

(Wolfgang Baar SPD: Ja, prima!)

Wir müssen dies auch schnell machen, da wir zu den Bewerbungsfristen diesen Staatsvertrag unter Dach und Fach haben wollen. Ich will aber schon eines vorweg sagen: Wir werden uns im Ausschuß noch einmal darüber unterhalten müssen, ob hier tatsächlich das Leistungskriterium real akzentuiert wird, da nicht die Lösung herausgekommen ist, innerhalb des Verteilungsverfahrens eine Akzentuierung der Leistung zu haben, sondern man hat beim sogenannten allgemeinen Auswahlverfahren die Leistungsquote von 60 Prozent auf 55 Prozent reduziert, damit man im Auswahlgesprächsverfahren 25 Prozent an Studenten vergeben kann, die es im ersten Leistungsverfahren nicht geschafft haben. Das ist im Grunde ein Auswahlverfahren, das sich nicht an die Besten, sondern an die Zweitbesten wendet. Das müßte man vielleicht noch ein bißchen vertiefen, bevor man hier so vollmundige Erklärungen abgibt.

B (Beifall bei Dr. Hans-Peter de Lorent GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Nunmehr sehe ich keine weiteren Wortmeldungen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Jetzt hat jeder verstanden, was der Senat will!)

Eine Abstimmung ist heute nicht erforderlich, die Vorlage liegt bereits im Ausschuß.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf, Drucksache 16/4230: Antrag der CDU über Alleinerziehende in beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Alleinerziehende in beruflichen
Qualifizierungsmaßnahmen
– Drucksache 16/4230 (Neufassung) –]**

Hierzu ist Ihnen als Drucksache 16/4290 ein gemeinsamer Antrag der SPD-, der GAL- und der CDU-Fraktion zugegangen.

**[Antrag der Fraktionen der SPD, der GAL
und der CDU:
Bessere Chancen für junge Mütter in Hamburg
– Drucksache 16/4290 –]**

Daraufhin hat die CDU-Fraktion den ursprünglichen Antrag 16/4230 zurückgezogen.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Die Abgeordnete Ernst hat das Wort.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bundesweit werden dank des Sofortprogramms der

Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit große Anstrengungen unternommen, und auch die Angebote in Hamburg zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit können sich sehen lassen. Sie erreichen auch junge Frauen, deren Anteil beim JUMP-Programm zum Beispiel bei 40 Prozent liegt. Aber es gibt eine Gruppe, die in Gefahr ist, durch alle Raster zu fallen, das sind junge, meist alleinerziehende Mütter. Die Untersuchungen über die Umsetzung des Sofortprogramms in Hamburg liefern keine verlässlichen Angaben über die Größe dieser Gruppe. Jedoch gibt es Hinweise, daß mehrere hundert junge Frauen und Mädchen am Programm nicht teilgenommen haben, weil sie mindestens ein Kind zu betreuen haben; auf diese Ergebnisse müssen wir reagieren.

Viele dieser Mütter kommen aus instabilen sozialen Verhältnissen, sind alleinerziehend und auf Sozialhilfe angewiesen. In Hamburg beschäftigen wir uns schon länger damit, wie es jungen Müttern ermöglicht werden kann, die Kindererziehung und -betreuung mit einer Berufsausbildung zu verbinden. Wir wissen, daß der Zugang zum Erwerbsleben für junge Mütter schwierig ist. Das gilt insbesondere für die, die noch während der Schulzeit oder kurz danach ein Kind bekommen und über keine Erstausbildung verfügen. Die wenigsten von ihnen verfügen über ein intaktes Familienleben. Sie haben keine Mutter, die bereit wäre, auf das Kind aufzupassen, während sie sich einer Berufsausbildung widmen können. Andererseits wissen wir, daß diese jungen Frauen zum Teil hochmotiviert sind. Sie wollen ihr Leben mit dem Kind finanziell unabhängig von Sozialhilfe gestalten. Diese Gruppe muß passende Angebote vorfinden.

Die Stadt Hamburg ist sich der Problematik bewußt und unternimmt große Anstrengungen, um jungen Müttern eine qualifizierte Berufsausbildung und damit die Voraussetzungen für eine Teilnahme an der Erwerbsarbeit zu ermöglichen. Wir möchten nicht erleben, daß sich eine nennenswerte Zahl junger Mütter zu Welfare-Mums entwickelt, die ihr Leben lang nur von Sozialhilfe leben, keine Berufsausbildung und keine Perspektive in der Erwerbsarbeit haben und diese Lebensperspektive möglicherweise auch an ihre Kinder weitergeben.

Junge Mütter haben in Hamburg die Chance, an der Staatlichen Schule Gesundheitspflege, Lübecker Straße, in speziellen Klassen ihren Haupt- und Realschulabschluß nachzuholen. An dieser Schule wird begrüßenswerterweise die Betreuung der Kleinkinder durch eine Kinderkrippe sichergestellt werden. Dies ist eine sinnvolle Ergänzung des Schulkonzepts und ermöglicht es sehr jungen Müttern, in Ruhe zu lernen und ihre Schulausbildung abzuschließen. Wenn sie dieses geschafft haben, stoßen sie allerdings auf die nächsten Schwierigkeiten beim Versuch, eine qualifizierte Berufsausbildung zu durchlaufen. In Hamburg bieten die Stiftung Berufliche Bildung, das Frauentechzentrum und andere jungen Müttern bereits Umschulungsangebote auf der Basis flexibler Voll- beziehungsweise Teilzeit an. Dies wird stark nachgefragt, und wir regen an, diese Angebote weiter auszuweiten.

Auf ein anderes Beispiel sind wir aufmerksam geworden. Eine Ausbildung in Teilzeit wird derzeit in Hessen gefördert und hat auch eine Auszeichnung durch das Bundesfamilienministerium erhalten. Es handelt sich um das Ausbildungsprojekt „Erstausbildung in Teilzeit für junge Mütter“, das eine Ausbildung zur Einzelhandelskauffrau, Bürokauffrau oder zur Fachkraft im Nahrungsmittelhandwerk ermöglicht. Neu an dieser Ausbildung ist, daß die tägliche

C

D

(Britta Ernst SPD)

- A Ausbildungszeit sechs statt acht Stunden beträgt und die Kinderbetreuung gewährleistet wird.

Aus unserer Sicht wäre es wünschenswert, ein vergleichbares Projekt auch in Hamburg durchzuführen. Der jetzt vorliegende, interfraktionell breit getragene Antrag unterstützt nachhaltig die Notwendigkeit weiterer Initiativen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Koop.

Karen Koop CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es erfreulich, daß wir in so kurzer Zeit zu einer Zusammenarbeit im Sinne der alleinerziehenden Mütter in Hamburg gekommen sind, auch wenn ich in einem Teilaspekt ein wenig schneller war. Zum Wohle dieser Gruppe, die, wie Frau Ernst dargestellt hat, häufig aus dem, was wir an Förderprogrammen haben, herausfällt, ist es wichtig, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

Ich finde an dem gemeinsamen Antrag besonders die Betreuung und Begleitung während der Ausbildung gut, denn ich habe – auch wenn ich eine Alleinerziehende de luxe gewesen bin mit einem Beamtenstatus und einer kinderfreundlichen Arbeitszeit – am eigenen Leibe erfahren, daß man sich sehr überschätzt, was die Kraft anbetrifft, Beruf, Berufsausbildung und Schulbildung mit Kinderbetreuung unter einen Hut zu bringen. Da ist noch viel zu erarbeiten, und wir können im Bereich der Schulbildung noch Grundlagen legen.

Wir werden diesem Antrag natürlich zustimmen, er ist ja ein interfraktioneller Antrag. Wir sollten, auch wenn der Termin 2. Februar ziemlich weit weg ist, zwischenzeitlich die Umsetzungen begleiten und vielleicht einen Zwischenbericht anfordern, damit wir sehen, daß auch tatsächlich etwas auf den Weg gebracht wird.

B

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Simon.

Heide Simon GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu dieser Stunde habe ich den Ausführungen der beiden Vorrednerinnen nichts mehr hinzuzufügen; ich spare sie mir auf bis Februar 2001.

(Beifall bei der GAL, der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Antrag 16/4290 abstimmen. Wer möchte ihm seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieses ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 14 auf: Berichte des Eingabenausschusses, Drucksachen 16/4217, 16/4218 und 16/4219.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 16/4217 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 16/4218 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 16/4219 –]**

Wir kommen zunächst zu den Abstimmungen über den Bericht 16/4217. Wer möchte zu den Eingaben 193/00, 331/00 und 358/00 den Ausschußempfehlungen folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieses ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

C

Wer zur Eingabe 331/00 der Ausschußempfehlung zustimmen möchte, die der Eingabenausschuß außerdem empfohlen hat, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieses ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wer stimmt den Empfehlungen zu den Eingaben 657/99, 321/00 und 337/00 zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieses ist bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig so beschlossen.

Wer schließt sich den übrigen Ausschußempfehlungen aus dem Bericht 16/4217 an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieses ist einstimmig so beschlossen.

Beim Bericht 16/4218 lasse ich zunächst über die Empfehlungen zur Wiedereinreisesperre bei der Eingabe 823/99 abstimmen. Wer unterstützt die mehrheitliche Ausschußempfehlung für eine vierjährige Wiedereinreisesperre? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieses ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer stimmt den Empfehlungen zu den Eingaben 823/99, 176/00, 313/00, 314/00, 361/00, 366/00, 369/00 und 373/00 zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieses ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wer will zur Eingabe 357/00 der Ausschußempfehlung folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieses ist bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig so beschlossen.

D

Wer folgt den übrigen Ausschußempfehlungen aus dem Bericht 16/4218? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieses ist einstimmig so beschlossen.

Ich komme zum Bericht 16/4219. Wer will die Empfehlungen zu den Eingaben 453/99 und 465/99 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieses ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den Eingaben 480/99, 496/99 und 512/99 an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieses ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wer unterstützt die übrigen Ausschußempfehlungen aus dem Bericht 16/4219? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieses ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10 auf, Drucksache 16/4187: Senatsantrag zur Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben.

**[Senatsantrag:
Haushaltsjahr 2000
Nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen
Ausgaben nach § 37 Absatz 4 LHO
– Drucksache 16/4187 –]**

Diese Vorlage möchte die SPD-Fraktion an den Haushaltsausschuß überweisen. Wer stimmt einer derartigen Überweisung zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig so überwiesen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 11 auf, Drucksache 16/4214: Senatsantrag zum Jugendschutz.

(Vizepräsident Berndt Röder)

A **[Senatsantrag:
Vereinbarung über die Wahrung des Jugendschutzes
in den elektronischen Informations- und
Kommunikationsdiensten durch die
länderübergreifende Stelle „jugendschutz.net“
– Drucksache 16/4214 –]**

Wer will der Vorlage zustimmen? – Gegenstimmen? –
Stimmenthaltungen? – Dieses ist einstimmig so beschlos-
sen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf, Drucksache
16/4199: Senatsmitteilung über die Besetzung der großen
Strafkammern.

**[Senatsmitteilung:
Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der
Bürgerschaft vom 23. Juni 1999 (Drucksache 16/2589)
– Besetzung der großen Strafkammern
(§ 76 Absatz 2 GVG) –
– Drucksache 16/4199 –]**

Hiervon soll die Bürgerschaft Kenntnis nehmen. Sie hat die-
ses getan. C

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen einen
schönen Heimweg.

Schluß: 20.22 Uhr

_____ Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der
von der Rednerin beziehungsweise dem Redner nicht korrigierten
Fassung aufgenommen.

_____ Für diese Sitzung waren entschuldigt: die Abgeordneten Thomas
Böwer, Petra Brinkmann, Ingrid Cords, Sonja Deuter, Hartmut
Engels, Dr. Andrea Hilgers, Rolf Mares, Rüdiger Schulz und Erika
Woisin.

B

D